



geschligt ist, geschaffen werden muß. Die Tripelentente hat einen verbündeten Hafen an der Adria vorgeschlagen, der Dreibund einen neutralen albanischen Hafen mit einer neutralen Bahn. Bei der nächsten Beratung wird jedenfalls eine Verständigung erzielt werden, da man bestimmt annimmt, daß Serbien und folglich auch die Tripelentente sich dem Wunsche des Dreibundes fügen werde.

### Ein österreichischer Kommentar.

Wien, 19. Dezember. Das offizielle „Freundenblatt“ schreibt: In den publizistischen Betrachtungen über die Beratungen der Völkervereinigung und der Friedenskonferenz tritt die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens immer stärker zutage, und an dieser Tatsache können auch die vereinzelt erhobenen Klagen nichts ändern, welche in einzelnen ausländischen Blättern gegen die Habsburgische Monarchie erhoben werden. Das Blatt führt dann fort: Wenn auch auf der Friedenskonferenz noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sind, so ist die Tatsache nicht zu leugnen, daß die Zukunft der europäischen Friede nicht gestört werden, sich immer mehr befestigt. Dies ist aber in erster Linie auf die Politik Österreich-Ungarns zurückzuführen, welche bei aller Entschlossenheit peinlich benachteiligt war, jeder Verletzung einer fremden Empfindlichkeit aus dem Wege zu gehen. Dadurch hat sie wesentlich dazu beigetragen, daß in der Völkervereinigung eine Atmosphäre Platz griff, daß ein freundschaftlicher und friedlicher Gedankenaustausch der Zweck dieser Diplomatenversammlung sei und nicht der Kampf um das Prestige. Unter solchen Umständen kann man wohl der Tätigkeit der Völkervereinigung ein günstiges Horoskop stellen.

### Die auswärtige Politik Italiens.

Rom, 18. Dezember. In der italienischen Kammer begründete gestern Barzilai seine an Gioiotti und di San Giuliano gerichtete Interpellation über die vorzeitige unveränderte Erneuerung des Dreibundes. Die Tribünen, auch die Diplomaten, und der Saal waren sehr stark besetzt.

Barzilai erklärte: die unveränderte Erneuerung des Dreibundes sei durch den Rufenthal des Ministers San Giuliano in Berlin bedenklich worden. Er gab sodann einen geschichtlichen Überblick über den Dreibund und fuhr fort: In der Vergangenheit schloß eine negative Klausel des Vertrages vor neuen Veränderungen im Mittelmeer, aber bald erschien sie ungenügend. Daher wurden besondere Abkommen mit England und Frankreich getroffen, die die Eroberung von Tripolis möglich machten. In jedem Falle verminderten die Lösung unserer Mittelmeerprobleme und die Ereignisse im Orient die Garantien, die wir von unseren Verbündeten fordern müssen, auf ein Minimum, und hoben die Garantien, die wir geben müssen, auf ein Maximum. Österreich war der Sekundant Deutschlands in Algerien, Deutschland der Sekundant Österreichs in der bosnischen Frage; Italien hatte keinen Sekundanten in Libyen, und wir können stolz darauf sein, daß wir keinen Dank schulden. Wir können die Unabhängigkeit Albanien annehmen; aber wie haben ein Interesse daran, sie mit den Siegen auf dem Balkan in Einklang zu bringen. Die öffentliche Meinung Italiens kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß das Resultat langer Bündnisse gleichbedeutend sei mit einer Politik der Isolierung, und denen, die für solche Resultate Opfer verlangen, würde sie mit den Worten Bismarcks antworten: „Mein Volk kann die Forderungen seiner eigenen Existenz auf dem Altar der Treue gegen einen Vertrag opfern.“

Der Minister des Aeußern, Marchese di San Giuliano, erwiderte:

Seit mehr als 30 Jahren ist der Dreibund für ganz Europa eine Bürgschaft der Sicherheit. In den Beziehungen zwischen den Verbündeten erleichtert und festigt er die gegenseitige Neigung, ihre Interessen in Einklang zu bringen, in den Beziehungen mit den anderen Mächten erleichtert seine friedlichen und besonnenen Ziele das Zustandekommen von Freundschaften und Verständigungen. Die lange Dauer des europäischen Friedens machte das grandiose Werk leichter, welches Italien trotz großer äußerer und innerer Schwierigkeiten in den letzten 30 Jahren vollenden konnte. Während der letzten 30 Jahre hat Italien die Hauptquellen seines Nationalreichtums entwickelt, dem Staatsbudget Festigkeit und Elastizität gegeben, durch liberale Reformen die soziale Eintracht gefestigt, die Armee und Marine verstärkt und den nationalen Geist so gehärtet und ihn so einheitlich gestaltet, daß er unter Überwindung der schwersten Hindernisse der schwierigsten Probe entgegenzutreten und sie besiegen konnte, die uns eine Kolonie gab, die dreimal so groß ist wie unser Mutterland, und die Italien eine Stellung erster Ordnung im Mittelmeer und die höchste Achtung in der Welt sicherte. Die feste internationale Stellung Italiens, deren fundamentale Basis der Dreibund ist, war die notwendige Bedingung des Unternehmens, das durch seine Beziehungen und den Einfluß auf die größten Interessen Europas und unsere eigenen sowie auf die schwersten Probleme der gegenwärtigen historischen Periode die ernstesten Schwierigkeiten bot. Eine solche internationale Stellung ist eine nicht weniger notwendige Bedingung für eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Balkankrise, in der Italien um so leichter seine Interessen wahren können, als es die libische Frage lösen und sie von dem internationalen Terrain entfernen konnte, bevor die Frage der neuen territorialen Gestaltung auf dem Balkan und des Gleichgewichts in der Adria und im östlichen Mittelmeer auftrat. Der Dreibund kann in diesem für jede der drei ihn bildenden Mächte seine Früchte zeitigen, vorausgesetzt, daß vollkommenes gegenseitiges Vertrauen für die Gegenwart und Zukunft herrscht, sowie daß jeder der Verbündeten die Ueberzeugung hegt, daß er morgen die Unterstützung des anderen als Ausgleich für das erhalten kann, was er heute für ihn tut, und daß alle drei wissen, daß es sich nicht um eine vorübergehende Verbindung handelt, sondern um ein festes und dauerhaftes Band. Auf dieser festen Grundlage sowie auf der Basis der italienisch-österreichisch-ungarischen Abkommen von 1807 und 1900, die stets vollkommen der aktuellen Lage Italiens und Österreich-Ungarns entsprechen — die gegenseitigen Beziehungen zwischen diesen an dem Gleichgewicht und der Freiheit in der Adria am meisten interessierten Mächten sind heute sehr intim und herzlich — konnten die fundamentalen Axiome einer Lösung des albanesischen Problems gefunden werden, entsprechend dem Prinzip der Rationalität, der Gleichheit ihrer Lage gegenüber Albanien und ihrem gleichen Interesse daran, daß ein mit der Garantie der Großmächte neutralisiertes Albanien sein eigenes Leben leben, auf dem Wege der Zivilisation und des Wohlergehens fortschreiten, ein dem freien Handel der ganzen Welt offenes Gebiet bilden und gleichzeitig einen Faktor des politischen Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel und in der Adria bilden kann. So wie der Dreibundvertrag redigiert ist, gewährleistet er alle unsere Interessen und sorgt in vollkommener Weise für unsere Sicherheit. Es lag also kein Grund vor, ihn abzuändern; und keiner der drei Verbündeten hat den anderen um eine Abänderung. Es ist überflüssig, zu wiederholen, daß der Vertrag defensiv und friedliche Zwecke hat, und die Erfahrung beweist, daß jede der drei verbündeten Mächte, um sich an dem Geist des Vertrages zu halten und den Verbündeten gegenüber ihre Pflichten zu erfüllen, in unendliche Verwicklungen hineingezogen werden, immer versucht hat und immer versuchen wird, mit den anderen Großmächten herzliche Beziehungen zu unterhalten und mögliche Ursachen einer Reibung zu entfernen. Demgemäß ist in der Lage, die sich aus den Ereignissen auf dem Balkan entwickelt hat, unsere herzliche Freundschaft mit Rußland ein wohltuender Faktor. Im übrigen schloß der Vertrag von Libyen, das jetzt italienisches Gebiet ist,

während er den Wert des Bündnisses für die Mitglieder des Dreibundes steigert, Gefühls- und Interessenbeziehungen zwischen den drei großen Nationen, die berufen sind, in Nordafrika das hohe und edle Werk der Zivilisation zu vollbringen. Italien, England und Frankreich werden demgemäß alle Fragen, die ihre Nachbarschaft und ihre gegenseitige Stellung in diesen Gebieten betreffen, in demselben Geiste behandeln, in welchem seinerzeit die noch jetzt in Kraft befindlichen Abkommen getroffen wurden.

Die Ausführungen San Giulianos waren von häufigen Beifallskundgebungen begleitet.

Barzilai erklärte sich im weiteren Verlaufe der Sitzung von der Antwort San Giulianos nicht befriedigt. Der Republikaner Colajanni empfahl dem Minister, ein wachsameres Auge auf das Vorgehen Österreich-Ungarns in Albanien zu haben. Was die libische Frage anbelange, so halte er es für vorteilhaft für Italien, wenn zwei slavische Nationen an der Adria lägen, deren Interessen unter Umständen sich im Widerstreit befinden könnten. Der Sozialist Graziadei erklärte sich ebenfalls für nicht befriedigt von der Antwort des Ministers und wies darauf hin, daß die Sozialisten Italiens, Deutschlands und Österreich-Ungarns gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu wirken gewillt seien.

### Die russische Regierungserklärung.

Wien, 19. Dezember. In Besprechung der Rede des russischen Ministerpräsidenten Kolozyow erkennen die meisten Blätter an, daß seine Ausführungen geeignet seien, die bereits vorhandenen günstigen Aussichten für die Erhaltung des europäischen Friedens fest zu verankern.

London, 19. Dezember. Die „Times“ erwidert in der Erklärung Kolozyows, daß er es nicht für förderlich halte, die Rüstungsgruppen gegen einander auszuspielen, eine ausgezeichnete Vorbedeutung für den Weltfrieden. Die Erklärung werde in ganz Europa willkommen geheißen werden. Herr Kolozyow habe betont, daß die russische Politik während der ganzen Krise Standhaft und unverändert geblieben sei. Das, fährt die „Times“ fort, sei richtig, aber die Öffentlichkeit vor Rußland und Europa abgegebene Erklärung über den Weltfrieden, die die russische Politik befestigt, könne nicht bestehen, den günstigen Einbruch, den die Politik bereits machte, zu vertiefen. Das Blatt erwähnt ferner die Versicherungen, die Graf Berchtold gestern einer städtischen Abordnung gemacht hat, und die Mitteilung des Marquis di San Giuliano über ein Abkommen zwischen Österreich und Italien betreffend die Neutralisierung eines autonomen Albanien und schließt: Die Gefahr ist zwar noch keineswegs vorüber, aber sie ist geringer, und die Rede Kolozyows wird sie noch weiter verringern.

### Die Obstraktion im österreichischen Reichsrat.

Wien, 19. Dezember. Abgeordnetenhause. Der Berichterstatter der Minorität Häbichmann hielt eine dreieinhalbstündige deutsche Rede. Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Sitzung gestellt, der mit 174 gegen 13 Stimmen unter lebhaftem Beifall der Deutschen und Polen abgelehnt wurde. Um 1 Uhr 41 Minuten nachts ergriff der tschechisch-radikale Striden das Wort und sprach bis 9 Uhr 10 Minuten früh. Es sprachen hierauf die Abgg. Guggenberg (Christlichsozial), Groeger (Soz.), Erb (Deutschnational).

Nach 55stündiger Sitzungsdauer nahm das Abgeordnetenhause schließlich unter Ablehnung sämtlicher Minoritätsanträge die Kriegserklärungsvorlage in der Fassung des Ausschusses an und begann die Verhandlung über Immunitätsangelegenheiten.

### Die Kämpfe bei Janina.

Athen, 19. Dezember. Nach authentischen Meldungen von der Armee in Epirus hat gestern morgen ein heftiger Kampf zwischen griechischer Artillerie und den Türken, die das Fort Bisani besetzt hielten, stattgefunden. Der Flieger Unterleutnant Nutuffis überflog unter dem Feuer der Türken erfolgreich Janina und Bisani und erwiderte die Angriffe durch Bomben. Die Flügel seines Aeroplans wurden leicht beschädigt, der Flieger konnte glücklich landen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Dezember 1912.

### Die konservative Hoffnung auf den Wahlterror.

Zur sozialdemokratischen Landtagswahlstatistik bemerkt die „Kreuzzeitung“:

„Die Sozialdemokratie kennt aber ihre Pappenhäimer und weiß, was sie an Berühmtheit und an Ansprüchen den Fortschrittler bieten darf. Und wenn es ihr auch nicht lohnt, schon bei den Urwahlen die roten Massen an die Seite dieser „Heiden“ zu kommandieren, so wird sie doch aus eigenem Interesse dafür sorgen, daß den Fortschrittler einige Mandate zufallen. Denn sie gewährt ja ihre Unterstützung nur gegen Verpflichtungsheime und gewinnt in jedem Fortschrittsabgeordneten einen Vasallen. Und außerdem verlangt die Sozialdemokratie „Gegenseitigkeit“. In zwei schließlichen Wahlkreisen (Wreslau und Biegen) haben bereits die roten Parteiorganisationen beschloffen, nur dann die Freikämmer zu unterstützen, wenn sie ihnen je ein Abgeordnetenmandat überlassen. Man sieht also, daß die „Genossen“ vortreffliche Geschäftleute sind. Sie verlangen von den Fortschrittler nicht nur Mandate, sondern auch politische Verpflichtungen. Und die braven Fortschrittmänner werden — wie bei den Reichstagswahlen — zu allem, auch zum neuen Verrat an dem Bürgerum, bereit sein, wenn die Sozialdemokratie ihnen nur einige Mandate zuweist. Einen scharfen Haß hat nur die Gewichte: die öffentliche Stimmabgabe. Wie schön wäre es, wenn die beiden Dämpfungsparteien ihre Geschäfte wieder heimlich mit einander machen könnten!“

Für welche geistig schwächliche Menschen muß die Redaktion des konservativen Organs dessen Leser halten, daß es ihnen solches Zeug zu bieten vermag. Zu ihren Vasallen soll die Sozialdemokratie die treulichen Abgeordneten degradieren, weil sie für eine Unterstützung Gegenseitigkeit und Verpflichtungsheime verlangt. Als ob nicht die Gegenseitigkeit überhaupt die erste Voraussetzung eines jeden Wahlabkommens wäre! Und als ob die „Verpflichtungsheime“ mehr verlangten, als die Verpflichtung der Wahlmänner, auch Gegenseitigkeit leben zu wollen und zu können, und die Verpflichtung der Abgeordneten auf prinzipielle liberale Forderungen! Freilich, die „Kreuzzeitung“ denkt wohl, wenn sie von dem Vasallentum spricht, an die Wahlunterstützungsbedingungen des Herrn v. Heubrand! Verlangte doch der konservative Freier vom Freisinn nichts Geringeres, als Verpflichtung auf ultrareaktionäre und ultraagrarisches Bedingungen! Die Sozialdemokratie fordert hingegen vom Liberalismus nichts, als gewisse Garantien dafür, daß der Freisinn auch freisinnig handeln wird.

Sehr nett ist es übrigens, daß die „Kreuz-Ztg.“ sich von dem Terrorismus der öffentlichen Wahlmänner für außerstande so viel verspricht, daß sie die freisinnigen Wahlmänner für außerstande hält, sozialdemokratische Abgeordnete zu wählen. So beziehend das aber auch für die lebenswürdigen Absichten der Reaktionäre ist, so wenig glauben wir an die Möglichkeit, daß die Junker und

Junkergeroffen ihre Einschüchterung wirklich erfolgreich durchsetzen könnten. Denn der Freisinn hat doch sicherlich Anhänger genug für Wahlmannskandidaten zur Verfügung, um nicht zu Lehren, Beamten oder sonst leicht zu schädigenden Personen greifen zu müssen. Doch diese Frage wollen wir dem Freisinn selbst überlassen — festgesetzt sei hier jedoch ausdrücklich, welche Wirkung die „Kreuz-Ztg.“ von der öffentlichen Abstimmung erhofft, die ja epproh auf terroristische Maßnahmen zu geschritten ist!

### Die sächsische Schulreform gescheitert!

Dresden, 18. Dezember. Die aus Sozialdemokraten, Rationalen, Liberalen und Freisinnigen bestehende Zweidrittelmehrheit der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages hatte bekanntlich gegen den Widerspruch der Konservativen den Volksschulgesetzentwurf der Regierung so ausgestaltet, daß man von einem scheinlichen Fortschritt reden konnte, wenn diese Beschlüsse Gesetz würden (der „Vorwärts“ berichtete in einem ausführlichen Artikel darüber). Die Aussichten dazu waren freilich von vornherein gering, da die Regierung den wichtigsten Änderungen lebhaft widersprach. Die Schwierigkeiten steigerten sich, als die Erste Kammer durch ihre Beschlüsse nicht nur die Regierungsvorlage wieder herstellte, sondern in einigen wichtigen Punkten sogar noch Verschlechterungen darüber hinaus beschloß. Und die Zweite Kammer nun zu den Beschlüssen der Ersten Stellung zu nehmen hatte, gab sie in einigen weniger wichtigen Punkten nach, im übrigen blieb die Wehrheit aber gefollos auf ihren früheren Beschlüssen stehen. In solchen Konfliktfällen ist nach der Verfassung ein kompliziertes Vereinbarungsverfahren vorgehoben, das sich in den Kommissionen der beiden Kammern abspielt, die gemeinschaftlich über die Differenzen zu beraten und dem Plenum eventuell Vorschläge zu machen haben.

Heute fanden diese Vereinbarungsverhandlungen im Sitzungssaal der Ersten Kammer unter Vorsitz des Präsidenten der Zweiten Kammer statt. Die ganze Öffentlichkeit Sachsen war gespannt auf diesen Zeitpunkt und ein großer Stab Reporter hiesiger und auswärtiger Zeitungen wartete im Parlamentsgebäude auf das Ergebnis dieser Verhandlungen, die nicht öffentlich sind. Schon der Beginn der Verhandlungen zeigte, die die schlimmsten Schicksalsschicksale in der Ersten Kammer die Oberhand in der Sache hatten und daß dort der Standpunkt eingenommen wurde: entweder ein neues Schulgesetz, das in allen wichtigen Fragen der Reaktion entspricht, oder gar keine! Die Entscheidung fiel schon bei den ersten drei Paragrafen. Die Zweite Kammer hatte beschloffen, den Religionsunterricht nicht nach dem Bekenntnis des Bekenntnisses, sondern im „Geist der Kirche“ in der Schule zu erteilen. Die Laik- und die Konservativen neßten der Regierung aber witterten dahinter die Juidauer Thesen der sächsischen Lehrerschaft, um die soviel gestritten worden ist. Unsere Genossen verkehrte die Frage nicht besonders, da sie Befestigung des Religionsunterrichts fordern. Sie hatten aber zugestimmt, der Fortschritt wegen, die sonst in den Beschlüssen der Zweiten Kammer lagen. Die Vorsitzler der Ersten Kammer erklärten kategorisch, daß diese Deklaration des Religionsunterrichts für sie unannehmbar sei. Denn darüber habe allein die Kirche zu bestimmen. Die Nationalliberalen zeigten sich nachgiebig bis zur Verbünnung; sie wollten gern eine andere Form kongedieren, die einen von den Laik befürchteten „Mißbrauch“ des „Geistes der Kirche“ (so heißt die Wendung) beim Religionsunterricht ausschloße. Doch die Herren der Ersten Kammer waren unerbittlich. Beide Kommissionen zogen sich zu besonderen Besprechungen zurück, und als die Sozialdemokraten erklärten, daß sie sich auf einen weiteren Handel nicht einließen, hielten die nationalliberalen Mitglieder eine besondere Besprechung ab. Der nunmehr produzierte Vorschlag wurde, nachdem dann die Begner gefordert darüber gesprochen hatten; von letzteren ebenfalls abgewiesen. Der zweite Punkt war die allgemeine Volksschule. Auch hier wichen die Nationalliberalen mutig zurück, indem sie die Schulgeldfreiheit preisgaben. Die Antwort der anderen Seite war auch hier ein schroffes, entschiedenes Nein!

Da war auch die Geduld der geschmeidigen Nationalliberalen zu Ende. Sie erklärten, daß sie unter diesen Umständen den Vorschlägen der Ersten Kammer nicht zustimmen könnten. Nach 3 1/2 stündiger Dauer wurden die Verhandlungen 1/3 Uhr abgebrochen und das Verfahren als ergebnislos bezeichnet.

Damit ist das Gesetz abgelehnt, von den Verhandlungen ist den Kammern in der morgigen Sitzung einfach Mitteilung zu machen. Man scheint allerdings noch die Absicht zu haben, das Gesetz nach den Beschlüssen der Ersten Kammer mit Hilfe der Konservativen der Zweiten Kammer zustande bringen zu wollen mit Hilfe des § 92 der Verfassung. Der Führer der Konservativen gab eine Erklärung ab, die darauf hindeutet. Das wäre jedoch nur möglich, wenn in der zweiten Kammer mindestens ein Drittel der Abgeordneten dafür ist. Die Konservativen haben dieses Drittel nicht, es müßten mindestens drei Nationalliberale diesen Gewaltstreich mitmachen. Es bestehen aber starke formelle Bedenken gegen die Anwendung dieses Paragrafen. Will man darauf hinaus, dürfte es noch zu schweren Differenzen in der Zweiten Kammer kommen. Die Lage ist gespannt und mit Konflikstoff geladen, wie es seit Jahrzehnten im sächsischen Parlament nicht der Fall war.

Morgen Donnerstag fällt die Entscheidung im Plenum, doch kann bereits das Gesetz als gescheitert gelten.

Dresden, 19. Dezember. Nachdem das Vereinbarungsverfahren des Landtages ergebnislos verlaufen ist, fand heute in beiden Kammern die Schlußabstimmung über das Volksschulgesetz statt. Da beide Kammern in den Fragen der Errichtung des Religionsunterrichts, der Errichtung der allgemeinen Volksschule und der Schulgeldfreiheit auf ihren abweichenden Beschlüssen beharrten, so ist das Volksschulgesetz endgültig gescheitert. Kultusminister Dr. Wed sprach sein Bedauern über das Scheitern des großen Reformwerkes aus.

### Schwere Schäden der Volksernährung.

Aus Rheyn (Rheinland) wird gemeldet, daß dort 88 Personen an Typhus erkrankt und davon bereits neun gestorben sind. Dazu kommen noch 40 Erkrankungen in der Umgegend. In Aachen erkrankten mehr als 60 Personen an Typhus, und zwar nachgewiesenermaßen durch verfaulte Milch. Wie es dort mit der Milchversorgung bestellt ist, kann man aus folgenden amtlichen Mitteilungen ersehen, die aus Anlaß der Massenkrankungen erschienen sind.

Die Typhuserkrankungen in Aachen haben infolgedessen eine gute Seite gehabt, als hierdurch von der Nahrungsmittelpolizei eine erhebliche Menge ganz bedeutender Milchpantischerien ausgebeutet wurden. Wie aus genau unterrichteten Kreisen hiesiger Landwirte mitgeteilt wird, gaben die Erkrankten, die hauptsächlich in der Erlelzener Volkerei ihren Ursprung hatten, der Volkseisbehörde Veranlassung, die Kontrolle über die ihr unterstellten sämtlichen auswärtigen Volkereien erheblich zu verschärfen und denselben die gleiche Aufmerksamkeit zuzuwenden, wie den Landwirten und Milchhändlern der Stadt und Umgebung. Hierdurch wurde nur festgestellt, daß eine ganze Reihe von Landwirten (annähernd ein Duzend), die an eine Volkerei lieferten, die Milch

stets mit großen Mengen Wasser vermischt. Ehe das Gemisch aber zu dem Kocher Milchhäuschen seinen Weg antrat, nahm auch der Inhaber der Molkerei noch einmal eine gründliche Wässerung vor, so daß die Milch nun einen fast ungläublichen Prozentsatz Wasser enthält. Ein fast ebenso hoher Prozentsatz an Wasser wurde in der an die fleißigen Milchhäuschen gelieferten Milch aus einer anderen Molkerei vorgefunden, sowie ferner in der Milch aus einer dritten Molkerei, die an Kocher Wäcker und Private lieferte. Bei zwei in der Nähe von Erlangen wohnenden Landwirten, die gleichfalls die Milch nach Kochen liefern, wurden ganz scheinliche, von Stallbrei und Kuchensatz herführende Verschmutzungen der Milch festgestellt. Aus den erwähnten Molkereien wurden täglich tausende Liter der erheblich gewässerten Milch hierher gebracht. Das Gericht dürfte sich demnächst mit einigen Duzend in jüngster Zeit überführter Milchpantcher zu befassen haben.

Durch eine ganze Reihe von Gerichtsverhandlungen gegen Metzger, Bäcker usw. ist in letzter Zeit wiederholt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lebensmittelversorgung hingelenkt worden. Viele Schmutzereien und Verfälschungen sind durch die Gerichte festgestellt worden. Es sei nur an den systematischen Vertrieb von Fleisch krepiertes Lieres erinnert, der kürzlich im Kreise Dären (Rheinland) aufgedeckt wurde, und auf die Massenvergiftungen in Köln. Trotz all solcher immer wiederkehrender Erfahrungen denkt man nicht daran, die Lebensmittelversorgung des Volkes, insbesondere die Versorgung mit Fleisch, Brot und Milch, in Gemeinderäte zu übernehmen oder wenigstens unter strenge Gemeindefontrolle zu stellen. Noch wie vor werden die unentbehrlichsten Lebensmittel zuerst den Agrariern zu Liebe gewaltsam verteuert und nachher von gewissenlosen Händlern verfälscht und veräußert.

### Der oldenburgische Landtag und das Besoldungsgesetz für Beamte und Arbeiter.

Am Mittwoch erledigte der oldenburgische Landtag das in den Kreisen der Staatsbeamten und Arbeiter mit großer Spannung erwartete Besoldungsgesetz. Die Vorlage wird eine dauernde Reduzierung von circa einer Million erfordern. Angesichts der sehr mangelhaften Finanzlage des Landes eine erhebliche Summe; aber die Erhöhung der Gehälter und Löhne war nicht mehr zu umgehen. Die Regierung schlug als Deduktion die Uebernahme der Eisenbahnen vor, stellte einen eventuellen Steuerzuschlag in Aussicht und hatte einen sogenannten Ledigenparagrafen in das Gesetz hineingeschoben, der die ledigen Beamten und Volksschullehrer von der Zulage aus schließen sollte. Die Sozialdemokraten und der größte Teil der Liberalen war dagegen über den Entwurf hinausgegangen und hatte die Erhöhung der Sätze für die Unterbeamten und Arbeiter von 120 auf 150 M. resp. von 108 auf 144 M. sowie die Streichung des Ledigenparagrafen beantragt. Das schließliche Ergebnis der Abstimmung ist, daß diese Anträge und der Entwurf angenommen, dagegen ein Antrag auf 10prozentigen Steuerzuschlag abgelehnt wurde.

### Die Wahlentrichtung in Neuchâtel.

Der russische Landtag hat, Donnerstag den grundlegenden § 5, der das Pluralrecht festsetzt, mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Gegen diesen Paragraphen hat außer den Sozialdemokraten ein einziger bürgerlicher Abgeordneter gestimmt. Die Beratung des Gesetzes wird Freitag zu Ende geführt. Die Annahme des Gesetzes durch die bürgerliche Mehrheit steht schon heute fest. Die Anträge der Minderheit wurden abgelehnt.

### Frankfurter Universität.

Die königliche Genehmigung der Frankfurter Universität ist, wie die „Frk. Ztg.“ hört, in absehbarer Zeit zu erwarten. Dagegen wird sich die Eröffnung wohl verzögern. Von dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin, Frühjahr 1914, kann nicht mehr die Rede sein, vor allem, da die Bauten nicht so rasch fertiggestellt sein werden.

### Landtagsergebniswahl im Kreise Kreuznach-Simmern.

Bei der heutigen Landtagsergebniswahl im Wahlkreis Koblenz IV (Kreuznach-Simmern-Zell) entfielen auf Pfarrer Dertel (natl.) 851, auf Landwirt Knebel (D. d. L.) 24 Stimmen. Gewählt ist demnach Pfarrer Dertel.

### Die Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Schwab.

ist auf den 30. Dezember angesetzt. Aus diesem Wahlkreise zog dasamtlich Landrat v. Halem in den Reichstag, dessen Wahl die Wahlprüfungskommission des Reichstags einstimmig für ungültig erklärte, worauf v. Halem sein Mandat niederlegte.

### Rußland.

#### Die ersten Schritte der Duma.

Von schreibt uns aus Petersburg:  
Fast drei Wochen hat es gedauert, bis sich der schwerfällige Gesetzgebungsapparat von Staatsstreiksignaden in Gang gesetzt hat. Das größte Hindernis bildete die plötzlich erwachte Selbständigkeit der Oktoberistenpartei, die sich nicht ohne weiteres dem rechten Block anschließen wollte. Die ungenügende Unterstützung, die ihr die Regierung bei den Wahlen zuteil werden ließ, hatte bei dieser Partei der letzten Regierungseröffnung „oppositionelle Nachgedanken“ wachgerufen, und so zog sie denn, obgleich auf die Hälfte reduziert und ihrer besten Kräfte beraubt, mit der Wucht in die Duma, ihr „konstitutionelles“ Gesicht diesmal schärfer zum Ausdruck zu bringen. Es war überdies ein Gebot der Selbsterhaltung für diese Partei, die Diktatur der Rechten und der Nationalisten nicht ohne weiteres anzuerkennen. Mit Hilfe der liberalen Parteien, die dadurch den Regierungsbund zu sprengen hofften, gelang es dem Oktoberisten bei der Wahl des Präsidiums, ihren Kandidaten Rodsjaiko zum Vorsitzenden durchzubringen, worauf sie die Wahl des Progressisten Fürst Urußow zum zweiten Vizepräsidenten unterzählten. Der Posten des ersten Vizepräsidenten blieb vorläufig vakant, da der in Aussicht genommene Fürst Wolkonski, Mitglied der Rechten, infolge des Protestes der beiden Reichtsparteien die Wahl ablehnte. Fast zwei Wochen lang dauerten die Unterhandlungen zwischen den Oktoberisten und ihren rechten Nachbarn, deren Obstruktion durch die ungewissenhaften Staatsstreikdrohungen der Regierungspresse unterstützt wurde. Die Oktoberisten bekamen nach dem ersten halbwegs selbständigen Schritt vor der eigenen Courage und beschloßen die Reichtsparteien Himmelhoch, sich doch bei der Wahl des Präsidiums zu beteiligen. Und nun trat das Ungläubliche ein: die Reichtsparteien verlangten für die Wahl ihres eigenen Kandidaten Kompensationen! Diese wurden ihnen schließlich von den Oktoberisten in der Weise gewährt, daß sie ihnen die wichtigsten Kommissionen ausliefern. Die Prozedur der dritten Duma hat schon zur Genüge erwiesen, daß die Konfessionen und oktrobristischen Kommissionen vorkommenden auf ihrem Gebiet fast unumschränkt schalten und walten. Nun sollen, nach dem vorgeschlagenen schmutzigen Handel, die Posten der Vorsitzenden in den wichtigsten Kommissionen den vornehmlichsten „Bogomilisten“ von der Rechten (Christow, Wolkonski u. a.) ausgeliefert werden. Besonders charakteristisch ist es, daß für den Posten eines Vorsitzenden in der Volksbildungskommission der extreme Rechte Prof. Schawshon auserselben ist, der als Rektor der

Universität Odessa diese früher blühende Hochschule in eine Kaserne und Spießkopske verwandelt hat.

### Zur Stimmung in der russischen Armee.

Durch veröffentlicht in seinem Wochenblatt „L'Avant“ den Brief eines Soldaten eines der an der Westgrenze stehenden Regimenter. Der Brief ist um so interessanter, als der Brieffreiber, Sohn eines Offiziers, den reaktionärsten Anschauungen huldigt und nicht in dem Verdacht stehen kann, die Stimmung der Soldaten tendenziös zu beurteilen. Er entwirft folgendes Bild von der Stimmung unter den Soldaten: „Die Stimmung der Garnison ist ungeheuer erregt. Es heißt, wenn der Krieg ausbricht, so kommt es unbedingt zu einer Revolte, bei der man mit den Vorgesetzten abrechnen würde; diese Ausprüche findet man überall bei uns auf den Bänken. Zu mir verhält man sich mißtrauisch und feindselig, zuweilen hohlfittiert man mich sogar. . . Ich fürchte mich, daß den Vorgesetzten zu melden, man würde mich sonst in der ersten Nacht erschlagen. Mir gegenüber heißt es: Du bist der Sohn eines Offiziers und deshalb zweifellos ein Spießkop.“

### Japan.

#### Katsura, Ministerpräsident

Der Versuch, die Bildung des Kabinetts einem Parteimann zu übertragen, ist vollständig gescheitert. Keine der im Vordergrund des politischen Lebens stehenden Persönlichkeiten will die Erbschaft Satonjis übernehmen. So blieb dem „Mat der alten Staatsmänner“ nichts anderes übrig, als wieder einen der ihnen, Katsura, an die Spitze der Regierung zu berufen. Somit wird Japan wieder ein militärisch-japanisches Kabinett erhalten.

Der Fürst Katsura gilt als das einflussreichste Mitglied des Oberhauses. Dessen Vertrauen hat er sich durch jahrzehntelange treue Dienste für die herrschende Adelsklasse erworben. Sie hat daher auch mit Gunstbeweisen nicht gegeizt. Der einzige simple Schüler der Berliner Militärakademie wurde im Jahre 1862 zum Grafen, dann zum Marquis und voriges Jahr zum Fürsten ernannt. Von den acht Regierungen, die Japan seit 1868 gesehen hat, hat er sechs als Kriegsminister oder Präsident angehört. Er ist zum guten Teil für die unheilbare Finanzmisere seines Landes verantwortlich. Das letzte Mal, August 1911, mußte Katsura abdanken, weil er mit seiner Finanzreform glänzend Bankrott gemacht hatte. Er empfahl der Krone den Führer der Seiyukai, Satonji als „weisen Nachfolger“. Dieser stets beobachteten Geßlorenzheit, einen Nachfolger zu empfehlen, konnte der kürzlich abgetretene Satonji nicht nachkommen, weil er keinen Mann konnte, der Weisheit genug besitzt, die ungeheure Finanznot zu beseitigen. Daß Katsura in den 15 Monaten nach seinem Rücktritt ein Mittel erteilt hat, die Geldnot zu beheben, ist kaum anzunehmen. Auch ist wenig wahrscheinlich, daß er festen Willen hat, die Finanznot durch künftige Beschränkung der Forderungen für Meer und Marine zu mildern. Er wird der Kriegspartei die Mittel für die beiden Divisionen, die den Aufbruch zur Demission Satonjis gaben, bewilligen und sonst fortwährend, wie es alle seine Vorgänger getan haben.

Freilich sind damit die politischen und finanziellen Schwierigkeiten um keinen Deut verringert. Im Gegenteil, die Schuldenlast wächst rapid und damit auch die Zahlungsunfähigkeit und Unruhe des Volkes. Katsura wird im Parlament eine feindliche Mehrheit, die Seiyukai und die Nationalpartei, vorfinden.

Katsuras Berufung an die Spitze der Regierung bedeutet wieder vollständige Herrschaft der Kriegspartei. Der Anzeichen für manche weisen darauf hin, daß sie darauf drängt, den längst geplanten Schlag im Norden Chinas bald auszuführen. In dem Drängen auf Beschleunigung der militärischen Operationen in der Mandchurei läßt sie sich von der Hoffnung bestimmen, daß dadurch die Bewilligungslust der Abgeordneten und die Opferfreudigkeit im Volk entfacht und durch die Kriegsbewerte die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden sind. Jedenfalls hat die Kriegspartei von Katsura die Verkümmern ihrer Pläne nicht zu befürchten.

### Amerika.

#### Ein neues Einwanderungsgesetz in den Vereinigten Staaten.

Das Repräsentantenhaus nahm mit 178 gegen 52 Stimmen ein Gesetz über die Einwanderung an, nach welchem Personen über 16 Jahre, die nicht lesen können, von der Einwanderung ausgeschlossen sein sollen. Ausgenommen davon sind Personen, die nachweisen können, daß sie wegen religiöser Verfolgungen ausgewandert sind.

### Aus der Partei.

#### Zum Preussischen Parteitag.

Die Namen der gewählten Delegierten ersuchen wir umgehend an Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, einzusenden, damit ihnen die Vorlagen und das sonstige Material zugesandt werden kann. Desgleichen ersuchen wir mitzuteilen, für welche Delegierten Logis besorgt werden soll. Der Geschäftsführende Ausschuss.

#### Zur Landtags- und Gemeinbewahl in Stuttgart

erhalten wir folgende Zuschrift:  
Die systematische Hebe gegen die Beamten im Hauptbureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat nun auch glücklich ihren Weg in den „Vorwärts“ gefunden. In dem Bericht aus Stuttgart in Nr. 294 vom 17. Dezember 1912 wird gesagt:  
„Die Landtagswahl in Stuttgart hat auch derartige Erscheinungen gezeigt. Ein Teil der Parteigenossen — so fast sämtliche Beamten des Hauptbureaus der Metallarbeiter — enthielt sich jeder Wahlarbeit, weil ihr die Mehrheit der Kandidaten nicht paßte.“  
Der Richterstatter wirft den Beamten Vernachlässigung ihrer Parteipflichten vor, trotzdem ihm bekannt ist, daß ein großer Teil der Leute, die er damit treffen will, wochenlang vor der Wahl bis zum heutigen Tag jeden Sonntag und Sonntag in allen Teilen des Landes Versammlungen abhielten. Fünfzehn dieser Genossen haben zusammen zur Landtagswahl 252 Versammlungen abgehalten. Auch am Tage vor der Wahl waren diese Genossen draußen und kamen zum Teil erst am Wahltag vormittags wieder nach Stuttgart zurück, konnten folgedessen für diesen Tag noch nicht mehr weitere Arbeit übernehmen.  
Wenn ein Teil der Beamten es absehe, am Wahltag selbst noch in Stuttgart mitzuarbeiten, so geschah das nicht, weil ihnen die Mehrheit der Kandidaten nicht paßte, sondern weil sie in Stuttgart in den letzten Jahren systematisch von jeder mitbestimmenden und mitberathenden Parteiarbeit ausgeschlossen werden. In der Presse und in Versammlungen in der einfachsten Weise angezempelt wurden und ihnen die Möglichkeit zur Abwehr nirgends gegeben war. So wurden fast alle Angehörigen des Metallarbeiterverbandes aus den Parteimitgliedern, die sie sich in den einzelnen Bezirken und im städtischen Komitee der Stuttgarter Parteileitung durch ihre Betätigung erworben hatten, absichtlich und systematisch hinausgewählt.“

Die Angestellten werden schon seit Jahren — trotz ihrer Zusage auf an sie gerichtete Aufträge der Aufstellung der Referentenliste — zu keinem Referat zugelassen, wogegen andere Parteigenossen des sogenannten „linken Flügels“ — um mit dem Berichterstatter zu sprechen — sichtbar vorgehoben werden. Mit Flugblattverbreitung und andern kleinen Arbeiten werden man die Angestellten des Verbandes, aber offenbar mit der Absicht, ihnen Gelegenheit zur Ablehnung zu geben, um dann eine Handhabe zu haben, sie bloßzustellen.

Außerdem ist noch festzustellen, daß ein Teil der Beamten außerhalb Stuttgarts wohnt und dort mit führenden und Ehrenmitgliedern in der Partei betraut ist und ständig für die Partei arbeitet.

Im Auftrage der Beamten des Hauptbureaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart.

A. Raffatich, Otto Steinmayer, Ernst Marxerjeig.  
Wir überlassen es unserem Korrespondenten selbst, sich und den „linken Flügel“ gegen diese Anschuldigungen zu verteidigen.

### Deutscher Arbeiterverein Gent.

Man schreibt uns: Der Deutsche Arbeiterverein in Gent (Belgien) hielt am Sonnabend, den 14. Dezember, seine erste Agitationsversammlung ab, die von 88 Personen besucht war.

Der Referent Genosse Melio aus Gent wies zunächst auf die unbedingte Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses aller deutschen Arbeiter besonders im Auslande hin. Ferner bezeichnete er es als eine schwere Aufgabe gegen den Kapitalismus, daß ein Ausländer es hier nicht wagen darf, seine Meinung über die belgische Politik vor der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, wenn er nicht Gefahr laufen will, aus dem Lande gewiesen zu werden. Weiter gab der Redner noch einige interessante Einzelheiten bekannt über den bevorstehenden Generalkongress zur Erlämpfung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Zum Schluß gab der Redner den Hoffnungen Ausdruck, daß, sobald der Generalkongress erklärt werde, sich sämtliche in Belgien befindende deutsche Arbeiter mit ihren belgischen Brüdern solidarisch erklären werden. Die Adresse des deutschen Arbeitervereins in Gent ist: Julius Gründens, No. 19 Avenue St. Jean, Gand.

### In Ketten gefesselt.

Eine der hervorragendsten Gestalten der russischen Arbeiterbewegung ist und dieser Tage durch den Tod entrißen worden. In dem Moskauer „Wutski“, dem steinernen Waffengrabe vieler Tausenden, starb Genosse W. Jekimow, der unter dem Namen Samson, Saratow, Boris Smirnow usw. den Arbeitern in allen Enden des Reiches bekannt ist. Er starb an den Folgen einer Lungenentzündung, die ihm die eisernen Hufeisen verursacht hatten. Er, der sein ganzes Leben dafür gearbeitet hatte, um das Proletariat Russlands von seinen Fesseln zu befreien, mußte in grausamer Ironie des Schicksals an und in ihnen sterben.

Aus dem Proletariat hervorgegangen, nahm er schon seit einer Reihe von Jahren eine führende Stellung in den Arbeiterorganisationen ein, bis er in Moskau verhaftet und wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zu vieljähriger Zwangsarbeit verurteilt wurde. Er starb erst 29 Jahre alt, ohne die reichen Talente und Fähigkeiten, die ihn zu einem parlamentarischen Führer der Arbeiterklasse befähigten, zur Geltung zu bringen vermochte. Ein alltägliches Drama in den Gefängnissen, ein Ende, wie es jährlich Hunderte Genossen und Genossinnen in den Gefängnissen und in der Verbannung erleiden, und doch ein unersehlicher Verlust für die noch junge russische Arbeiterbewegung.

### Von der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion der vierten Duma hat den Abgeordneten für Warschau, Genossen Jagello, über dessen Wahl es in der polnischen und russischen Partei zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen war, in ihren Fraktionsverband aufgenommen. Aber mit Rücksicht darauf, daß Genosse Jagello der Vertreter der P. S. D. ist, die sich mit der Sozialdemokratie Russlands noch nicht vereinigt hat, fordert die Fraktion ihn auf, ihr mit beschließender Stimme in den Fragen der politischen Tätigkeit in der Duma und mit beratender Stimme in den inneren Fragen der Sozialdemokratie Russlands beizutreten.

### Dolzeitliches, Gerichtliches usw.

#### Presseprozeß.

Vor dem Schöffengericht Karlsruhe wurde am Donnerstag Genosse A. D. Sed. Offenburg wegen Verleumdung des Kriegsrats Feder-Colmar zu 20 Mark Strafe verurteilt. In dem im „Volksfreund“ veröffentlichten Bericht über eine Kriegsgerichtsverhandlung, die Feder in Lahr leitete, sprach Sed davon, daß der Berichterstatter den Eindruck „größter Befangenheit“ machte. Sed machte geltend, daß er als Mitglied der Petitionskommission des Reichstags jener Verhandlung anwohnte und in der Berichterstatter in Wahrung berechtigter Interessen handelte. Eine Verleumdung enthalte die Unterstellung der Befangenheit bei einem Richter nicht. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

### Jugendbewegung.

#### An die sporttreibende Arbeiterschaft!

In neuerer Zeit entfallen die bürgerlichen Sportvereine eine fleißige Propaganda. Mit der Phrase, die Vereine seien politisch neutral, suchen ihre Wortführer auch die Arbeiter und Arbeiterinnen für den Beitritt in die bürgerlichen Sportvereine gemigelt zu machen. Die bürgerlichen Sportvereine haben aber gerade neuerdings ihren arbeitereindlichen Charakter ganz offen zum Ausdruck gebracht. Fast alle haben sich dem Jungdeutscheslandbund angeschlossen, dessen Zweck es ist, die proletarische Jugendbewegung systematisch zu bekämpfen. Wie der Jungdeutscheslandbund, so erfreuen sich die ihm angehörenden bürgerlichen Sportvereine der eifrigsten Unterstützung durch städtische und staatliche Organe — derselben Behörden, die in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiterschaft zugunsten der Arbeitereinde, teils mit brutaler Gewalt, einzutreten pflegen.

Die sporttreibenden, organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben demnach die Pflicht, die bürgerlichen Sportvereine zu meiden! Um die Arbeiterschaft über das arbeitereindliche Treiben der bürgerlichen Sportvereine aufzuklären, haben die Arbeitersportverbände eine „Zentralkommission für Sport- und Körperpflege“ eingesetzt. Die Kommission richtet an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands den Appell, ihre Unterstützung zu unterstützen.

Für die sporttreibende Arbeiterschaft gilt die Parole:

Herans aus den bürgerlichen Sportvereinen!

Zentralkommission für Sport- und Körperpflege.

J. A. J. Rassa, Berlin-Tegel, Schloßperstr. 30.

### Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nummer 26 des vierten Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: „Friede und Wohlgefallen.“ — Der kleine Kölner. Von Paul Vöcker. — Was sollen wir lesen? Von Gustav Casteln. — Jugendkunst im Altertum. Von Hans Dornik (mit Abbildungen). — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Zur wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend. Vom Kriegsschauplatz usw.

Beilage: Leben. Erzählung von Karl Olonsky. — Noch ist der Heiland nicht erstanden. Gedicht von Ludwig Pau. — Auf der Walze in Italien. Reisebrief von Max Barthel. — Gastwirtschaften und Kaffeehäuser im Balkan. Von L. L. (mit Abbildungen). — Tiere im Winterschlaf. Von Heinz Welten. — Räucher für die Jugend. — Weihnachtserzählung.

# Gewerkschaftliches.

## Verhärfung der Lage im Holzgewerbe.

Die Unternehmer in der Holzindustrie gehen anscheinend systematisch darauf aus, die ohnehin schwierige Situation bei den Vertragsverhandlungen noch weiter zu verschärfen. Anders ist das Verhalten des Zentralvorstandes des Arbeitgeber-Schutzverbandes in den letzten Tagen nicht zu erklären.

Das Vertragsverhältnis in der Holzindustrie baut sich auf Einzelverträge auf, deren Inhalt und Wortlaut zum Teil sehr erhebliche Unterschiede aufweisen. In den meisten Verträgen ist vorgesehen, daß auftauchende Meinungsverschiedenheiten von einer partiellisch zusammengesetzten örtlichen Schlichtungskommission zu regeln sind. Für den Fall, daß hier eine Verständigung nicht zu erzielen ist, gilt in der Regel die gemeinsame Sitzung der Zentralvorstände als zweite Instanz. Hierbei wird davon ausgegangen, daß Streiks und Aussperrungen nicht stattfinden dürfen, solange der Instanzenzug nicht erschöpft wird. Dabei passiert es aber nicht selten, daß sich die Erledigung eines Streitfalles recht lange hinzieht. Kommt es doch öfter vor, daß die Unternehmer in der Schlichtungskommission, selbst in ganz klar liegenden Fällen, einer Entscheidung aus dem Wege gehen, um ihrem Kollegen nicht wehe zu tun. Dann dauert es mitunter sehr lange, bis sich der Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes herbeiläßt, eine gemeinsame Sitzung zu vereinbaren. Es ist einleuchtend, daß bei diesem Geschäftsgang die beteiligten Arbeiter oft empfindlich geschädigt werden. Um so mehr, als die Fälle durchaus nicht selten sind, daß renitente Unternehmer den Spruch der Zentralvorstände unbeachtet lassen. Sie können sich das leisten, da der Arbeitgeber-Schutzverband sich durchaus keine Mühe gibt, seine Mitglieder zur Respektierung seiner Beschlüsse anzuhalten.

Als die Zentralvorstände am 13. Dezember zur Verhandlung über die Erneuerung der ablaufenden Verträge zusammentraten, wurde von den Vertretern des Holzarbeiterverbandes verlangt, daß vorweg einige solcher schwebender Fälle erledigt werden. Speziell handelte es sich um Streitfälle in L u d e n w a l d e und in H ö c h s t.

In L u d e n w a l d e bestimmt der Vertrag unter anderem, daß am 1. Oktober 1912 die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde verläßt wird „mit Lohnausgleich für Lohnarbeiter“. Nach der anerkannten Terminologie der Verträge im Holzgewerbe bedeutet das, daß bei Eintritt der Arbeitszeitverlängerung der Stundenlohn um 1 Pf. erhöht wird. Diese Lohnerhöhung zu zahlen weigern sich die Unternehmer mit der sonderbaren Begründung, daß die gelehrten Arbeiter darauf keinen Anspruch hätten, denn das seien keine Arbeiter, sondern — Gesellen. In ihren früheren Sitzungen hatten die Zentralvorstände ohne weiteres entschieden, daß die Ludenwalder Unternehmer im Unrecht sind, diese lehnten sich aber nicht daran. Nunmehr wurde in der Sitzung am 13. Dezember, an der auch auswärtige Vertreter teilnahmen, in der gleichen Weise entschieden. Die Arbeitgebervertreter verschwiegen auch gar nicht, daß sie das Verhalten ihrer Ludenwalder Kollegen entschieden verurteilen, und ihr Beschluß ging einstimmig dahin, daß die Lohn-differenz den Arbeitern ab 1. Oktober nachzuzahlen ist. Die Ludenwalder Unternehmer pfeifen aber auf den gefassten Beschluß. In einer am 16. Dezember abgehaltenen örtlichen Sitzung mit den Arbeitgebervertretern erklärten sie rund und nett, sie fügen sich dem Beschluß der Zentralvorstände nicht! Der Arbeitgeber-Schutzverband rührt keine Hand, um seine renitenten Mitglieder zur Ordnung zu rufen.

In H ö c h s t liegt der Streitfall nicht ganz so einfach. Hier sollte am 1. November eine Stunde Arbeitszeitverlängerung mit Lohnausgleich eintreten. Diesen Lohnausgleich wollten die Unternehmer aber nur den in Zetteln Beschäftigten gewähren. Da jedoch die gelehrten Arbeiter fast durchgehend im Afford arbeiten, verlangen sie, und sie berufen sich hierbei auf analoge Fälle in einer ganzen Reihe anderer Verträge, daß der Lohnausgleich auf die Affordtarife sinngemäße Anwendung finde, d. h. diese sollen um circa 2 Prozent erhöht werden. Mit dieser Frage haben sich die Zentralvorstände am 19. November beschäftigt, ohne aber zu einer Verständigung kommen zu können. Die Höchster Unternehmer lehnten das Verlangen, gestützt auf eine Anweisung ihres Zentralvorstandes, ab, und schließlich legten die Arbeiter, um ihrer Forderung Nachdruck zu geben, am 30. November die Arbeit in einem Betriebe nieder. Als dann begannen die übrigen Unternehmer ihre Arbeiter auszusperrten. So stand die Sache, als sich die Zentralvorstände am 13. Dezember mit ihr beschäftigten. Hier wurde beschlossen, daß sowohl Streik als Aussperrung aufzuheben sind. Am Montag, den 16. Dezember wird die Arbeit aufgenommen. Für Dienstag, den 17. Dezember werden die Mitglieder der zentralen Schiedskommission, die feinerzeit bei dem Vertragsabschluss für Höchst mitgewirkt haben, ebenso auch je 2 Vertreter der örtlichen Parteien nach Berlin berufen, um eine Entscheidung des Streitfalles herbeizuführen. Die fraglichen Personen waren auch am Dienstag und Mittwoch in Berlin, aber es kam zu keiner Entscheidung, weil der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes jedes Verhandeln ablehnte!

Er begründete sein Verhalten damit, daß nicht alle Arbeiter die Arbeit aufgenommen hätten. Nun hatte aber die bestreikte Firma Röttger u. Co. es zunächst abgelehnt, alle Arbeiter wieder einzustellen, wie auch einzelne andere Unternehmer bei der Wiedereinstellung der ausgesperrten Schwierigkeiten machten. Bei Röttger haben dann die eingestellten Arbeiter am Montagmittag die Arbeit wieder verlassen. Als der Unternehmer sich nunmehr bereit erklärte, alle wieder einzustellen, war inzwischen ein Teil der Arbeiter, die auswärts wohnen, wieder nach ihren Dörfern abgereist und da sie nicht rechtzeitig benachrichtigt werden konnten, waren sie denn auch Dienstags noch nicht zur Arbeit erschienen. Mehrere Arbeiter hatten aber auch in der Zwischenzeit anderweitig Arbeit angenommen und andere waren auf Wanderschaft gegangen.

Bei der Wiederaufnahme der Arbeit sind von beiden Seiten Fehler begangen worden. Die Mißverständnisse hätten sich aber sofort beseitigen lassen, wenn man den Vertretern, die zum Teil aus größerer Entfernung nach Berlin gekommen waren, Gelegenheit zur Aussprache gegeben hätte. Aber das hat der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes mit Vorbedacht verhindert. Er hat mit voller Absicht die Arbeitervertreter brüskiert und die ohnehin schon gespannte Situation für die Vertragsverhandlungen noch weiter verschärft. In der „Volks-Zeitung“, die der Arbeitgeber-Schutzverband zu seinem Moniteur für die Vertragsverhandlungen auswählen zu haben scheint, hat er den Höchster Fall in einer seinen Zwecken dienenden Färbung dargelegt, den sehr bezeichnenden Ludenwalder Fall der mit ihm auf das engste zusammenhängt, hat er aber sorgfältig verschwiegen. In der aus dem Bureau des Arbeitgeber-Schutzverbandes stammenden Zeitschrift an die „Vollzeitung“ heißt es: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Konflikt in Höchst noch auf weitere Vertrags-Verhandlungen hinführt“. Das steht wie eine Drohung aus; der Schutzverband scheint den Ablauf der Verträge am 15. Februar kaum erwarten zu können und sucht nach einem Vorwand, um schon

früher Loszuschlagen. Für die vor den Herren so aufdringlich beteuerte Friedensliebe ist aber der ganze Vorgang sehr bezeichnend.

## Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter im Gipfbaugewerbe, Rabigpauer, Träger und Spanner, haben in einer Versammlung, die am Mittwochabend bei Wille in der Sebaltskranzstraße stattfand, die Kündigung des Tarifvertrages beschlossen. Die Dase, der Referent, bekanntgab, hatten die Unternehmer im Berliner Betonverein am Mittwochmorgen in einem Schreiben an die Organisation der Arbeiter den Vorschlag gemacht, daß der Vertrag, der am 31. März 1913 abläuft, ohne jede Veränderung verlängert werden sollte auf die Dauer, die zwischen dem Verband der Baugeschäfte und den anderen Gruppen der Arbeiter in Bauderuf vereinbart wird. Auf diesen Vorschlag ging die Versammlung nicht näher ein, da er den Interessen der Arbeiter nicht entspricht. Nach kurzer Beratung erklärte sich die Versammlung für die Kündigung. — Unter verschiedenen Branchenangelegenheiten wurden auch die Positionen für einen aufzustellenden Affordtarif besprochen.

## Die Angst der Bäckerinnungen

vor einem Gesellenausfluß, der aus Mitgliedern der Organisation zusammengesetzt ist, treibt sonderbare Blüten! Vor kurzer Zeit fand für die Bäckerinnung in Steglitz die Gesellenauswahl statt, in welcher die Liste des Verbandes der Bäcker mit 24 Stimmen gegen 16 Stimmen, die auf Innungskandidaten entfielen, siegte. Dieser Sieg war umso bedeutungsvoller, als die Organisation gerade 2 Tage vorher vor Stattfinden der Wahl Kenntnis bekam. Mit Hilfe der Arbeiter der Brotfabrik Marold, die bis zum letzten Mann zur Wahl gekommen waren, gelang es, die Majorität zu erlangen, obgleich die Innungsleitung noch im letzten Augenblick alles aufbot, um ihre getreue Garde zur Wahl heranzuschleppen. Diese Niederlage kann anscheinend die Innung nicht verärgern und sie berüchte unmittelbar nach der Wahl ihren Reinsfall weit zu machen. Am Mittel dazu sind die Vorortmeister ebenso wenig verlegen, wie ihre Herren und Meister von der Berliner Innung. So wurde denn ein überaus schlauer Plan ausgedacht! Der Obermeister mußte sich in Begleitung eines anderen Innungsführers sofort nach Potsdam begeben, um mit der dortigen Behörde Rücksprache zu nehmen, ob es nicht möglich sei, die Firma Marold, die man vor einigen Jahren erst in die Innung gezwungen (!) hatte, wieder aus der Innung auszuschließen! Der Plan scheint nunmehr gegliedert zu sein, wenigstens vorläufig. Vorigen Sonnabend erhielt der Firmeninhaber von der Innung ein Schreiben, wonach er auf Grund des Innungsstatutats, das ausdrücklich bestimmt, daß wer mehr als neun Arbeiter beschäftigt, der Innung nicht angehören dürfe, Marold beschäftigt 20 Arbeiter, darunter 14 Bäcker. Folglich gehöre er nicht der Innung an! —

Diese Logik mag freilich für die Bäcker der Zwangsinnung in Steglitz überzeugend sein, d. h. ihnen schön in den Kram passen, um den verhassten Gesellenausfluß des Verbandes auf diese Art wieder los zu werden. Davon, daß die Innung der Firma Marold die jahrelang zu Unrecht erhobenen Innungsbeiträge zurückstaltet hat, haben wir noch nichts gehört.

Vom Standpunkt der Arbeiter aus kann man kaum etwas dagegen haben, wenn die Innungen die Großbäckereien und Brotfabriken von sich abstoßen. Diese dürften auch kaum große Sehnsucht nach der „lieblichen Fürsorge“ der Zwangsinnungen haben, die in Magdeburg so glänzend bewiesen wurde. Daß aber die Zwangsinnung in Steglitz erst jahrelang von einer solchen Brotfabrik die Innungsbeiträge erhebt, um in dem Augenblick, wo ihr die Arbeiter der Fabrik un bequem zu werden scheinen, wo mit Hilfe dieser Arbeiter ein unabhängiger Gesellenausfluß gewählt wird, diese selbe Brotfabrik einfach aus der Innung auszuschließen, charakterisiert so recht die Stimmung der Bäckerinnungen gegen die Gesellenchaft und ihre Organisation. Das zeigt auch am besten, was von der Friedensliebe und den Vermählungen der Zweigverbandsleiter im Innungslager nach einem Tarif zu halten ist.

## Deutsches Reich.

### Zur Bergarbeiterbewegung im Saarrevier.

Die christlichen Gewerkschaftsführer werden von der königlichen Bergwerksdirektion belehrt, wie gekündigt werden muß.

Bereits bekannt, wurde in der Revierkonferenz des christlichen Gewerkschafts auf Anraten der Führer beschlossen, die Arbeiterausschüsse sollten am 18. Dezember für die gesamte Belegschaft kündigen. Nach dem Vergesetz haben die Arbeiterausschüsse Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der Verwaltung zu bringen und dahin zu wirken, daß das gute Einvernehmen zwischen Belegschaft und Verwaltung erhalten bleibt oder wieder hergestellt wird. Eine Bestimmung, wonach die Arbeiterausschüsse für die Gesamtschaft kündigen können, gibt es nicht.

Nach dem Beschluß der Revierkonferenz soll der Streik am 2. Januar 1913 beginnen. Die Bergwerksdirektion nimmt die Kündigung durch die Ausschüsse nicht an, sie zeigt aber den Bergleuten einen Weg, auf dem es möglich ist, den Beschluß, am 2. Januar die Arbeit niederzulegen ohne Kontraktbruch, zu verwirklichen. Am Morgen des 17. Dezember prangte auf allen Gruben folgende Bekanntmachung:

Am Sonntag, den 15. Dezember, ist von den Vertretern eines Teiles der Belegschaft in einer in Saarbrücken abgehaltenen Versammlung ein Beschluß angenommen worden, der die Belegschaft unserer Gruben auffordert, am Mittwoch, den 18. d. Mts., die Arbeit zum 2. Januar zu kündigen.

Hierbei ist in Aussicht genommen worden, die Kündigung für eine größere Anzahl von Bergleuten durch einen Vertreter einzuziehen. Nach § 180 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist bei einseitigen Rechtsgeschäften, also auch bei der Kündigung, Vertretung ohne Vollmacht unzulässig. Kündigungen ohne schriftliche Vollmacht werden zurückgewiesen werden. Dadurch wird nach § 174 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Kündigung unwirksam. Wir stellen denjenigen Bergleuten, welche sich zur Kündigung entschließen wollen, anheim, ihre Kündigung dem zuständigen Steiger auf seinem Bureau mündlich, oder, falls dieses vorgezogen wird, durch Ueberreichung eines Zettels zu erklären, der etwa lautet: „Ich kündige die Arbeit zum 2. Januar, Datum, Unterschrift.“

Die zuständigen Steiger sind gemäß § 54 der Arbeitsordnung von dem Bergwerksdirektor ermächtigt worden, die Kündigung rechtsgültig entgegenzunehmen. Die Zurückziehung einer erfolgten Kündigung ist in das Ermessen des Arbeitgebers gestellt.

In der Versammlung ist auch bekannt gegeben worden, daß bei ordnungsmäßig erfolgter Kündigung die Bergwerksdirektion die gewählten Baurpämien nicht kündigen könne. Diese Erklärung ist unzutreffend, wie § 12 Absatz 1 und § 15 Absatz 1 der Vorschriften über die Gewährung von Hausbaupämien und Borschüssen ergeben.

Als gültige Vollmachten für eine Kündigung können nicht solche Vollmachten angesehen werden, die in allgemeinen Ausdrücken einem Vertreter Vollmacht geben, etwa zu allen Maßnahmen zwecks Erreichung besserer Lohnverhältnisse oder zu allen Maßnahmen zwecks Abwehrtung der neuen Arbeitsordnung. Solche allgemein gehaltenen Vollmachten sind zurückzuweisen. Als rechtsgültige Vollmachten zu einer Kündigung sind nur solche Vollmachten anzusehen, die entweder die Bevollmächtigung zur Kündigung ausdrücklich feststellen oder zweifelsfrei erkennen lassen, daß der Aussteller der Vollmacht den Willen hatte, daß die Vollmacht auch für eine Kündigung gelten solle. Als gültige Vollmachten zu einer Kündigung können ferner nicht solche Vollmachten angesehen werden, in denen die bevollmächtigte Person nicht bestimmt bezeichnet ist. Solche Vollmachten, in denen die Vollmacht selbst und die Unterschrift auf getrenntem Vogen stehen, sind ebenfalls zurückzugeben bzw. nur insoweit anzunehmen, als die Unterschrift sich

auf demselben Vogen befindet, auf dem die Vollmacht steht. Anheften von Namenslisten an die Vollmacht genügt nicht.

Saarbrücken, den 16. Dezember 1912.  
Rgl. Bergwerksdirektion.  
gez. Juchs.

Sieht das nicht so aus, als ob die königliche Bergwerksdirektion den Streik absolut will?

Die den einzelnen Berginspektionen durch die Vertreter der Belegschaft für diese eingereichten Kündigungen wurden denn auch zurückgewiesen. Einer Kommission wurde von der Bergwerksdirektion ebenfalls eine abschlägige Antwort erteilt.

Wird nun der christliche Gewerkschaftsverein die von der Direktion zuteil gewordene Belehrung beherzigen und die einzig richtige Parole geben, daß jedes Belegschaftsmitglied persönlich die Kündigung einreicht? Auf alle Fälle ist der Ausbruch des Streiks um einige Tage hinausgeschoben, wenn die Gewerkschaftsführer auf ihrem Standpunkt verharren, daß die Kündigungsfrist unter allen Umständen eingehalten werden muß.

Besonders auffallend ist, daß, obgleich die Bekanntmachung der Bergwerksdirektion am 17. morgens nicht nur auf allen Gruben angehängt, sondern auch durch die Zeitungen bekannt gegeben war, die christlichen Versammlungsredner in den am selben Tage stattgefundenen Versammlungen mit keinem Wort darauf eingingen. Die Wogen schlagen immer höher. Die Altverbändler warten darauf, daß die Gewerkschaftsmitglieder kündigen, sie werden, trotzdem sie von den christlichen Führern ausgeschaltet werden, treue Solidarität bezeugen.

Der Boykott über die Halberstädter Wappensfabrik von Christian Förster übt seine Wirkung aus, was am besten durch ein Schreiben der Firma an einen ihrer Agenten in Bremen illustriert wird. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Herrn Fritz Rensch, Bremen, Düsternstr. 116.  
Ich erhielt Ihr Geheißes vom 3. cr. und erwidere Ihnen höflich, daß ich nicht abgeneigt bin, z. B. für Sommer (zweiter Agent) „neutrale“ Dolm., d. h. ohne Firmenaufdruck, zu liefern, falls bei diesen Kunden der Boykott nicht ohne Einfluß ist. Leider läßt sich gegen derartige Gerüchte in den Zeitungen, die den Tatsachen direkt widersprechen, nicht viel machen. Sollten Sie jedoch hier und da Wahrnehmungen machen, die auf mein Geschäft direkt schädigend einwirken, so bin ich Ihnen für diesbezügliche Mitteilungen sehr dankbar. Ich werde dann gegen diese Leute sofort vorgehen. Trotzdem ich hier, nach dem großen Ordereingang zu beurteilen, von einem Boykott noch nichts gemerkt habe, so will ich durchaus nicht bezweifeln, daß sich derselbe hier und da mal bemerkbar macht. Ich bin der Organisation weit möglichst entgegen gekommen und bedaure, mich auf andere Sachen nicht einlassen zu können, mag es kommen, wie es will.

Hochachtungsvoll  
Christian Förster.

In einigen anderen Schreiben an die Abnehmer behauptet die Firma sogar, daß es ihr vollkommen gleich ist, ob ihre Leute organisiert sind oder nicht; dabei ist am 14. d. M. bereits wieder ein Arbeiter entlassen worden, weil er organisiert war. Durch solche Erklärungen an ihre Kunden will die Firma den Boykott abschwächen. Will die Firma Frieden mit der Organisation der Arbeiter und ihrer Kunden haben, so steht ihr der Weg offen, sie braucht nur mit der Organisationsleitung zu verhandeln und Entgegenkommen zu zeigen.

## Letzte Nachrichten.

### Reichstagsersatzwahl in Rußl. a. U.

Greiz, 19. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die infolge des Todes unseres Genossen Hermann Förster notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl brachte unserer Partei heute wieder den Sieg. Es erhielten Max Cohen (Soz.) 7907, Stresemann (natl.) 5046 und Vaitmann (wirtsch. Bergg.) 1360 Stimmen. Cohen ist somit gewählt.

Bei der Hauptwahl im Januar erhielt der Genosse Förster 8542, der Nationalliberale 3804 und der Freisinnige 3319 Stimmen. Die wirtschaftliche Vereinigung hatte damals keinen Kandidaten aufgestellt, ihr Erfolg ist auch jetzt nur ein sehr magerer gewesen. Den Liberalen hat es auch nichts geholfen, daß die Freisinnigen diesmal auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zugunsten des Nationalliberalen verzichteten. Die Wähler haben dafür gesorgt, daß der Scharfmacher Dr. Stresemann wieder nicht in den Reichstag einzieht.

### Annahme des Kriegsleistungsgesetzes.

Wien, 19. Dezember. (B. Z. B.) Das Abgeordnetenhaus hat, wie bereits gemeldet, das Kriegsleistungsgesetz in der Kommissionsfassung unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge angenommen. Der § 6, nach welchem das Personal der zu Kriegsleistungen in Anspruch genommenen Verkehrsmitel- und Industrieanlagen auf die Dauer der Inanspruchnahme des Unternehmens in dem bisherigen Arbeitsverhältnisse verbleiben muß, wurde in namentlicher Abstimmung mit 270 gegen 148 Stimmen angenommen. Bei § 9 wurde ein sozialdemokratischer Gegenantrag, nach welchem die zu Kriegsleistungen Herangezogenen nicht der Militärgerichtsbarkeit, sondern der Zivilgerichtsbarkeit unterstellt werden, in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 201 Stimmen abgelehnt. Morgen findet die dritte Lesung der Vorlage statt. Das Haus erledigte hierauf eine Reihe von Immunitätsangelegenheiten. Es beschloß unter anderem, die Auslieferung des Sozialdemokraten Schummaier wegen Ehrenbeleidigung des Wiener Bürgermeisters Dr. Reumayer während der Sitzung des Gemeinrates. Um 7¼ Uhr abends wurde die Sitzung nach 56 stündiger Dauer geschlossen.

### Von der Friedenskonferenz.

London, 19. Dezember. (B. Z. B.) Ueber die dritte Beratung der Friedensdelegationen wurde heute nachmittags 5¼ Uhr folgende offizielle Mitteilung veröffentlicht: In der dritten Sitzung der Konferenz unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Venizelos wurde das Protokoll der zweiten Sitzung gebilligt. Nachdem dann der erste türkische Bevollmächtigte Reschid Pascha den Delegierten mitgeteilt hatte, daß ein Spezialkurier mit den erbetenen Instruktionen Konstantinopel verlassen habe, wurde die Sitzung auf Sonnabend, 4 Uhr nachmittags, vertagt.

Konstantinopel, 19. Dezember. (B. Z. B.) Die türkischen Bevollmächtigten in London sollten heute der Friedenskonferenz erklären, man müsse, da die Zulassung der griechischen Bevollmächtigten zu den Verhandlungen ohne Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Seiten Griechenlands die Friedensverhandlungen in die Länge ziehen könnte, in das Waffenstillstandsprotokoll eine Zusatzbedingung aufnehmen, welche die Verproviantierung Adrianopels und der anderen belagerten türkischen Plätze gestatte.

### Die Katastrophe auf Zeche Minister Achenbach.

Die Gesamtzahl der Opfer der Schlagwetter- und Kohlenstaub-Explosion auf der Unglückszeche besteht aus 52 Toten und neun Schwerverwundeten. Die Nachricht, daß es gelungen sei, alle Verunglückten zu bergen, hat sich als irrig erwiesen. Nach einer erneuten Revision der Kontrollmarken hat sich herausgestellt, daß noch zwei weitere Bergleute vermißt werden, die sich wahrscheinlich noch in der Grube befinden.

Die Explosion muß eine furchtbare Wirkung gehabt haben, denn der größte Teil der Toten ist entseelig zugerichtet und verstümmelt. Unter den Toten befindet sich ein 15jähriger Arbeiter, dessen Körper vollständig zerlegt ist. Die Mutter des Jungen hat ihr Kind nur an den Strümpfen und Schuhen wiedererkennen können.

Ueber das Unglück werden noch schredliche Einzelheiten bekannt. Die Leiche des Steigers Kuepper wurde auf einem Grubenstempel liegend gefunden, an dem der Unglückliche sich fest eingeklemmt hatte, so daß das Raseneisen gebrochen war. Den Hergang der Katastrophe schildert ein Bergmann, der in einem dem Explosionsherd benachbarten Flöz arbeitete. Ein unheimliches Geräusch gab ihm die Gewißheit, daß etwas Furchtbares passiert sein müsse. Er erinnerte sich, daß bei Schlagwetterexplosionen das Hintereisen oft die einzige Rettung bildet und warf sich auf die Erde. In demselben Augenblick ertönte ein furchtbarer Knall, dem noch drei oder vier andere folgten. Die an den benachbarten Arbeitsstellen beschäftigten Kameraden liefen durcheinander, als auch schon ein ungeheurer Steinregen begann, der einen Teil der Zimmerung umriß. Der Bergmann lag mehrere Stunden regungslos und angstgeplagt auf dem Boden, wobei er zeitweilig die Bestimmung verlor. Schließlich raffte er sich auf und flüchtete zum Schachtausgang, wo ihm seine Kameraden zu Hilfe kamen. Andere Bergleute berichten, daß die Flammen mit einer ungeheuren Wucht und Geschwindigkeit durch die unterirdischen Gänge strichen.

Von sachmännischer Seite wird uns zu dem Unglück geschrieben: Der Herd des Unglücks ähnelt, ja er stimmt fast genau mit dem auf Zeche Lothringen überein. Die Flöße der Fettkohlenpartie, in denen sich über 90 Proz. aller Explosionen ereignen, liegen dicht beisammen. Durch kleine Schächte von einer Sohle zur andern werden diese Flöße aufgeschloffen und durch Duerstrecken in gewissen Abständen wieder mit den Schächten vereinigt. So war es auf Zeche Lothringen und genau so auf Zeche Achenbach.

Wo und wie sich die Wetter entzündet haben, ist noch nicht bekannt. Es ist aber auch ziemlich gleichgültig. Aber gerade an Zeche Achenbach läßt sich zeigen, wie die Vorbedingungen für solche Unglücke geschaffen werden; wie die Sicherheit der Gruben heruntergesetzt und nicht nur Rossenungslücke gezeitigt, sondern auch der gesamte Gesundheitszustand heruntergekehrt wird. Schon im Jahre 1909 ist in einer Eingabe des deutschen Steigerverbandes an den Reichstag auf Zeche Minister Achenbach als einer Anlage hingewiesen worden, auf der bis dahin gesunde Verhältnisse durch die furchtbare Jagd nach Kohlen ins Gegenteil verkehrt werden. Der betreffende Absatz der Eingabe lautet:

Die schlechte Behandlung der Steiger, der große Druck auf die Förderung und das System der vielen übereinander angeordneten Vorgelegten tragen mit der Hauptursache an der großen Erbitterung, die sich augenblicklich wieder besonders stark in der Arbeiterkaste bemerkbar macht.

Welchen Einfluß Vorgelegte auszuüben vermögen zeigen zum Beispiel die Zechen Minister Achenbach, Rheinelbe und Alma.

Der Abgang der Arbeiter betrug hier in Prozent der Belegschaft:

	1906	1907	1908
Zeche Minister Achenbach	48	63	73
Rheinelbe I	38	43	61
Alma	20	37	47

### Kleines feuilleton.

Hauptmann und die Sozialdemokratie. Zu diesem Thema wird uns geschrieben:

Die Erklärung Gerhart Hauptmanns, er sei niemals Sozialdemokrat gewesen und habe nie zu einer politischen Partei gehört, wird im Kreise seiner alten Freunde und Bekannten einiges Kopf-schütteln erregt haben. Es stimmt, daß Gerhart Hauptmann niemals Mitglied der sozialdemokratischen Partei war, wenn er aber leugnet, jemals Sozialdemokrat gewesen zu sein, so kann er diese Leugnung nur damit motivieren, daß ein Sozialist noch kein Sozialdemokrat sei. Denn daß Gerhart Hauptmann in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre einem Zirkel sozialistisch gesinnter Freunde angehört, in denen nicht nur sozialistische Studien getrieben wurden, sondern auch der lähne phantastische Plan zum Weichselufer erhoben wurde, eine sozialistische Kolonie in den Vereinigten Staaten zu gründen, kann er nicht bestreiten. Zu diesem Zweck wurde einer aus dem Freundeskreise ausgeschieden, um nach den Vereinigten Staaten zu reisen und die Bedingungen für die zu gründende Kolonie zu studieren. Der Ausfall dieser Studien war allerdings ein solcher, daß man beschloß, den Plan aufzugeben.

Gerhart Hauptmann wird auch nicht bestreiten können, daß die Zusammenkünfte der Freunde die Aufmerksamkeit der Breslauer Staatsanwaltschaft erregte und zu einem Geheimbundsprozeß führte, in dem schließlich mehrere Angehörige jenes Freundesbundes zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Es war allerdings ein Tendenzprozeß so ungerechter Art, wie er eben nur unter der Herrschaft des Sozialistengeheißes möglich war. Aus dem Willen jener Jahre ist Gerhart Hauptmann einzig und allein zu Dichtungen wie „Vor Sonnenaufgang“ und den „Webern“ gekommen. Hat also Gerhart Hauptmann recht, daß er nie Parteimann in engerem Sinne war, so sollte er doch offen zugeben, daß es der Geist des Sozialismus war, der ihn zu seinen ersten Dichtungen begeisterte und sie ihm wahrlich nicht seine schlechtesten. Aber es scheint, daß er nicht gern an seine sozialistische Jugendliebe erinnert sein will, nachdem er der von der Bourgeoisie gefeierte Dichter geworden ist.

Die Taubstummen und das Kino. In London haben in der letzten Zeit interessante pädagogische Experimente stattgefunden, die darauf abzielen, den Kinematographen in den Dienst der Taubstummenziehung zu stellen. Die Versuche gälten in erster Linie dem Ziele, die Schüler durch häufige Vorstellungen kinematographischer Aufnahmen dazu zu erziehen, nach Möglichkeit aus den Mundbewegungen der Schauspieler die Sprache und die Worte abzulesen. Die Schüler erhielten Hefte und Heftchen und wurden beauftragt, alle Sätze, die sie auf Grund der Filme zu verstehen glaubten, aufzuzeichnen. Bald zeigte es sich, daß die Fähigkeit, aus den Lippenbewegungen Worte abzulesen, ganz erstaunlich entwickelt werden kann. Nach kurzer Schulung verstehen die Schüler der

Auf diesen Anlagen haben die Inspektoren bezw. Betriebsführer in den letzten Jahren die frager gute Behandlung ins gerade Gegenteil verkehrt. Auf Zeche Minister Achenbach hat man zum Beispiel die älteren Steiger direkt entlassen oder doch so schikantiert, daß sie gehen mußten.

Die Unglücke im Ruhrrevier müssen sich häufen! Der Betrieb unter Tage wird von den Grubenmagnaten für am rentabelsten gehalten, je rücksichtsloser mit den Steigern umgegangen wird, wenn sie nicht genug Kohlen liefern. Sie sollen stets hinter den Leuten her sein und diese antreiben. Dazu kann man am besten junge Weante brauchen. Im Jahre 1909 führte der Besitzer von Zeche Achenbach, die Firma Stumm in Reunfirchen dieses System ein. Man holte einen als rücksichtslos bekannten Betriebsführer Korb von Zeche Königsborn nach Minister Achenbach. Dieser wiederum holte sich Verwandte und Bekannte heran. Um für diese Platz zu schaffen, wurde die Mehrzahl der alten Beamten entlassen. So mancher von ihnen hat, nachdem er sich im Dienste der Firma Stumm aufgeopfert, noch des Lebens Not kennen gelernt. Dem Inspektor wird jede Kleinigkeit berichtet und zähneknirschend müssen es sich die Steiger gefallen lassen, daß sie des öfteren zur Strafe wieder in die Grube fahren müssen, durch Prämieneitziehungen bestraft und obendrein noch mit unpassenden Redensarten bedacht werden.

Der Druck auf die Steiger wirkt wiederum auf die Arbeiter ein und großer Arbeiterwechsel ist die Folge. Der Arbeiterwechsel erhöht nun wieder die Unsicherheit in der Grube, da es längere Zeit dauert, bis ein Arbeiter die Verhältnisse kennt.

Die Steiger werden ferner durch die ihnen von der Oberleitung gemachten Schwierigkeiten gezwungen, ihre ganze Aufmerksamkeit der Kohlenförderung zuzuwenden, so daß auf die Sicherheit der Bause weniger geachtet wird. Durch den intensiven Betrieb steigt aber schon an und für sich die Gefahr. Und wir sind heute soweit im Ruhrrevier, daß es eine ganze große Zahl Zechen gibt, auf denen nur das auslösende Moment fehlt, um ein Massenunglück herbeizuführen. Und Zeche Minister Achenbach ist ein Beispiel dafür. Schon seit drei Jahren geht unter den Steigern der Gedanke um und ist oft ausgesprochen worden, die „Kohlr“ (sogenannt nach dem Inspektor Korb) läßt noch einmal die Flammen zum Schachte heraus-schlagen.

Diese Arbeitsmethode hat aber auch die gesamte Krankenziffer erhöht. Das gibt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Belegschaft	Erkrankungen infolge	
		Krankheit	Unfall
		insgesamt in Proz.	insgesamt in Proz.
1905	1854	889	48
1906	2180	1050	49
1907	2216	1181	53
1908	2419	1293	53
1909	2559	1168	46
1910	2568	1793	70
1911	2818	1761	67

Die jetzt verunglückten Opfer der Explosion machen die Welt aufmerksam. Und doch sind sie nur ein kleiner Teil der Unglücke, die dem System insgesamt zugeschrieben werden können. Wie lange wird Reichstag und Landtag noch zusehen, wie die Zahl der Opfer wächst?

### Soziales.

Reibt noch in diesem Jahre nach!

Die neue Reichsversicherungsordnung bringt durch die neuen Bestimmungen manche Verwirrung in die Arbeiterkreise. Das viele Buch, betreffend die Invaliden- und Altersversorgung und Hinterbliebenenversicherung, ist am 1. Januar 1912 in Kraft getreten. Damit sind gleichzeitig verschärfte Bestimmungen über das Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft vorgesehen. Nach § 46 Abs. 4 des alten Gesetzes konnten alle diejenigen, welche aus irgend einem Grunde Beiträge nicht mehr weiter ließen und die Invalidenrente innerhalb zwei Jahre verfallen ließen, diese wieder aufleben lassen, wenn sie von neuem eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegten. Damit waren alle ungültig gewordenen Beitragsmarken wieder rechtswirksam geworden.

Taubstummenanstalt fast alle Worte und Sätze und glauben sie, unter der Suggestion des Bewegungseindrucks, sogar zu hören. Im übrigen aber waren diese günstigen pädagogischen Erfolge bisweilen von sehr unangenehmen Beobachtungen begleitet. Es zeigte sich, daß die Darsteller der kinematographischen Szenen sich keineswegs damit begnügen, die zu den dargestellten Vorgängen passenden Worte zu sprechen. Glauben doch die Schauspieler, daß die improvisierten Worte von dem stummen Film auf etwas verschwiegen werden. Auch gewisse „optische Täuschungen“ der Kinematographenfabriken werden von den Taubstummen mit unheimlicher Sicherheit entziffert. Ein Beispiel: man führte den Schülern einen Film vor, der mit großer Deutlichkeit die Abenteuer eines französischen Soldaten in Algerien schildern sollte. Die taubstummen Beobachter stellten nun fest, daß dieser französische Soldat während der Aufführung nur englisch sprach und daß auch die angeblichen Araber tatsächlich Briten waren, die im Gespräch wie im Jorne sich ihrer englischen Mutterprache recht drahtisch zu bedienen wußten.

Die erste Weihnachtsfeier. Das Weihnachtsfest, das heute ein selbstverständlicher Bestandteil des Kirchenjahres ist, war der ältesten Christenheit noch völlig fremd. Wie man weiß, geben die Evangelien werder den Tag noch den Monat, noch auch die Jahreszeit der Geburt Christi an. So war für die ältesten Gemeinden die Erinnerung an seine Geburt mit dem Fest seiner Taufe verbunden, das man von Alters her am 6. Januar, am Epiphaniastag, beging. Diese Sitte hat sich merkwürdigerweise bei einem Zweige der Christenheit bis auf den heutigen Tag erhalten; es ist dies die uralte Kirche der Armenier. Bei ihnen wird noch jetzt am 6. Januar abends die Abendmesse für die Geburt Christi gehalten, und auch der Morgen des 6. Januar gilt nur dieser. Erst von der zehnten Stunde an gilt der Gottesdienst der Erinnerung an die Taufe Christi. Ein selbständiges Weihnachtsfest gibt es also bei den Armeniern nicht. Bei allen übrigen christlichen Völkern hat sich schon im 4. Jahrhundert die Anerkennung des 25. Dezembers als das Datum der Geburt Christi und damit des Weihnachtsfestes durchgesetzt; aber auch im Abendlande hat man sich nur überaus schwer an diese Feier gewöhnen können. Noch um das Jahr 450 sagte in Turin ein Geistlicher bei einer Predigt am 6. Januar: „Entweder ist heute unser Herr Jesus geboren worden oder er ist heute getauft worden; denn darüber herrscht geteilte Ansicht in der Welt“. Wie wenig angelesen das Weihnachtsfest im 4. Jahrhundert gewesen ist, geht besonders daraus hervor, daß noch im Jahre 889 am 25. Dezember Gerichtstermine stattfinden durften, während etwa zu Ostern der Richter schon längst nicht mehr amtierte. Es steht fest, daß das Weihnachtsfest seine heutige Gestalt in Rom erhalten hat, und die gelehrte Forschung hat sich eifrig bemüht, das genaue Datum zu ermitteln, an dem es zum ersten Male begangen worden ist. Der Religionsforscher Hermann Usener glaubte das bedeutsame Datum genau festlegen zu können und zwar

Das war ein Vorteil, denn jede Beitragsmarke mehr erhöht die zu beziehende Rente um Grundbetrag und Steigerungssatz. Es hat z. B. ein Versicherter 300 Markten der 4. Lohnklasse verfallen lassen und diese durch Lieben von 200 neuen Markten wieder zum Aufleben gebracht, so würde die Invalidenrente 190 M. jährlich betragen. Wären die 300 Markten ungültig geblieben, dann würde der Betreffende nur 142 M. jährliche Rente bekommen. Für einen armen Renteneinpfänger bedeuten 48 M. weniger Rente einen erheblichen Verlust.

Von noch größerer Bedeutung ist aber das Wiederaufleben der Beitragsmarkten bei der Berechnung der Altersrente. Wesentlich muß jeder Greis, der im Jahre 1912 70 Jahre alt wird, 840 bis 880 Markten geklebt haben, wenn er Altersrente haben will. Geht bei einem solchen Manne, um bei unserm Beispiel zu bleiben, die Zahl der 300 Beitragsmarkten, so kann er trotz seiner 70 Jahre Altersrente nicht erhalten; er muß noch vier Jahre weiter Beiträge lieben. Sollte er aber das Wiederaufleben der Markten bewirkt, so kann er die Altersrente beziehen.

Das Wiederaufleben verlorener oder achilso beiseite gelegter Invalidenmarkten löst mit dem 1. Januar 1913 auf. Bis zu diesem Tage können noch alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Dienstmädchen usw., die früher einmal in versicherungspflichtiger Beschäftigung standen und jetzt ihre Invalidenrente ungültig werden ließen, weil sie die freiwillige Mitgliedschaft nicht fortsetzten, ihre Ansprüche an das neue Gesetz sicherstellen, wenn nur eine einzige Marke noch in diesem Jahre geklebt und dann die Abschlichtung regelmäßig weiter beachtet wird.

Der Artikel 74 des Einführungsgesetzes besagt, daß derjenige Versicherte, dessen Anwartschaft erloschen war, diese wieder aufleben lassen kann, wenn er vor dem 1. Januar 1912 oder innerhalb eines Jahres nach diesem Tage in eine versicherungspflichtige Beschäftigung trat, oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungs-verhältnis erneuert hat. Früher war das Wiederaufleben der Markten an keine Altersgrenze gebunden. Das ist für die Folgezeit auch anders geworden. Nach dem 1. Januar 1913 heißt es im Gesetz: Wer unter 40 Jahre in eine versicherungspflichtige Beschäftigung tritt oder seine Beitragsleistung freiwillig erneuert, braucht nur 200 Beitragswochen zurückzulegen, um verlorene Markten wieder aufleben zu lassen. Wer aber 40 bis 60 Jahre alt war, muß, wenn er sich freiwillig weiter versichern will, vorher mindestens 500 Beiträge geklebt haben und noch weitere 500 Beitragsmarkten entrichten, um die alten Markten aufleben zu lassen. Ist jemand aber über 60 Jahre alt, so müssen vorher 1000 Markten geklebt worden sein und erneut 200 Beitragswochen zurückgelegt, wenn die alten Markten aufleben sollen.

Das sind ganz bedeutende Verschlechterungen, die am 1. Januar 1913 in Kraft treten. Bis dahin können noch nach dem alten Gesetz die verlorenen Markten und ohne Rücksicht auf das Alter des Versicherten in Geltung gebracht werden.

Darum geht an alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen und Dienstmädchen (gleich ob verheiratet oder ledig), die früher einmal Invalidenbeitragsmarkten entrichtet hatten und deren Karten ungültig geworden sind, die dringende Mahnung, noch in diesem Jahre ihre Versicherung durch Lieben von Markten fortzusetzen. Und wenn nur eine Marke von dem Betreffenden im Jahre 1912 geklebt wird, so besteht die Vergünstigung, daß dadurch alle übrigen bereits ungültig gewordenen Markten wieder in Kraft treten. Durch Beachtung dieser Vorschrift kann später eine wesentlich höhere Rente erzielt werden.

### Die Lotterie im Zentrumsdienst.

Ein neuer Lockvogel für die Zentrumsorganisationen wird in Unterfranken angewendet. Wo die katholische Arbeiterbewegung trotz eifriger Bemühungen nicht in dem gewünschten Tempo vorwärts gehen will. In einem im „Fr. Volksblatt“ d. Zentrums-abgeordneten Versteinberger veröffentlichten Aufsatz wird ein eigenartiges Mittel angepriesen, um ihr wieder auf die Beine zu helfen. Da wird betont, daß Unterfranken bereits drei schwarze Arbeitersekretariate besitzt, die am besten dazu geeignet sind, die katholische Arbeiterorganisation zu propagieren, wenn es nicht am nöthigen, am Gelde, fehle. Dem kann leicht abgeholfen werden und zwar dadurch, daß sich die braven Zentrumsleute recht fleißig der

auf den 25. Dezember 354. Seine Unterfuchung dieser Frage ist ein Musterstück scharfsinniger Gelehrsamkeit. Aber gegen ihn erhob sich der erste französische Kenner der Kirchengeschichte, Duchesne, und man muß offen zugeben, daß die Theorie Useners den Einwendungen des französischen Forschers nicht standhalten konnte. So müssen wir uns auf die Feststellung beschränken, daß jenes römische Weihnachtsfest vom Jahre 354 das älteste ist, von dem wir bestimmte Kunde haben; aber höchstwahrscheinlich hat das Fest schon mindestens 20 Jahre früher in Rom existiert.

Die Einführung des Weihnachtsfestes war für die christlichen Gemeinden ein großes Ereignis; es bedeutete eine vollständige Umwälzung der alten Festordnung, die durch lange Gewohnheit fest geworden war. So ist es begreiflich, daß die Neuerung auf Widerstände stieß.

### Rotigen.

Das wissenschaftliche Theater der Urania kündigt für die Weihnachtsfeiertage einen neuen Vortrag „Paris und die Königs-schlösser von Versailles“ an.

Theaterchronik. Im Theater am Rollendorfsplatz geht in Abänderung des Spielplans Sonnabend und Sonntag „Orpheus in der Untertwelt“ in Szene.

Tanzabend. Am Sonnabend und Sonntag tritt im Neuen Opern-Theater Hofru Be mit ihrem Ensemble in modernen altpanischen, frühgotischen und altägyptischen Tänzen auf.

Die freie Hochschule Berlin gibt soeben ihr neues Programm heraus. Es bietet 137 Vortragsreden, die in den Abendstunden von 7 bis 10 Uhr, jetzt aber auch vormittags von 11 bis 1 Uhr stattfinden.

Dem Paläontologischen Museum wurde von dem Ingenieur Artur Polonsky aus La Paz eine aus 270 Stücken bestehende paläontologische Sammlung geschenktweise überwiesen. Die Fossilien aus der Quaternär, Devon, Silur und Karbonen enthält. Besonders interessant sind die Trilobiten, die zum größten Teil aus einer Meereshöhe von 5500 Metern herrühren, ferner Reste einer quaternären Fauna aus 4000 Meter Meereshöhe.

Mit der Flugmaschine zum Nordpol. Aus New York wird berichtet: Kapitän Robert Bartlett, der Begleiter Pearys bei dessen Nordpolexpedition, tritt mit einem Projekt in die Öffentlichkeit, das in der Erklärung gipfelt: „Der sicherste und leichteste Weg zur Erreichung des Poles — und zugleich ein vollkommen gangbarer Weg — führt über die Flugmaschine.“ Es handelt sich darum, an dem Kap Morris Jessup, 881 englische Meilen vom Pole entfernt, eine Flugmaschinenstation zu errichten. „Mit den neuesten Maschinen würde es von hier aus nur einen Flug von vier Stunden bedeuten. Das Eis würde überall längs der Flugrichtung bequeme Landungsstellen bieten.“ — Und dann?

**Verbandsstatuten** bedürfen, die vom Verband katholischer Arbeitervereine eingerichtet worden ist und deren Ueberschüsse den Sekretariaten zugeführt werden sollen. Die Verteilung der Ueberschüsse geschieht nach Maßgabe der in jeder Diözese abgesetzten Lose; das Arbeitersekretariat der Diözese, wo die meisten Lose abgesetzt werden, bekommt also auch das meiste Geld aus den Lotterieverkäufen. Zur Verlosung gelangen Gewinne im Gesamtwerte von 10 000 M., darunter ein „Haupttreffer“ von 1000 M. Und den kann man um 25 M. gewinnen, so viel kostet nämlich das Los.

So soll also auch der Spielteufel dazu dienen, um die brüchige Zentrumsfrage wieder hochzubringen. Lotteriele und Lotteriebücher passen gut zusammen. Lotterieveranstaltungen bedürfen staatlicher Genehmigung. Wozu hätten auch die Bayern ihren Ministerpräsidenten Herrling.

**90 Prozent Schulkinder tuberkulös.**

In Idar wurde von ärztlicher Seite festgestellt, daß 90 Proz. der Schulkinder tuberkulös sind. Es wurde der Bau eines Volksbades für Tuberkulöse beschlossen. Man wird der Ursache des auffallend hohen Prozentsatzes Lungenerkrankter eingehender nachzugehen haben. Es liegt die Vermutung nahe, daß die ohne ausreichende Schutzmittel geübte Schulfleiserei des Idar-Obersteiner Bezirks und unzureichende Beachtung der Hauptschuld tragen. Auf die hohe mit der Fleischfleiserei verbundene Schwindsuchtgefahr und die Notwendigkeit vorbeugender Schutzmaßnahmen haben wir wiederholt aufmerksam gemacht.

**Gerichts-Zeitung.**

**Eine unangebrachte Frage.**

Am 14. März — zur Zeit als der Streit im Ruhrgebiet seinen Höhepunkt erreichte, hegte der Polizeimeister Schwarz in Wanne auf der Bahnhofstraße seinen Polizeihund auf einen ahnungslos seines Weges gehenden streikenden Bergarbeiter. Der Hund biss den Bergmann fest in den Oberschenkel und trug die Beine der Hofe und Unterhose im Maul seinem Wachtmeister zu. Der Bergmann strengte hierauf gegen die Gemeinde Wanne eine Klage auf Schadenersatz und Schmerzensgeld an. Er benannte drei Zeugen dafür, daß der Wachtmeister grundlos den Hund auf ihn gehen ließ. Außerdem behauptete der Kläger, der Wachtmeister Schwarz habe gemohnheitsgemäß seinen Hund auf harmlose Straßengänger. Hierfür benannte der Kläger acht Zeugen, von denen einer drei Monate durch den Witz des Polizeihundes arbeitslos geworden war.

Die Ladung der acht Zeugen wurde abgelehnt, dagegen wurden die drei Zeugen geladen. Zu dem Termin wurde das persönliche Erscheinen des Klägers anordnet. Der Wachtmeister bestritt, seinen Hund auf den Kläger gehen zu lassen. Tausende Streikende hätten auf der Straße gestanden, um die Arbeitswilligen zu belästigen. Unter diesen müsse sich auch der Kläger befinden haben, wahrscheinlich habe er sich renitent benommen und sei infolge dessen von dem Hund gebissen.

Bevor nun der Richter die anderen Zeugen vernahm, fragte er sowohl den Kläger, als auch die Zeugen, ob sie Sozialdemokraten seien, ob sie dem Bergarbeiterverband angehörten und ob sie sich an dem Streit beteiligt hätten. Bei Beantwortung dieser Fragen wurden die Zeugen auf den zu leistenden Eid verwiesen. Zur Sache selbst wurde von den Zeugen übereinstimmend eidlisch beklundet, daß der Wachtmeister auf den ruhig des Weges gehenden Kläger seinen Hund von hinten gehen ließ.

Der Kläger wurde von dem Anwaltlicher Dr. Becker mit der Begründung abgewiesen, daß das Gericht den (unbestimmten) Aussagen des Wachtmeisters Glauben geschenkt habe, weil die eidlischen Aussagen der drei Zeugen das Bestreben zeigten, das Verhalten des Klägers als harmlos hinzustellen.

Der Richter ließ bei einem Zeugen mündlich protokollieren: „Ich gehöre der sozialdemokratischen Partei an und will ebenfalls beschwören, daß ich mich in den Tagen nicht an der Streikbewegung beteiligt habe, weder durch Agitation noch sonst wie.“

Was hat diese Frage mit dem Klageanspruch zu tun? Der Richter hat nur mit Rücksicht auf die Sachlage und nicht nach Maßgabe der Parteirichtung des Klägers zu entscheiden.

Gegen das unglaubliche Urteil ist Berufung eingelegt. Nicht verständlich ist uns, weshalb die Klage sich nicht gleichzeitig gegen den Polizeiwachtmeister als Beklagten gewendet hat.

**Ein Nowby.**

Die unerschämte Belästigung einer anständigen Frau hat der Kaufmann Leopold Remig, ein schon mehrfach vorbestrafter Mensch, der gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I stand, mit längerer Gefängnisstrafe zu büßen. Kam da eines Tages eine Frau J. mit ihrem 17-jährigen Sohne auf dem Bahnhofe Friedrichstraße an. Der Sohn machte kurze Zeit aus. Die Mutter wartete in der Vorhalle auf seine Rückkehr. Da drängte sich der Angeklagte an sie heran und richtete eine Aufforderung an sie, die ihr die Schamröte ins Gesicht trieb. Die Frau wies den Unverschämten energisch ab. Dieser rächte sich aber dadurch, daß er einen Schutzmann herbeiholte und um Feststellung der Persönlichkeit der Frau ersuchte unter der Behauptung, daß diese ihn in obscener Weise angesprochen habe. Inzwischen kam der Sohn zur Mutter zurück und verteidigte diese gegen den infamen Vorwurf, da aber der Angeklagte bei seiner Behauptung verblieb, mußte die empörte Frau mit zur Wache gehen, wo sich ohne weiteres feststellen ließ, daß sie eine wohlhabende Frau ist und die Beschuldigung des Angeklagten eine dreiste Verleumdung darstellte. Das Schöffengericht hatte feinerzeit Remig zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war noch so kühn, gegen dieses milde Urteil Berufung einzulegen. Sie wurde von der 5. Strafkammer zurückgewiesen.

**August Scherl vor dem Reichsgericht.**

Ein Kräulein L. in Berlin, die Verfasserin des Victoria-Kochbuchs, behauptet, daß ein gewisser S. in Berlin Rezepte ihres Kochbuchs in sein großes illustriertes Kochbuch, das im Verlage von August Scherl erscheint, aufgenommen und sich deshalb eines Kochbuchs schuldig gemacht habe. Nach dem erfolglosen Versuch einer strafrechtlichen Verfolgung hat sie gegen S. und den Verleger Scherl Klage auf Zahlung von 150 000 M. Schadenersatz wegen Kochbuchs aus ihrem Victoria-Kochbuch erhoben.

Das Landgericht hat auf Grund des neuen Urheberrechts ausgeführt, daß die Beklagten verpflichtet gewesen seien, bei einem Siebentel der Rezepte das Victoria-Kochbuch der Klägerin als Quelle anzugeben. Das Kammergericht hat auf Grund der Gutachten von literarischen Sachverständigen und eines Küchenmeisters die Klage vollständig abgewiesen. Das Kammergericht führt zunächst aus, daß das Victoria-Kochbuch allerdings ein geschütztes Werk im Sinne des Urheberrechts ist. Doch habe das Gericht die Uebersetzung gewonnen, daß ein zivilrechtlicher Nachdruck nicht vorliege. Wiedergabe aus anderen Büchern würde sich bei Kochbüchern nie vermeiden lassen, da einzelne Speisen so einfach herzustellen sind, daß die kurze Darstellung ihrer Herstellungsart fast immer in den gleichen Worten Ausdruck finden muß.

Das Reichsgericht hat am Mittwoch auf die Revision der Klägerin das verblüffende Urteil des Kammergerichts aufgehoben

und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen. Der erste Zivilsenat des obersten Gerichtshofes legte zur Begründung der Aufhebung dar, daß Kochrezepte vom Urheberrecht nicht ausgeschlossen sind. Die Uebernahme einzelner Rezepte durfte nur mit Quellenangabe und ohne verletzende Forderungen geschehen. Zu prüfen sei, ob durch die Unterlassung der Quellenangabe nur die Ehre des Schriftstellers übergangen ist oder ob auch ein Vermögensschaden eingetreten ist. Für den eingetretenen Schaden konnte die Klägerin nach §§ 824, 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Ersatz begehren. Zur Prüfung über diesen Punkt mußte die Sache an das Kammergericht zurückverwiesen werden.

**Seine Stiefmutter darf man nicht heiraten.**

Der Zimmermann Heinrich Heise in Sudershausen hatte ein Verhältnis mit seiner Stiefmutter, dem ein Kind entsprang. S. ist der Ernährer der ganzen aus seiner verwitweten Stiefmutter und sechs jüngeren Stiefgeschwistern bestehenden Familie. Er und seine Stiefmutter glaubten das Kind durch nachfolgende Ehe legitimieren zu können, zumal der Pastor des Ortes es wünschte und das ganze Dorf derselben Ansicht war. Aber der Bürgermeister, der in seiner Eigenschaft als Standesbeamter die Heiratung vollziehen sollte, fand in Zivilstandsbelegen, daß die Ehe zwischen Verlobten, von denen die eine mit dem Vater oder der Mutter der anderen geschlechtlich verkehrt hat, verboten ist. Da er sich mit seiner Sache nicht ganz sicher war, wandte er sich an den Landrat. Dieser veranlaßte, daß gegen Heise und seine Stiefmutter wegen unerlaubten Geschlechtsverkehrs (§ 173 des Str.-G.-B.) Strafantrag gestellt wurde. Die Verhandlung fand jetzt vor der Göttinger Strafkammer statt und endete mit der Verurteilung der beiden Angeklagten zu je einer Woche Gefängnis. Die Verurteilten, die ohne Ahnung der Strafbarkeit ihres Verkehrs gehandelt hatten, wurden der bedingten Begnadigung empfohlen.

Heilung durch Gebet und Brägel. Hinter die Kulissen einer „Missionsgemeinschaft“ leuchtete eine Verhandlung, die vor der Eisener Strafkammer stattfand und sich gegen einen Krankenpfleger richtete. In der Missionsgemeinschaft haben sich Eigenbrötler auf religiöser Grundlage zusammengelassen, welche die Bibel wörtlich auslegen und an die Möglichkeit von Wunderheilungen durch Auflegen der Hände und Gebet glauben. Kamentlich der Prediger der Gemeinde galt als besonders mit der Heilgabe begünstigt. Es wurden ihm daher auch von verschiedenen Seiten Kranke zugeführt, die er angeblich durch bloßes Handauflegen und Gebet geheilt hat. Eines Tages erschien bei dem Prediger eine Witwe, die einen an Epilepsie leidenden Sohn von ungefähr dreißig Jahren hatte. Der unheilbare Kranke Epileptiker wurde von dem Prediger in dessen Wohnung aufgenommen, in der er eine Art geistliches Sanatorium errichtet hatte. Hier wurde nun der Kranke auf die übliche Weise durch Handauflegen und Gebet behandelt, ohne daß sich freilich eine Besserung einstellte. Als eines Tages die Behandlungswiese seitens des Predigers beendet war, forderte der angeklagte Krankenpfleger den Kranken auf, das Zimmer zu verlassen. Als dieser sich weigerte, verabreichte er ihm mit einem Holzklotz circa 30 Schläge, so daß sich blunternlaufene Striemen bildeten. Vor Gericht bekundete der Prediger als Zeuge, daß er jede Behandlung der Kranken streng verboten habe. Der Angeklagte behauptete, daß der Kranke widerleglich geworden sei, so daß er zu den Schlägen gezwungen war. Der noch unbescholtene Angeklagte kam mit einer Geldstrafe von 150 M. davon.

**Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.** Veranstaltungen am Sonntag, den 22. Dezember: Spaziergang durch Alt-Berlin und Besuch des Märkischen Museums. Treffpunkt 9-9<sup>15</sup> Uhr bei Söhnlein, Stallier Str. 22. Beifahrt, Gränitz. 21. Die Führung erfolgt in kleinen Gruppen. Gäste willkommen.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**Sechster Wahlkreis!**

Sonntag, den 22. Dezember, abends 6<sup>15</sup> Uhr, in Obiglos Festsälen, Schwedter Str. 23/24:

**Öffentl. politische Versammlung für Männer und Frauen.**

Vortrag des Genossen Dr. Karl Siebknecht.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Der Einberufer: Albert Hüppner, Bekennerstr. 26.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.  
 Verwaltung: Kasserer: Arbeitsnachweis:  
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 22. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr, in den Russier-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (gr. Saal):

**Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Mundschleifer.**

Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Oskar Cohn über: „Öffentliches Recht“.  
 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Da in dieser Versammlung zu wichtigen Fragen Stellung genommen werden soll, muß jeder Kollege anwesend sein.  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**

Wegen der Feiertage bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:

- Dienstag, den 24. Dezember, nachmittags.
- Mittwoch, den 25. Dezember, den ganzen Tag.
- Donnerstag, den 26. Dezember, den ganzen Tag.
- Freitag, den 27. Dezember, nachmittags.
- Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags.
- Mittwoch, den 1. Januar 1913, den ganzen Tag.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahl 155 von Harohn, Neudorfer, Wilmannstraße, nach Simon, Wilmannstr. 17, verlegt worden ist.  
 Die Ortsverwaltung.

**Frank's Verleih-Institut**  
 A. Borchardt, Friedrichstr. 115, Grand-Lor. Tel. Red. 10854, Verleiht: Rad, Smoking, Gesandtschaften in verschied. Breislagen bis 2 elegant. Genre. Sehr große Auswahl. Wdh. Dresde.

**Sonderangebot für Gastwirte und Wiedervertäufel!**  
**Gute billige Zigarren!**  
 darunter die bel. Franz-Josef-Blg. 85 M. per Kiste, so lange Vorrat reicht. Probegehmet.  
 Lombardspacher Emil Meyer & Co. Neue Wäulstr. 27 (Untergrundbahnhof Spittelmarkt).

**Heines Werke**  
 3 Bände 4 Mark  
 Buchhandlung Vorwärts

**Wo? ist der schönste Ausflugsort?**  
 Immer noch **Vichelswerder**, an der neuen Ockerstraße beim **Alten Freund**.

**Achtung! Taubstumme! Achtung!**

Sonntag, den 22. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, Hof part.:

**Taubstummen-Versammlung**

Tagesordnung:  
 Vortrag Die taubstumme Arbeiterschaft und die freien Gewerkschaften. Referent: Siegfried Meyer.  
 Es wird um zahlreichsten Besuch gebeten. Die nichtorganisierten taubstummen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.  
 Der Einberufer.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.**  
 Ortsgruppe Berlin.

**Touren**

- am 22., 26., 27. u. 29. Dezember.
- 2. Abt.: Am 22. 12 Uhr: Juchhour Grünemald, Werdh: Wühl, Dammwischstraße. Start: Hochbahn Hallesches Tor.
- Am 26. 2 Uhr: Wilmersdorf (Wilmersdamm 112). Am 29. 12 Uhr: Müggelberge. Treffpunkt: Schlesischer Bahnhof (Südseite).
- 3. Abt.: Am 26. 2 Uhr: Baum-Schulenberg (Sperer).
- 4. Abt.: Am 22. 7 Uhr: Beelitz 14 Uhr-Tour wird am Start beschließen.
- 5. Abt.: Am 26. 12 Uhr: Bernsdorf (Schule). Am 27. 10 Uhr: Streitzüge durch den Grünemald.
- 6. Abt.: Am 26. 8 Uhr: Obiglos. Am 26. 1 Uhr: Köpenick. Am 27. 3 Uhr: Wilmersdorf (Droß). Am 29. 1 Uhr: Spandau, Seehager Str. 26.
- 7. Abt.: Am 22. 1 Uhr: Stolpe (Bergmann). Am 26. 1 Uhr: Wilmersdorf (Gesellschaftshaus). Am 29. 2 Uhr: Legel (Trapp, Bahnhofstr. 1).
- 8. Abt.: Am 22. 2 Uhr: Wilmersdorf (Helschlagchen). Am 26. 2 Uhr: Schmaragdort (Schützenhaus). Start: An den bekannten Stellen.

Sonntag, den 24. Dezember, abends 9 Uhr:

**Zentral-Fahrt-Sitzung**  
 Stralauer Brücke 8.  
 Das Erscheinen eines jeden Fahrwirts ist Pflicht. 13/14

Das nächste Toureninfertat erscheint am Sonntag, den 29. Dezember.

**Zigarren**  
 per 100 Stück von 2,70 M. an, vorzügliche Qualität. Für Weihnachtsgeschenke geeignet. Lombard und Spacherei G. m. b. H., Münzstr. 10. 22/5\*

Die alte gute **Bremer Börsenfeder** trägt nach wie vor den Stempel **Heintze & Blanckertz** Gros 160 M, m. Rundspitze 225 M

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltung Berlin.  
 Die Bureau und Arbeitsnachweise sind der Feiertage wegen geschlossen: Am Dienstag, den 24. Dezember, nachmittags; am Mittwoch, den 25. Dezember, Donnerstag, den 26. Dezember, und Freitag, den 27. Dezember, den ganzen Tag; am Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags und am Mittwoch, den 1. Januar, den ganzen Tag. 92/20

**Achtung! Arbeitslose. Achtung!**

Die arbeitslosen Kollegen, welche am Dienstag, den 24. Dezember, Mittwoch, den 25. Dezember, und Donnerstag, den 26. Dezember, Unterstützung zu erhalten haben, müssen am Montag, den 23. Dezember, Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte auf dem Arbeitsnachweis abgeben und erhalten am Dienstag, den 24. Dezember, in der für Sonnabends durch Aushang bekanntgegebenen Reihenfolge ihr Geld.

Die Kollegen, welche am Freitag, den 27. Dezember, und Sonnabend, den 28. Dezember, Unterstützung zu erhalten haben, müssen am Dienstag, den 24. Dezember, Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte auf dem Arbeitsnachweis abgeben und erhalten am Sonnabend, den 28. Dezember, in der festgesetzten Reihenfolge ihr Geld.

**Vorwärts-Bibliothek**

Der **Prinzipienreiter**  
 Eine Erzählung aus dem Jahre 1910  
 Von **Wilhelm Bloß**  
 Preis gut gebunden 1 M.  
**Der neue Band.**



# Grosser Weihnachts-Verkauf



## Condor-Schuhe in eleganten Präsent-Kartons

Ueberraschende Auswahl!

Unvergleichlich billige Preise!



**Herren-Schnür- u. Zugstiefel** 7<sup>50</sup>  
solide Qualität .....  
unsere konkurrenzlose Preislage  
**Mode - Schnürstiefel** 8<sup>50</sup>  
Ross-Chevreaux und Boxcalf .....  
unsere unübertroffene Preislage  
**Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel** echt Chevreaux u. Boxcalf 10<sup>50</sup>  
unsere höchste Leistung.  
Für empfindliche Füsse:  
**Schnallenstiefel** Boxleder 10<sup>00</sup>  
Doppelsohle, warm gefüttert .....  
Echt Boxcalf, Lammfellfütter .... 15<sup>50</sup>



**Mädchen- und Knaben-Stiefel**

Art. 539<sup>1/2</sup>, Boxleder, durchgehende Randsohle, vorzügliche Passform  
Gr. 26 4<sup>30</sup> 27 4<sup>00</sup> 28 4<sup>90</sup>  
Gr. 29 5<sup>30</sup> 30 5<sup>70</sup> 31 6<sup>70</sup>  
Art. 539<sup>1/2</sup>, E. f. Chromleder, Lackkappe, eleg. u. sol., bequem. Form  
Gr. 26 4<sup>25</sup> 27 4<sup>75</sup> 28 5<sup>25</sup>  
Gr. 29 5<sup>75</sup> 30 6<sup>25</sup> 31 7<sup>25</sup>  
Art. 850, Braun Ziegenleder und schwarz Chagrinleder, Schnürstiefel, Friesfutter, Absatzblock  
Gr. 18 1<sup>00</sup> 19 2<sup>75</sup> 20 3<sup>25</sup>  
Gr. 21 1<sup>00</sup> 22 2<sup>75</sup> 23 3<sup>25</sup>



**Damen-Schnürstiefel**

mit und ohne Lackkappe ..... 7<sup>50</sup>  
unser konkurrenzlos. Preislage.  
**Schnürstiefel** echt Chevreaux, Boxcalf ..... 8<sup>50</sup>  
unerreichte Leistung  
f. Chevreaux und Boxcalf ..... 10<sup>50</sup>  
unsere populäre Preislage  
**Mode-Schnür- u. Knopfstiefel**  
f. Chromlack mit sparten Stoff- und Wildleder-Einsätzen ..... 12<sup>50</sup>  
unser Original Goodyear-Welt-Fabrikat.  
Für empfindliche Füsse:  
**Boxleder-Schnürstiefel**  
gefüttert 8<sup>75</sup> Boxcalf, echt Lammfell... 12<sup>50</sup>



Sehr beliebte Geschenke!

**Kamelhaar-Schuhe und -Stiefel**

aus Kamelhaar mit Stoffmischung  
Schnallen- Gr. 19 1<sup>35</sup> 20 1<sup>60</sup>  
stiefel... Gr. 23 24 25 1<sup>60</sup>  
Gr. 30 1<sup>00</sup> 31 2<sup>40</sup> 32 2<sup>80</sup>  
**SPEZIALITÄT: Echte Kamelhaar-Schuhe**  
nach Professor Dr. Jäger  
**Kamelhaarstoffschuhe**  
mit Filz- und Leder-  
sohlen, unerreicht  
für Herren..... 1<sup>95</sup> Pf.  
für Damen.....  
Für empfindliche Füsse:  
**Schnallenstiefel**  
Art. 910, Fein Chromleder,  
in Friesfutter, mit Absatz  
für Herren 8<sup>00</sup> für Damen 6<sup>00</sup>



**Herren-Mode-Schnürstiefel**

f. Chevreaux, Boxcalf, Chromlack. Unser berühmtes Orig. 12<sup>50</sup>  
Goodyear-Welt-Fabrikat .....  
**Mode-Knopfstiefel**  
das Vornehmste. In Chromlack mit Wildleder-Einsatz, hochschicke Form. 14<sup>50</sup>  
unübertroffene Preislage.  
Der Liebling der Herrenwelt!  
**Unser Condor Patent-Schnürstiefel** ohne zu schnüren. Im Nu an- u. ausgezogen!  
Modelformen u. Spezialformen f. empfindliche Füsse. Haupt- u. hochschicke Form. preislagen: 16<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 10<sup>00</sup>

# Conrad Tack & Cie. A.-G. Schuhfabrik — BURG bei Magdeburg

130 Verkaufsstellen, davon in Berlin u. Umgegend:  
C, Spittelmarkt 15 N, Müllerstrasse 3 SO, Wraschelstrasse 49  
C, Rosenthaler Strasse 14 N, Relaiskondorstr. 33 SW, Friedrichstr. 246-241  
W, Potsdamer Strasse 30 N, Brunnenstr. nur 35 Charlottenburg: nur Wilhelmstr. 122-123  
W, Schlüterstrasse 15 N, Denziger Strasse 1 Potsdam: Brandenburger Str. 54  
NW, Turmstrasse 41 O, Andreasstrasse 50 Neukölln: Bergstrasse 30-31  
NW, Wilsnacker Str. 22 O, Frankfurter Allee 125  
NW, Beusselstrasse 29 SO, Oranienstrasse 2a  
N, Friedrichstrasse 127 SO, Oranienstrasse 32

**Bolero**  
feinste 2 Pfennig Cigarette

Lieferwagen und alle Sorten Überbring-Gänger. Albin 945cm. Räder Ballfabrikstr. 101. 1667b Westfäl. Holzschiffstr. 8. 192/5

Das echte **Dr. Gentner's Goldperle** Veilchenseifenpulver

mit den reizenden, praktischen und brauchbaren Geschenkbelegen können Sie nur in obiger Packung bekommen.  
Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Seifencreme "Nigrin".  
Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Prod., Göppingen.

Vertretung und Lager bei Hermann Kunder, Neukölln, Herrfurthstr. 25. 200/12\*

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik  
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35  
kein Laden, kein Laden, kein Laden  
Tel.: A. III. 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Beste Bezugsquelle  
**Auf Teilzahlung in kleinen Raten**  
Herren- und Damen-Uhren, Regulateure, Freischwinger, Ketten, Ringe, Armbränder, und alle Goldwaren, Gramophone, Zithern, Spielbänke, Harmonikas, Mandolinen, Geigen, Christbaumständer etc. etc.  
**Jahre & König** Warenhaus  
Str. 68, 1. Etg.  
Blüowstr. 46, Laden, Invalidenstr. 7, Laden

**KREDIT-FEDER**

Filiale Osten: Frankfurter Allee 89 | Zentrale Norden: Brunnenstrasse 1 | Filiale Süden: Kotlbuscher Damm 103

Meine Waren sind von bester Qualität, weil ich nur bei erstklassigen Firmen einkaufe. Meine Auswahl ist ganz kolossal, weil täglich neue Warenposten hereinkommen. Meine Preise sind bekannt billig und verhältnismässig nicht teuer wie gegen über. Meine Kulanz wird überall gerühmt und bringt mir Hunderte von neuen Kunden.

**Herren - Anzüge, Ulster, Paletots**  
Joppen, Hosen, Westen, Pelotons  
**Damenhüte, Pelzwaren, Wäsche**  
Schuhwaren, Kleiderstoffe, Teppiche, Felle  
Portieren, Gardinen, Stores, Tisch- und Steppdecken  
**Damen - Kostüme, Mäntel, Ulster**  
Kleider, Blusen, Röcke, Jupons

Anzahlung nach Uebereinkunft!

Gratis-Weihnachts-Bescherung für alle meine Kunden  
Sonntag, den 22. d. Mts. sind meine Geschäftsräume v. 9-10 u. 12-3 Uhr geöffnet





# A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30  
 132-37  
 König-Str. am Bahnhof  
 Rosenthaler Strasse  
 Oranien-Strasse

## Grosser

G. m. b. H.

**Versand-Abteilung:**  
 Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137  
 Die Firma A. WERTHEIM  
 hat zu ähnlich lautenden  
 Firmen keinerlei Beziehung

# Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden. Inseriertes Obst, Gemüse, Gänsefleisch, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

**Konserven, Fleischwaren, Fleisch, Wild, Geflügel,  
 Räucherwaren, Fische, Obst, Gemüse, Butter, Käse**

# Weihnachts-Verkauf

Besonders billige Angebote in allen Abteilungen

**Am nächsten Sonntag sind unsere  
 Geschäftshäuser von 1 Uhr an geöffnet.**

## Billige Angebote

haltbarer, bewährter und gutaussehender

### Berufs-Kleidung

**Manchester-Anzüge** Joppe 11.90 Weste 3.60 Hose 6.75  
 Marke Gambrius. Strapazierfest. Warm gefüttert.  
**Herkules-Leder-Hosen** Allein-Verkauf. Gestreift oder  
 einfarbig. Kernig und stark. 4.50  
 Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen.  
**Weisse Kellner-Jackette** Vorzüglich 3.65 u. 2.50  
 in Wäsche.  
**blaue Monteur-Jackette** Körper od. Drell, luft- u. wasch- 2.45  
 echt. Extra lang. Gestaltgesch.  
**Setzer-Kittel** 3.10 2.50 | **Maler-Kittel** 2.90 2.00

**Berufs-  
 Kleidung**  
 für alle Zweige  
 der Gewerke  
 und Industrie

## BaerSohn

Berlin — Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

**Schutz-  
 Kleidung**  
 für Sanitäts-  
 dienst und ge-  
 werbepolizeil.  
 Vorschriften

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei

## Gebt acht,

wenn Ihr Palmin Euch kauft,  
 'S gibt Fette, die man ähnlich tauft!  
 Auch statt Palmona schiebt man vor  
 Oft das, was ähnlich klingt für's Ohr!  
 Drum achtet, ob auf dem Paket  
 Die Firma Schlinck in Hamburg steht!

Palmin - Pflanzenfett.  
Palmona - Pflanzen-Butter - Margarine

**W. ROSENZ.**  
 Spezialgeschäft für Sprechmaschinen,  
 Gramophone 181, 1. Etage.  
 Große Auswahl in Arbeiterkleidern.  
 von 15 an.  
 Sprechapparate  
 mit 10 Doppel-  
 Platten-Album von 60 an.  
 Messen-Platten von 25 an.  
 Die neuesten Schallplatten  
 ohne Konkurrenz.  
 für 8 alle Platten eine neue  
 Schallplatten  
 10-60 % billiger!

**Billige  
 Weihnachts-Aepfel**  
 Molkenmarkt 7/8  
 Gr. Frankfurter Str. 55  
 Voltastr. 29. 16908\*

**Achtung!**  
**Reisemuster**  
 Ulster, Paletots, Anzüge und Hosen  
 gebe an Private zu Fabrikpreisen ab.  
**Herrenkleider-Fabrik**  
**J. Coper, Alexanderstr. 55** III. Fabrstuhl  
 (neben der Alexander-Kaserne)  
 Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntag von 12-6 Uhr.

**Passendes Weihnachtsgeschenk!**  
 Aus der Liquidationsmasse **Ollivenbaum & Schwarz**, Zude  
 engros, bietet sich günstige Gelegenheit Neubetten in Stoffen für An-  
 züge, Paletots, Ulster usw. zu äußerst billigen Preisen zu erwerben.  
**Münzstr. 17, I.** Geschäftzeit 9-5. Sonntag v. Weihnachten 2-6 geöffn.

## BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE (DARMSTÄDTER BANK)

Aktien-Kapital und Reserven 192 Millionen Mark

**Centrale: BERLIN**  
 Schinkelplatz 1-4

Depositenkassen und Wechselstuben in Berlin und Vororten

- |   |   |  |
|---|---|--|
| A) Schinkelplatz 1/4                        | L) Vermögens-Verwaltungs-<br>stelle, Unter den Linden 54/55 | U) Potsdamer Strasse 16                        |
| B) Charlottenstrasse 29/30                  | M) Chausseestraße 22  | V) An der Spandauer Brücke 1                   |
| C) Victoria-Luisen-Platz 6                  | N) Königstrasse 25/26                                       | W) Potsdamer Strasse 56                        |
| D) Hallesche-Grünwald,<br>Hobrechtstrasse 1 | O) Köpenicker Strasse 118                                   | X) Hohenzollernsdamm 204                       |
| E) Schillerstrasse 7                        | P) Kurfürstendamm 26a                                       | Y) Belle-Alliance-Platz 6                      |
| F) Jerusalem Strasse 19/20                  | Q) Gr.-Lichterfelde-West,<br>Karlstrasse 1/2                | Z) Skalitzer Strasse 135                       |
| G) Ritterstrasse 81                         | R) Zehlendorf (Wanneseebahn),<br>Hauptstrasse 1             | AB) Reichskanzlerplatz 3                       |
| H) Charlottenburg,<br>Berliner Strasse 142  | S) Friedrichstrasse 46                                      | BC) Bayerischer Platz 2                        |
| I) Schönhauser Allee 45a/46a                | T) Turmstrasse 33   | CD) Beuthstrasse 1                             |
| K) Frankfurter Allee 161/162                |   | DE) Kurfürstendamm 52                          |
|   |   | EF) Zehlendorf (Wanneseebahn),<br>Seestraße 53 |

Eröffnung laufender Rechnungen, Annahme von Depositen, An-  
 und Verkauf sowie Beleihung von Wertpapieren, Diskontierung  
 von Geschäftswechseln; Kreditbriefe (Spezialabteilung für Welt-  
 Zirkular-Kreditbriefe), Schecks und Wechsel auf alle Hauptplätze  
 des In- und Auslandes, Verlosungskontrolle und Versicherung von  
 Wertpapieren gegen den Kursverlust bei Auslosung sowie Aus-  
 führung aller sonstigen bankmässigen Geschäfte

Stadtverordneten-Versammlung.

32. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Dezember 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Richter eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Am 5. Oktober 1911 ist die Magistratsvorlage wegen Erhebung von Beiträgen der Anlieger gemäß § 9 des Kommunalabgabengesetzes zu den Kosten der Verbreiterung der HofstraÙe auf der Nordostseite einem Ausschuss zur Vorbereitung überwiesen worden. Dieser hat am 24. Oktober 1911 die erste, am 21. Mai d. J. die zweite und am 2. Dezember die dritte Sitzung abgehalten. Von den meisten in Frage kommenden Eigentümern war die Anwendbarkeit der lex Sachs in diesem Falle überhaupt bestritten worden. Am 21. Mai hat eine Subkommission über ihre Nachprüfung der vom Magistrat geschätzten Wertsteigerungen der einzelnen Grundstücke Bericht erstattet; danach konnte höchstens ein Wertzuwachs von 111471 M. in Rechnung gestellt werden, während der Magistrat 282480 M. in Ansatz gebracht hatte. Die Taten der Subkommission sind dann im einzelnen nochmals geprüft worden, und am 3. Dezember hat der Ausschuss mit 9 gegen 2 Stimmen einen Vermittlungsantrag angenommen, wonach im ganzen nur 78500 M. von den Eigentümern der Grundstücke Nr. 1-8 zu erheben sind; der Betrag für das einzelne Grundstück wird fällig, sobald es den Besitzer wechselt oder neu bebaut wird, spätestens aber am 1. Oktober 1922. Referent ist Stadtv. Wäffel (A. L.).

Die Versammlung tritt den Ausschusshandlungen ohne Debatte bei. Mit den vom Polizeipräsidenten angeregten Änderungen bezw. Erweiterungen des Ortsstatuts zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung hat sich der eingesezte Ausschuss einstimmig einverstanden erklärt. Seitens des Plenums geschieht das gleiche; eine Diskussion findet nicht mehr statt.

Zur Verlängerung des am 1. April 1913 ablaufenden Vertrages mit dem Bäcker Ernst Bauer über das Erfrischungshäuschen am Karpenfeld, im Treptower Park auf 6 Jahre für eine jährliche Pacht von 8500 M. hat der niedergesezte Ausschuss nach eingehender Beratung schließlich einstimmig seine Zustimmung gegeben. Referent ist Stadtv. Knaar (A. L.). Auch hier beschließt die Versammlung ohne Debatte in gleichem Sinne.

Die Vorlage wegen Verlängerung der Hedemannstraße ist im Ausschuss mit der Modifikation einstimmig angenommen worden, daß dem Durchbruchunternehmer Reckowicz statt der hinfällig gewordenen zweiten Hypotheken, deren Sicherheit zweifeln begegnet war, eine Varentschädigung von 350 000 M. gewährt werden soll. Der Unternehmer hat sich dem Magistratsunterhändler gegenüber bereit erklärt, das Projekt auf diesem Wege durchzuführen. Der Ausschuss soll nach Fertigstellung der Straße zahlbar sein.

Nach dem Referat des Stadtv. Zylicz (A. L.) erklärt Stadtv. Brandt, daß der Ausschussbeschlus gegenüber der Vorlage eine Verschlechterung bedeute (Zustimmung) in finanzieller wie in baulicher Beziehung. Die Vergabe der Hypotheken sei doch nur ein Vorbehalt, die 350 000 M. sollen aber à fonds perdu hin gegeben werden.

Stadtv. Duff (A. L.): Die Vorlage verlangt Vorkaufungen bis zu 120 Proz., also 20 Proz. über den Wert; dazu kann ich die Hand nicht bieten. Der Hausbesitz sucht heute Hypotheken bis 70 und 75 Proz. vergebens. Die Bonität der verlangten zweiten Hypotheken ist für uns absolut unerwiesen. Wir können nicht wünschen, daß das Geld der Steuerzahler hier als Kautionspfand für den Unternehmer dient. Im Ausschuss ist einstimmig erklärt worden, daß der Inhaber einer solchen Hypothek keine Nacht mehr ruhig schlafen könne, daß ihm die Haare zu Berge stehen würden. Ich möchte die Ratstruhe des Magistrats nicht stören. Bei solchen Scheinhypotheken mache ich nicht mit.

Stadtv. Rosenow (A. L.) spricht sich namens seiner Freunde aufs schärfste gegen den Ausschusshandlung aus und beantragt, die Sache nochmals im Ausschuss zu erörtern.

Stadtv. Mörike (Fr. Fr.): Die Stadt verschrenkt keineswegs etwas, wenn sie die 350 000 M. zulegt, um eine neue Straße fix und fertig überwiegen zu erhalten. Bei der Hofstraße ist ein viel größerer Betrag von der Stadt à fonds perdu hergegeben worden. Wir stimmen dem einhelligen Votum des Ausschusses zu. Die geforderte Summe für zweite Hypotheken ist übermäßig hoch, die Ausübung des Projekts aber im Verkehrsinteresse dringend erwünscht.

Stadtv. Leib (Soz.): Wir sind von Anfang an der Meinung gewesen, daß die Magistratsvorlage trotz mancher Mängel angenommen werden sollte; im Ausschuss haben wir ebenfalls diesen Standpunkt vertreten. Da zahlreiche Mitglieder desselben die Sache auf einer anderen Basis zu erledigen wünschten und der Magistrat sich zu erneuten Verhandlungen mit dem Unternehmer bereit erklärte, wir auch den Eindruck gewonnen, daß der Magistrat nunmehr nicht so sehr an seinem ursprünglichen Vorschlag festhalten würde, haben wir schließlich, um unsererseits das Projekt selbst nicht zu gefährden, ebenfalls im Ausschuss der neuen Art der Regelung zugestimmt. Da beide Vorschläge ihre Vorzüge haben, erscheint nochmalige Ausschussprüfung als ein billiger Ausweg; wir empfehlen daher, nach dem Antrage Rosenow zu beschließen.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.) widerspricht der Zurückverweisung. Der Ausschuss halte ja die sonstigen Bedingungen der Magistratsvorlage, bis auf die Frage der finanziellen Beteiligung der Stadt, durchaus aufrecht. Trete der Magistrat dem Ausschusshandlung bei, so müsse er mit dem Unternehmer einen Vertrag über die Ausführung des Projekts schließen. Es stehe also der Annahme des Ausschusshandlung nichts entgegen.

Stadtv. Cassel (A. L.) hält dem gegenüber angesichts der Neuheit der Sache und der Einwürfe des Magistratsvertreter Zurückverweisung für geboten.

Oberbürgermeister Vermuth: Ich möchte die gleiche Bitte aussprechen. Die Ansichten scheinen noch nicht geklärt, und mit Sicherheit kann ich auch nicht in Aussicht stellen, daß der Magistrat dem Ausschusshandlung wenn er hier angenommen wird, zum Beschlusserhöhe.

Die Zurückverweisung an den Ausschuss wird mit großer Mehrheit beschloffen.

Für den verstorbenen Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.) wird hierauf in mehrere Kuratoren, Deputationen und Ausschüsse durch Jurist Erzag gewählt.

Die städtische Beihilfe für die Gesellschaft zur Erhaltung des Lessingmuseums in Berlin soll vom 1. April 1913 ab von 500 auf 1500 M. jährlich erhöht werden.

Die Versammlung stimmt zu.

Der Magistrat ist geneigt, den seit mindestens 15 Jahren vollbeschäftigten Lehrkräften auch an den nicht als höhere Lehranstalten anerkannten Privatschulen ein Ruhegehalt aus der Stadtkasse, und zwar in Höhe von 500 M. jährlich zu gewähren, ohne daß jedoch ein klagbares Recht darauf bestehen soll.

Stadtv. Söfeland (A. L.): Der Magistrat bringt hier den Beitr. Lehrkräften eine schöne Weihnachtsgabe. Die Schuldeputation hat aber 1909 eine Pension von insgesamt nur 700 M. für eine 65jährige Frau für zu wenig erklärt und hält die Erhöhung des städtischerseits neben den sonstigen Bezügen (aus der Angestelltenversicherung usw.) zu gewährenden Ruhegeldes auf 700 M. für notwendig.

Man soll hier ganze Arbeit machen. Wir beantragen Verweisung an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Stadtv. Dr. Anauer (A. L.) plädiert in gleichem Sinne.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

In der Carmen-Silva-Straße soll zum Bau der 15. Realschule ein Grundstück für 234 000 M. erworben werden. Gleichzeitig legt der Magistrat den Lorenzwurf zum Neubau der Anstalt und den mit 653 000 M. abschließenden Kostenüberschlag vor.

Ohne Diskussion werden beide Vorlagen genehmigt.

Wetterwarten sollen in Berlin, und zwar im Humboldthain, Friedrichshain und Viktoriapark zunächst probeweise auf zwei Jahre errichtet werden. Die erforderlichen Kosten werden bewilligt.

Die Verhandlungen des Magistrats mit dem Eisenbahnklub über den Bau und Betrieb der Anstaltshafen des Osthafens am Stralauer Anger haben nunmehr zum Abschluß eines Vertrages geführt, dessen Entwurf vorliegt. Gleichzeitig ist der Abschluß eines Abkommens mit der Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg notwendig geworden, durch welches zugleich eine Reihe anderer schwebender Fragen wie Verlegung von Abseilungen usw. geregelt wird.

Der Vertrag mit der Eisenbahndirektion Berlin gelangt ohne Diskussion zur Annahme; den Vertrag mit Lichtenberg wollen die Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.), Dahn (A. L.) und Goldschmidt (A. L.) wegen seiner Kompliziertheit und weil sie einige Einzelheiten beanstanden, zunächst in einem Ausschuss vorbereiten lassen. Es wird demgemäß beschloffen und der Ausschuss vom Vorstande sogleich ernannt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Gewinne von Petroleumgesellschaften.

Die Konjunktur am Petroleummarkt, hervorgerufen durch vermehrte Nachfrage für industrielle Zwecke, Steigerung der Frachttarife und Produktionsrückgang einzelner Petroleumgebiete, bringt auch für die Petroleumgesellschaften erhöhten Gewinn. Die Deutsche Petroleum-A.G., die die Interessen des Petroleum-Produzenten-Konglomerats der Deutschen Bank in sich vereinigt, schlägt die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (im Vorjahre 5 Proz.) auf das Kapital von 20 Millionen Mark vor. Das günstige Ergebnis rührt daher, daß die Beteiligungen der Gesellschaft durchweg höhere Dividenden abgeworfen haben. So hat die Steana Romano ihre Dividende auf 9 Proz. erhöht, und auch die Europäische Petroleum-Union hat nach zwei dividendenlosen Jahren 10 Proz. Gewinn ausgeschüttet.

Aus der Frauenbewegung.

Das fittlich verwahrloste Mädchen.

Wilhelmine Mohr, die Verfasserin von „Kinder vor Gericht“ wendet sich in einem neuen Buch: „Das fittlich verwahrloste Mädchen“ (Berlin, Borngräber, Verlag Neues Leben) mit der eindringlichen Mahnung an die Öffentlichkeit, den alljährlich scharenweise neu ins Erwerbsleben tretenden jungen Mädchen schuldig zur Seite zu stehen. Gerade die Verdingungen, denen das gesunde Kind ausgesetzt ist, seien bis heute viel zu wenig in Betracht gezogen worden. Je jünger es so hilflos steht ein junges Mädchen da, und nur weil es so schwach ist, dem ersten Angriff zu widerstehen, würde es vielfach durch die Klauke der heutigen Gesellschaft gezogen. Die fittliche Verwahrlosung des Mädchens ist fast durchgängig sexuelle Verwahrlosung, deren Fortschreitung durch rechtzeitiges Eingreifen gehemmt werden könne. Das gefährlichste sei für diese Kinder das Straßenleben, das Großstadtsstraßenleben. „Was sich auf den Straßen abspielt ist keine Einzelercheinung... Aus Nitterburgen, die unangreifbar auf Felsen saßen, brachen früher Ritter, Edle, zu brandtschlagenden, raubenden Jägen auf, aus Wiesen zinshäusern brachen heute Unrede des Körpers, des Geistes heraus, die die Menschheit tiefer drücken als jene.“ Sie sind es, die zumeist diese jungen Kinder bedrohen, die unerfahren, schlecht entlohnt und steifenlos, ihnen leicht zur Beute fallen. An ergreifenden Beispielen weist die Verfasserin die Wahrheit ihrer Worte nach. „In allen Ergebnissen der neuen Forschung über das sexuelle Leben der Jugend wird immer wieder das erste Erleben mit seinen nicht absehbaren Folgen für die weitere Entwicklung betont. Früher hatten es die Eltern einigermaßen in der Hand, das erste Geschlechts-erleben des Kindes im Auge zu haben, darum zu wissen. Wer weiß heute von seinem Kinde, wo und wann das erste sexuelle Erleben an es herantritt? Die Straße bringt taufende Berührungen für das Kind, die es früher nicht hatte. Die Straße legt räumliche und seelische Entfernungen zwischen Eltern und Kinder, die früher nicht bestanden.“ Auch die Mädchen aus begüterten Familien sind, wenn auch weniger, diesem Feind des heutigen Straßenlebens ausgeliefert. Und selbst, wenn diese Kinder auf der Straße widersehen, bereitet sich nicht durch die unaufhörliche Fällung mit dem Leben auf der Straße das graue Gesicht vor, das nachher als Verführung durch Chefs, Vorgesetzte oder Hausherren zulage tritt? Wilhelmine Mohr führt eine große Anzahl von Bildern aus dem Jugendgericht vor, die das fittlich verwahrloste Mädchen betreffen. Eins erschütterndes als das andere. Die Hilfslosigkeit des Jugendrichters, der dem vorgeladenen jungen Mädchen sagt: „Sie dürfen nicht Unzucht treiben, sofern Sie nicht „unter Sitte“ stehen“, wirft ein entsetzliches Licht auf diese Vorgänge. Es steigt wie ein Bild, wie eine Suggestion vor dem Auge auf: „Si, da wird man strafflos — ich stelle mich unter Sitte“. Und das Schicksal ist erfüllt. Hier fehlt die Hilfe der Frau, die dem jungen Kinde, das der „Gelegenheitsprostitution“ verfallen oder zu verfallen droht, die rettende Hand entgegenstreckt. Leider hat ja der dritte Jugendgerichtstag die Verurteilung der Richter durch Frauen abgelehnt. Aus ihrem vielseitigen Material zu dieser Frage kommt die Verfasserin zu ihren Forderungen auf: 1. Vorbeugende Fürsorge und Jugendpflege krankler, minderwertiger, psychopathischer Kinder. 2. Vorbeugend wirkende Verwahrlosung des Mädchens überhaupt. 3. Besserstellung des unehelichen Kindes und der unehelichen Mutter im Gesetzbuch. 4. Milderung des Strafgesetzes gegen Sittlichkeitsvergehen der weiblichen Jugend (§§ 217, 218, 361). 5. Erhöhung des Schulalters des Mädchens von 14 auf 18, mindestens aber auf 16 Jahre (§§ 182, 174). Und sie schließt: Das Fürsorge-wesen muß ein Vorsorgewesen für die weibliche Jugend werden, die heute unermessbar der Unzucht zutrifft.

Aus aller Welt.

Der bessere Jurist.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: In einer Volksversammlung am Alsergrund, der vorläufig letzten Friedensversammlung des Wiener Proletariats in der langen Reihe dieser Versammlungen, erlaubte sich Abgeordneter Max Winter den Edern, die juristischen Kenntnisse des Staatsanwalts, des Herrn Schweiger, des Hohenburgers und der Herren vom Nationalverband von dem Polizeibeamten nachprüfen zu lassen. Das vaserle Manifest ist konjiziert worden, weil es das Verbrechen des Hochverrats enthalte. In einer vorher aufgeschriebenen Rede einleitung führte Winter dieses Gesetzesstelle an und verlor sodann, um das zu kennzeichnen, was als Hochverrat angesehen wird, so das Manifest, daß der Eindruck etwecit wurde, es sei die

Darstellung des Redners. Der Regierungsabgeordnete ließ diese Verlesung ruhig zu und auch die Frage nach jedem Absatz, ob dies Hochverrat sei. Nur an einer belanglosen Stelle unterbrach er zu Beginn des Satzes, in dem vom Hause Habsburg die Rede war. Aber als Winter den Satz zu Ende las, waren auch diese Bedenken zerstreut. Nach Beendigung der Vorlesung fuhr der Redner fort: Ich frage die Versammlung nochmals, ist das Hochverrat? Und als Winter stürmisches Nein entgegenstellte, erklärte er: Nicht alle sind unserer Ansicht. Der Staatsanwalt nicht und nicht der Justizminister und nicht der Präsident des Abgeordnetenhauses und nicht die Mehrheitsparteien, die Nationalverbänder und die Christlich-sozialen; sie haben alle gegen uns gestimmt, als in geheimer Sitzung des Abgeordnetenhauses das Schriftstück, das ich Ihnen eben verlesen habe, durch Aufnahme ins Protokoll immunisiert werden sollte. Denn, daß Sie es nun wissen, was ich vorgelesen habe, war das internationale Manifest von Basel, der herrlichsten Zugung, die je das Proletariat gehabt hat. Stürmischer Jubel brauste nach diesen Worten durch den Saal. Erst nachdem er sich gelegt hatte, konnte Winter diese seine Einleitung der Rede mit der Anerkennung für den Regierungsbeamten enden: Es freut mich, daß der Herr Regierungsbeamte in dieser Versammlung ein besserer Jurist ist als der Herr Staatsanwalt und darum in diesen Sachen nicht das Verbrechen des Hochverrats erklährt hat. Wir danken ihm dafür. Nicht ebenso ungemischt war die Freude des Beamten, der sich aber in die Sache fügte, so gut es möglich war — hoffentlich hat er verstanden, daß die Lektion nicht ihm galt, sondern den anderen, die befehlen, zu konfiszieren, die auf Befehl konfiszieren und auf Befehl auch im Parlament das freie Wort unterdrücken, wenngleich sie freigewählte Abgeordnete sind.

Ein bedauerndwertes Mißgeschick.

Aus London wird uns geschrieben: In den parlamentarischen Debatten haben die konservativen Parteien meist einen schweren Stand. Der Zeitgeist ist gegen sie und mit den alten Demokratischen der Großbürger läßt sich gegen die geschmeidigen Waffen der Reuzer nicht viel anrichten. Geübte Leute, die den konservativen Parlamentariern schlichte Waffen und Munition liefern können, sind daher stets in Bedarf. Bekanntlich war es Disraeli, der im vergangenen Jahrhundert die englische konservative Partei wieder geistig auf die Beine setzte. Heute ist es wieder ein talentierter Jude mit dem echten Vornamen Rosenbaum, der sich ein ähnliches Ziel gesetzt hat. Herr Rosenbaum liefert an konservativen Mitglieder des Unterhauses auf Bestellung die glänzendsten Reden, die schlagendsten statistischen Beweise, den schillerndsten Witz und den vernünftigsten Hohn. Will zum Beispiel ein Junker aus dem englischen Posenmüdel bewirken, daß seine Wähler vor Wunden die Augen aufreißten ob der Gelehrsamkeit des ehrenwerten Mitgliedes für Posenmüdel, so läßt er sich eine Rosenbaumische Rede kommen und legt los. Unter Umständen kann aber auch die Sache schief gehen. So hielt vor einigen Tagen ein wenig bekannter konservativer Abgeordneter im Unterhaus eine vortreffliche Rede, die die liberalen Minister nicht wenig in Verlegenheit brachte. In den Wandelgängen wurde der Herr darauf von seinen Kollegen, die von der Leistung ganz überrascht waren, herzlich beglückwünscht. Aber o weh! Gleich darauf stürmte ein früherer konservativer Minister ins Unterhaus und hielt — genau dieselbe Rede!

Mietserleichterungen für kinderreiche Familien.

Aus Rom wird uns geschrieben: Angesichts der Schwierigkeit kinderreicher Arbeiterfamilien, eine halbwegs der körperlichen und moralischen Hygiene entsprechende Wohnung zu finden, hat das Institut für Arbeiterwohnungen in Mailand, ein öffentliches, vom Staat und Gemeinde subventioniertes Institut, beschloffen, vom 20. Dezember dieses Jahres an in den ihm gehörenden Häusern der Stadtviertel Mac Mahon und Tibaldi die folgenden Mietreduktionen einzuführen: für Familien mit 4 Kindern unter 15 Jahren 10 Prozent, für solche mit 5 Kindern 15 Prozent, mit 6 Kindern 20 Prozent, mit 7 Kindern 25 Prozent und mit mehr als 7 Kindern 30 Prozent. Diese Ermäßigung kommt sowohl den alten als den neuen Mietern zugute, auch denen, die etwa auf Grund der Ermäßigung beschließen, eine größere Wohnung zu mieten. Jedenfalls stellen dies und ähnliche Maßnahmen ein besseres Mittel zur Bekämpfung des Neomalthusianismus dar als das törichte Vorgehen eines Florentiner Gerichts, das in diesen Tagen den Syndikalist Dr. med. Verta wegen Veröffentlichung neomalthusianischer Schriften unter Anklage gestellt hat. Verta soll sich gegen die öffentliche Sittlichkeit vergangen haben. Die Hausbesitzer, die kinderreichen Familien Wohnung verweigern, die sind natürlich mit Moral und Sitte ganz im Reinen!

Der vernünftige Gemeindevulle.

Einer der Vertrauensleute des Landarbeiterverbandes eines Landortes in Mecklenburg beauftragte vor kurzem seine Frau, die Kuh zum Vullen zu treiben. Dort angekommen, wurde die Frau vom Besitzer des Vullens vor dem Gehöft erst examiniert über die Behandlungsganghörigkeit ihres Mannes. Der Herr gestand nämlich, daß er eine Wuthe von zehn Mark leisten müsse, wenn er Nähe organisierter Landarbeiter bedenken lasse. Während des Verbandes aber hatte der Gemeindevulle, ohne sich an den Vullens zu wenden, bereits mit der Kuh Bekanntschaft angeknüpft und ließ sich in dem obliegenden Geschäft auch nicht mehr hören. — „Nu, denn fällt mir auch recht sein“, meinte der Bauer. Hoffentlich wird der gehörnte Gesetzesverlezer zur Strafe nicht auf die schwarze Liste gesetzt.

Kleine Notizen.

Unwetter in den Vogesen. Aus Epinal wird berichtet, daß infolge des überaus heftigen Unwetters im Vogesen-gebiet alle Wasserläufe in beunruhigender Weise angeschwollen seien. In den Wäldern verursachte der Sturm großen Schaden. Seldentaten eines Offiziers. In einem Lemberger Kaffeehaus kam es zwischen dem Leutnant des 19. österreichischen Landwehr-Infanterieregiments Seidl und dem Schauspieler Wolkun, der in angeheitertem Zustande die österreichische Kerne bedingte, zu einem blutigen Rencontre, wobei Schauspieler Wolkun einen schweren Säbelhieb über den Kopf erhielt. Die Beförderung des mutigen Offiziers steht noch aus.

Wofür man in Rußland verhaftet wird. Dieser Tage wurden in Saratow umfangreiche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es wurde eine Anweisung an die Abgeordneten der Reichsduma gefunden, ferner den Entwurf über Maßnahmen für die Aufbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Daraufhin wurden zwei Arbeiter verhaftet und aus Saratow ausgewiesen.

Die das Volk glücklich machen wollen. Die Zahl der Persönlichkeiten, die sich um den albanischen Fürstenthron bewerben, wird von Tag zu Tag größer. Eine italienische Zeitung hat festgestellt, daß gegenwärtig 27 Kandidaten aufgestellt sind. Ferner wird gemeldet, daß neun albanische Familien Rechte auf den albanischen Thron geltend machen. Bei so starkem Angebot ist der Richtige schwer zu finden. Es empfiehlt sich daher ein Probegang ohne Kandidatur.

**Zentralverband der Steinarbeiter.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am 17. Dezember starb unser Kollege, der Warmorsteinhauer **Hermann Krüger** im Alter von 49 Jahren an Anfalls- und Herzlähmung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes im Friedrichsfelde aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ergeht  
173/11  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau **Alwine Resch** Osterstraße 3 (10. Bezirk) verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.  
Um rege Beteiligung ergeht  
Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brauereiarbeiter **August Rochel** am 15. d. Mts. im Alter von 40 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Schönberg, Blanke Höhe, aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Karl Bendzko** (Weberstr. 48) am 16. Dezember an Schilmerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
185/4 Die Ortsverwaltung.

**Nachruf.**  
Allen Bekannten die traurige Nachricht, das am 17. November mein lieber Mann, der Klempner **Eduard Hahnemann** durch einen Unfall tödlich verunglückt ist.  
Hendenburg. 122  
Witwe Hahnemann.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, lagern wir allen Beteiligten, insbesondere dem Gelandeverein der Bäder „Morgengrauen“ unsern herzlichsten Dank.  
224  
Wariha Tiefeler nebst Kindern.

**Aufruf an die Arbeiter Berlins!**  
Die anhaltende Tenorung zwingt einen Jeden, sich vor Ueber-vortellung zu schützen!  
Kaufen Sie nur beim Fachmann  
Elegante fertige **Herren-Garderobe**  
Teilzahlung von **1 Mark** wöchentlich an.  
Vornehmste Maßanfertigung und Garantie.  
Besichtigung **Lagers** in fertiger Garderobe in deutschen u. englischen Stoffen **ohne Kaufzwang** gern gestattet. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.  
**Julius Fabian**, I. Gesch.: Gr. Frankfurter Str. 37 II  
Schneidermeister, II. Gesch.: Turmstraße 18 I kein Laden.



**Dyloßköm-Flasfjambinzo**  
...  
Ein Qualität ist f...  
...

Diese Woche besonders preiswert:  
**Ia Oderbruch-Gänse**  
**Ia Bratgänse**  
Ia Mecklenburger Mastgänse  
Ia Ungarische Stopfgänse  
Ia Mast-Enten  
Ia fette Suppenhühner  
Ia junge zarte Kapannen  
Ia Ostpreuß. u. Steirische Puten  
Ia Brüsseler Poularden  
**Max Schönwald**  
Luckauer Straße 1  
Notzstraße 53  
Barbarossaplatz 2  
Flensburger Straße 19

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann** der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei **Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung**  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Köpenicker Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66  
Röde Alexanderstr. 12. Ode Weimelstr. am Friedrichshain. (Rigori) am Ringbahn.  
Recke billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

**Theater und Vergnügungen**

Freitag, 20. Dezember.  
Anfang 12 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Sinfonieorchester.  
Anfang 4 Uhr.  
Luisen. Goldener, das Sonntagskind.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Sinfonieorchester.  
Kgl. Schauspielhaus. Blachmann als Bräutigam.  
Sitzes Albert Schumann. Gala-Vorstellung.  
Sitzes Quis. Gala-Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.  
Hranla. Kuis Ratterhorn.  
Zeitspiel. König Heinrich IV.  
1. Teil.  
Kammeroper. Mein Freund Lebba.  
Selbus. Gabriel Schillings Nacht.  
Thalia. Puppen.  
Königsgrauer Straße. Hedda Gabler.  
Deutsches Opernhaus. Oberon.  
Schiller O. Im weißen Röhl.  
Schiller & Charlottenburg. Die Kinder der Erziehung.  
Berliner. Filmgalerie.  
Kleines. Professor Bernhardt.  
Königsgrauer. Die Generalde.  
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Freund.  
Trianon. Die Erste — Die Beste.  
Kurfürstentempel. Der Kurfürst.  
Mossis Operetten. Der Frauen-freier.  
Theater am Kollendorplatz. Kismet.  
Luisen. Geschlossen.  
Neues Opernhaus (Kroll). Russisches Ballett.  
Rosa. Die Sünden der oberen Welt.  
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.  
Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Das Scheidungs-Souper.  
Casino. Am grünen Strand der Spree.  
Reichshallen. Bei Vater.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Reizung. Frühenerziehung.  
Zurückhaus. Graf Sept.  
Friedr. Wild. Schauspielhaus.  
Die letzte Schwäne.  
Folies Caprice. In Sachen Regenstein. Die Doppelkirma.  
Die Tochter der Braut.  
Walhalla. Goldener Reichthum.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Michael Kramer.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralpalast. Eisballett: Dronna.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57—52

**Schiller-Theater O. Theater.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Im weißen Röhl.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Die Schmetterlingsschlacht.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Flachmann als Erzieher.**  
**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Heimg'funden.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Heimg'funden.**  
**Deutsches Schauspielhaus**  
8 Uhr: Der gute Freund.  
**Montis Operetten-Theater**  
(v. Neues Theater). Amt Norden 1141.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Frauenfreier.**

**Theater am Kollendorplatz 5.**  
8 Uhr: **Kismet.**  
Sonabend, d. 21., nachm. 4 Uhr u. Sonntag, d. 22., nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Schneewittchen.**  
**Luisen-Theater.**  
Freitag, nachmittags 1/4 Uhr: Kinder-Verk.: Goldener, das Sonntagskind.  
Abends 8 Uhr: Geschlossen: Wegen der Generalprobe in Berlin-Hamburg-Neuport. Gr. romant. Kom. Aus-stattungstücht. v. Ernst Ritterfeld.  
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Rumpelstilzchen.  
Sonabend, ab 8 Uhr: Premiere: Berlin-Hamburg-New York.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ich lasse dich nicht. Abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 182.  
Abends 8 Uhr:  
Die Sünden der oberen Welt.  
Sonabend 4 Uhr: Goldhähnchen.  
Sonntag 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.  
**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Novitäten:**  
In Sachen Regenstein.  
Die Doppelkirma.  
Die Tochter der Braut.

**THEATER GROSS-BERLIN**  
am Zoo.  
Montag, 20. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
Ensemble-Gastspiel d. Kurfürsten-Oper unt. Leitung v. Victor Pailf.  
Zum 1. Mal:  
**Das Fürstentum.**  
Operette von Victor Leon. Musik von Franz Lehár. Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Franz Lehár.**  
Am all. drei Weltanschauungstagen:  
Abds 8 Uhr: Das Fürstentum.  
Nachm. 3 Uhr: zu kleinen Preisen:  
„So dumme wir!!!“  
Vorber. 10-6 a. d. Theaterkasse, in d. Waren- u. Spezialbank.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis**  
Mittwoch, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier), in der **Viktoria-Brauerei**, Lützowstraße 111/112: 209/5  
**Winterfest**  
Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters (Kapellmeister Maximilian Fischer) unter Mitwirkung der Konzertsängerin Fräulein Nettermann.  
Außerdem: Waldhorn-Quartett, Violin- und Piston-Soll.  
Nach dem Konzert: **BALL.**  
Anfang 6 Uhr.  
Eintrittskarten à 30 Pfennig sind bei den Bezirksführern usw. zu haben.

**Urania**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
6 Uhr: **Aufs Matherhorn.**

**WINTERGARTEN**  
**Sahary-Djeli**  
Le „Mystérieuse“.

**Gastspiel Max Linder**  
der weltberühmte Film-Schauspieler in seinem Sketch:  
**Aus Liebe zum Bühnenaugenoperateur**  
Max, der Liebhaber: Max Linder sowie die sensationellen Dezember-Attraktionen.

**Casino-Theater**  
Kollbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Die neue Lokalpost**  
„Am grünen Strand der Spree“.

**Passage-Theater**  
**Lichtspiele**  
Unter den Linden 22/23.  
Diese Woche u. a.:  
**Dornenpfade.**  
Gr. Drama in 3 Akten nach d. berühmten Roman „Der kleine Jacob“ von Jules Claretie.  
**Max ist wasserschne!**  
Humoreske gesp. v. Max Linder. Im Lande Mohammeds. Aller Anfang ist schwer. Das Weihnachtswunder.

**Zirkus Albert Schumann.**  
Heute Freitag, den 20. Dez., abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
Debut! Debut!  
Der Gipfelpunkt menschlichen Wagemuts!  
**The 3 Bellongs**  
1. The Loop auf menschlichem Piedestal in 7 Meter Höhe ohne Abseilung.  
2. Der 5 Meter hohe Doppel-Salto ausgef. auf d. Zweirad, und das übrige Glanzprogramm.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der unsichtbare Mensch.**  
Vier Bilder aus Indien. Avis! Sonntag, 22. Dez., nachm. 8 1/2 Uhr: Der unsichtbare Mensch, ungekürzt!

**Passage-Panoptikum**  
Bis inkl. 1. Januar:  
**Volktage!**  
Jedermann 1 Kind frei. Jedes Kind erhält ein Geschenk!  
Alles ohne Extra-Entree!  
**50 WILDE WEIBER MÄNNER KINDER**  
vom Stamme der Igorroten.  
Leben u. Treiben in dem eigens aufgebauten **IGORROTEN-Dorfe**

**„Clou“ :: Berliner ::**  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
Heute: **Großes Konzert!**  
Berliner Konzerthaus-Orchester, Dir. Fr. v. Blon, Kompon.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen:  
**Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

**Theater Königstadt-Gasino.**  
Ode Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1 Minute. Bahn. Hannoversbrücke. Tagl. abds. 7 1/2. Sonnt. 1/2. 5 Uhr:  
**Unterm Christbaum.**  
Bolsch in 2 Bildern und das groß. Spezialitätenprogramm  
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

**Metropol-Theater.**  
**Chauffeur — ins Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von G. Freund. Russ. u. Arab. welta. Tänz. arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz.  
Abends 8 Uhr. Reizung gefaltet.

**Apollo Theater**  
Abends ab 8 Uhr!  
Nio dagewesener Erfolg!  
Amely de l'Enclos, Stimmen-Phänomen. — Malla und Bart, die lustigen Spediteure. — 9 Uhr:  
**Berlin Tagesgespräch!**  
**Dario Paini**  
das Wunder der hypnotischen Kartenkunst!

**Boigt-Theater.**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Freitag, den 20. Dezember:  
**Fröhliche Weihnacht.**  
Weihnachtskom. i. 5 Akten v. Othomerc. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Sonabend, 21. 12., nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: **Dornröschen.**

**Herrnsfeld Theater**  
Beispielloser Lacherfolg!  
**Die Alpenbrüder.**  
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.  
Hierzu:  
**Das Scheidungs-Souper.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11—3 (Theaterkasse).

**Trianon-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Erste — Die Beste!**

**Metropol-Theater.**  
**Chauffeur — ins Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von G. Freund. Russ. u. Arab. welta. Tänz. arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz.  
Abends 8 Uhr. Reizung gefaltet.

**Apollo Theater**  
Abends ab 8 Uhr!  
Nio dagewesener Erfolg!  
Amely de l'Enclos, Stimmen-Phänomen. — Malla und Bart, die lustigen Spediteure. — 9 Uhr:  
**Berlin Tagesgespräch!**  
**Dario Paini**  
das Wunder der hypnotischen Kartenkunst!

**Boigt-Theater.**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Freitag, den 20. Dezember:  
**Fröhliche Weihnacht.**  
Weihnachtskom. i. 5 Akten v. Othomerc. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Sonabend, 21. 12., nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: **Dornröschen.**

**Herrnsfeld Theater**  
Beispielloser Lacherfolg!  
**Die Alpenbrüder.**  
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.  
Hierzu:  
**Das Scheidungs-Souper.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11—3 (Theaterkasse).

**Admiralpalast**  
Eis-Arena.  
Heute  
Zum **300. Male:**  
**„Yvonne“**  
Eisballett in 8 Bildern.  
Sonabend u. Sonntag letzte Vorstellungen von „Yvonne“.  
Montag Premiere des Eisballetts  
**Flirt in St. Moritz.**  
Für den Inhalt der Intercase übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.





Partei-Angelegenheiten.

Scheuendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, bei Otto Poetsch; Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hoffe gestern eine lange Tagesordnung zu erledigen, aber sie enthielt nichts sonderlich Aufregendes. Zu einer Debatte von Belang kam es nur im Anschluß an die Ausschussberichterstattung über die Magistratsvorlage betreffend das Projekt der Weiterführung der Hedemannstraße, das ein Privatunternehmen mit einer Beihilfe der Stadt ausführen soll. Der Magistratsantrag, dem Unternehmer die erbetene Hypothekendarlehnung zu gewähren, hatte im Ausschuss keinen Beifall gefunden. Gegenüber diesem recht zweifelhaften Geschäft hielt der Ausschuss es für ratsamer, daß die Stadt weniger tief in den Säckel greifen, aber dann einen direkten Zuschuß zu den Kosten der Straßenherstellung leisten solle. Da gestern der Magistratsvertreter Stadtrat Franz diese Lösung als eine schlechtere bekämpfte und die Möglichkeit einer Zustimmung des Magistratskollegiums anzweifelte, so wurde vorgeschlagen, die Sache zu nochmaliger Prüfung an den Ausschuss zurückzuverweisen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Reid, auch sie habe den vom Ausschuss empfohlenen Ausweg akzeptiert, weil sie wünschte, daß das sehr notwendige Straßenprojekt zustande käme. Gegen eine Zurückverweisung an den Ausschuss sei aber nichts einzuwenden. Die Zurückweisung wurde nahezu einstimmig beschlossen.

Reisegefährten.

Sie sind typisch in ihrer Art und gehören nicht zu den Seltenheiten. Abend für Abend haben sie die gleiche Strecke mit der Bahn. Sie wohnen im selben Vorort, oben im Norden. Ihrer Beschäftigung gehen sie in der Großstadt nach. Beide sind ältere Männer. Ihre Härte sind bereits im Ergrauen. Auch an den Schläfen überrückern die silbrigen Fäden schon lange das dunkle Blondhaar. Die Jugendjahre müssen sie auf dem Lande zugebracht haben. Die trummern Rücken, der schwere Gang, die harten, hornigen Hände mit den abgebröckelten Fingernägeln erzählen von harter Erdbarbeit, wie sie der Kampf mit der Scholle mit sich bringt. Ihrer Liebe zur Natur sind sie insoweit treu geblieben, daß sie ihre Behausung nicht im Häusermeer der Riesenstadt aufgeschlagen haben, sondern draußen, wo noch Bäume und Strauchwerk die Häuser einbüschen, wo sich im Sommer grüne und im Winter weißmagere Feldstücke breiten.

Wortart sind die beiden Alten, und mißtrauisch jedem Fremden gegenüber. Was sie sich zu erzählen haben, das geht in kurzen, abgehackten Worten von Mund zu Mund. Aber jedes ihrer Worte ist ein Seufzer, oder bringt die Kunde von Entbehrungen, die schwer auf ihnen lasten. Und gerade jetzt vor Weihnachten spricht sich das bei ihnen deutlicher aus, als sonst. Die Not des Alltags läßt sie die Freudlosigkeit des nahenden Festes nur noch härter empfinden. Aus ihren Reden hört man es heraus, wie die Arbeit immer knapper, immer weniger lohnend wird. Dies wäre nötig, und das! Aber die Teuerung! Die Kohlenpreise! Und alles andere!

Karg gehen ihre Worte; abgehackt fallen sie. Und jedem Wort folgt eine längere Pause. Dann starren sie mit stumpfen Augen vor sich hin, räuspern sich, rücken das krumme Kreuz grade. Und die harten, hochgedörrten Hände tasten mit zitternden Fingern über das Memenzug der Segeltuch-Provianttasche, die ihnen zur Seite hängt. Im matten Gesichter des gelben Wagentlichtes hocken sie da: müde, abgearbeitet, hoffnungslos.

Von Station zu Station rattert der Zug. Die Türen der Abteile werden geöffnet und flüchtig wieder zugeschlagen. Die beiden Alten rührt das nicht. Nur wenn die ersten Lichter des Vorortes auftauchen, in dem sie hausen, kommt Leben in ihre arbeitsgeräumten Gestalten. Jeder rückt dann Hut und Tasche zurück. Die steifen Hände, die sich kaum noch zur Faust zu ballen vermögen, fassen den Stoch. Und wenn der Zug hält, tapfen sie schwerfällig die Trittbretter hinunter und schlurren über den Bahnsitz dem Ausgang zu.

Einer hält sich dabei dicht hinter dem anderen. Automatisch heben sich die Beine. Die Rücken sind krumm. Die alten Augen suchen den Boden. Freudlosigkeit und Hoffnungslosigkeit gleichen als Schatten mit ihnen mit. Und das alles in der heutigen Gesellschaftsordnung nach einem schweren, harten Leben voll Mühe und Arbeit!

„Berliner Nachtleben.“

Das Weihnachtsgeschäft wird verschieden gemacht, sehr verschieden. Wohl dem, der sich nicht dabei ablassen läßt. Ueberall kann Herr v. Jagow doch nicht sein. Da bekämpft man den Schmutz in Wort und Bild, da sucht man besonders die gefährdete Jugend vor saden Romanen und Norddeutschen zu bewahren. Und am Dönhofsplatz, und wer weiß an wieviel anderen Plätzen ebenfalls, wo der Straßenhandel floriert, freihändig und in Buden, steht so ein Mann vor einer funkelneuen Jeltbude. Er schwingt ein in gelbem Papier gewickeltes Etwas, das in dieser Verpackung wie ein Buch aussieht. Ein Buch mit dick aufgedrucktem Inhalt: „Hochinteressante abgeklärte Romane“. Dann lang auf dem Exemplar herunter die Inhaltsangabe. Und der Mann schreit: „Zimmer heron, meine Herrschaften, Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Somit immer 60 Pfennig. Bei mir heute nur 10 Pfennig. 10 Pfennig so lange der Vorrat reicht! Das ganze Berliner Nachtleben.“ So schreit der Mann, weist mit dem Zeigefinger auf Nummer 1 des Inhalts in Fettdruck: „Das ganze Berliner Nachtleben! Das Leben der dunklen Existenzen in der Friedrichstraße! Ein tiefer Einblick in ihr Tun und Treiben! Zimmer heron, meine Herrschaften!“

Die Herrschaften kommen nicht zu ihm. Aber unsere arme Großstadtjugend macht ihn reich. Ein Würschlein nach dem anderen, ein Nadel nach dem anderen, leitet die Taschen um, sucht den letzten Groschen hervor und opfert ihn auf dem Altar der verprochenen Heiligkeit. Und dann erhalten sie das Paket, das mit dem Preis 60 Pfennig verbrämmt ist, und dann halten die Betroffenen (Kinder und auch mancher ungebildete, wibbelige Grobe) jeds alle in Zeitungsform erscheinene kurze Romane oder Novellen in der Hand, die sie umsonst aus alter Makulatur erhalten konnten. Und die Hauptsache, die tausendmal ausgesprochene Losipetse, die Nummer 1, das „Berliner Nachtleben“, ist gar nicht dabei! Vermutlich bei dieser Lobpreisung längst aus-

gegangen. So wird's gemacht. So fängt man die Gimpel. Keiner der Käufer würde die 10 Pf. gegeben haben, wenn er gewußt hätte, daß er doppelt und dreifach geprellt werden würde. Kein Buch, sondern abgelegte Zeitungen. Kein Berliner Nachtleben, sondern irgendein anderer Schmutz. Sechs Zeitungen, sechs wertlose Zeitungsbelegblätter halten sie in Händen! Es sind die Produkte der B. N. Z. (Berliner Romanzeitung) und der B. I. Z. (Wäcker in Zeitungsforn), die auf andere Weise wohl nicht ihren Weg ins Volk machen würden. Erschienen im Verlag: J. Rothgier. Verantwortlicher Redakteur Jwan Rothgier.

So wird's gemacht.

Bücherautomaten auf den Bahnhöfen. Der Eisenbahnminister hat vor einiger Zeit genehmigt, daß auf den Bahnhöfen auch Bücherautomaten aufgestellt werden dürfen. Von dieser Genehmigung ist jetzt mehrfach Gebrauch gemacht worden. Die Automaten spenden Bücher belehrlichen, volkswirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, geschichtlichen und patriotischen Inhalts gegen Einwurf von 20 oder 50 Pf. und scheinen sich, nach der bisherigen Benutzung zu urteilen, bereits viele Freunde erworben zu haben. Bücher sozialdemokratischen Inhalts sind natürlich von diesem Automatenvertrieb ausgeschlossen, wie ja bekanntlich auch der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen auf Bahnhöfen verboten ist.

Verhandlungen über Waldankäufe.

Gestern vormittag wurden die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und dem Zweckverband über den Verkauf von fiskalischen Waldflächen eröffnet. Von Seiten des Staates sind delegiert die Vertreter der Ministerien für Landwirtschaft, des Innern, der Finanzen und des Staatsministeriums unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Küster. Der Zweckverband ist vertreten durch Oberbürgermeister Bermuth, Verbandsdirektor Dr. Steiniger, Geh. Justizrat Cassel, Oberbürgermeister Jethen-Lichtenberg und Landrat a. D. von Treslow. Wie verlautet, werden die Verhandlungen zunächst über die Abgrenzung der fiskalischen Waldflächen geführt, welche für den Verkauf durch den Zweckverband in Frage kommen. Sie sollen sich aber alsbald auch auf die Bemessung des Preises erstrecken. Die Dauer der Verhandlungen ist noch nicht abzusehen.

Kriegsauszeichnungen als Handelsobjekt.

Die unter den Veteranen herrschende Notlage ist sprichwörtlich. Das „dankbare Vaterland“ speist die ehemaligen Krieger, die ihre Anzeichen zu Markte getrogen haben und nun hilflos dastehen, mit einigen Bettelfennigen ab, die zum Sterben zu viel, zum Sattessen zu wenig sind. In dieser schwierigen Lage gerät mancher Untertan in Verzweiflung. Der eine macht seinem Hungerleben freiwilgig ein Ende, der andere geht bettelnd von Tür zu Tür, von Haus zu Haus und ruft die Mitleidigkeit der Bürger an, stets Gefahr laufend, vom Schutzmann zur Wache gebracht zu werden. Wieder andere greifen zu anderen Mitteln. Einer dieser alten Kämpfer hat sich in seiner Verzweiflung an uns gewandt und hat uns seine Kriegsauszeichnungen angeboten, bloß um sich einmal sattessen zu können. Leicht mag dem Siebzehnjährigen dieser Schritt nicht geworden sein, ist doch die Auszeichnung für einen alten Soldaten der einzige Stolz. Es muß also schon weit gekommen sein, wenn ein Kriegsteilnehmer sich dazu entschließt, seine Orden und Ehrenzeichen gegen ein geringes Entgelt fortzugeben.

Der alte Herr schreibt uns:

„Ich bin ein alter Mann von 70 Jahren und dabei Invalide. Ich habe die Feldzüge 64, 66, 70/71 mitgemacht. Ich beziehe für Ehrensold 10 Mark und Invalidität 11 „ zusammen 21 Mark

die ich gerade für Miete und Essen zu bezahlen habe. Vor einigen Tagen hatte ich das Unglück, ein Portemonnaie mit meinem ganzen Geld im Betrag von 14 M. zu verlieren, so daß ich mit vollständig leeren Händen vor dem lieben Weihnachtsfest stehe.

Ich weiß mir nun gar nicht anders zu helfen, als daß ich meine Orden beifüge und Sie recht sehr bitte, mir dafür einen Betrag von 21 M. zu vergüten. Es wird mir gewiß schwer, diesen Schritt zu tun, aber Not bricht Eisen.“

Aus dem beigefügten Militärapost erhielt, daß der Einsender 1864 als Ersatz-Rekruit in das 6. ostpreussische Infanterie-Regiment eingetreten ist. An folgenden Schlachten hat der Mann teilgenommen: 1866 gegen Oesterreich, Schlacht bei Königgrätz, Gefechte bei Trautenau und Tobitschau, 1870/71 Feldzug gegen Frankreich vom 15. Juli 1870 bis 10. August 1871 und in diesem die Schlacht bei Reims am 14. August, am 31. August und 1. September die Schlacht bei Roiffelle sowie die Zernierung von Reims und Metz.

Die beigefügten Kriegsauszeichnungen bestehen aus denen von 1866 und 1870/71 sowie aus der Tennenar- und der Verdienstmedaille. Es muß wirklich schlimm stehen, wenn der Inhaber von Ordensauszeichnungen dieselben zum Kauf anbietet, nur um sich einmal sattessen zu können. Für die Regierung ist es beschämend, daß Veteranen zu solchen Verzweiflungsschritten getrieben werden. Im Tiergarten steht die Siegessäule, an der zu lesen steht: „Das dankbare Vaterland dem siegreichen Heere“. Davon werden die Veteranen aber nicht satt. Es wird die allerhöchste Zeit, für die alten Kämpfer zu sorgen. Das müßte aber sehr schnell geschehen, sonst ruhen sie im Grabe, wenn Hilfe kommt.

„Wir Hausagrarien.“

In welcher Art manche Hausbesitzer mit ihren Mietern umspringen zu dürfen meinen, dafür wird uns ein sehr beachtenswertes Beispiel mitgeteilt. Ein Mieter des Hauses Cadiner Str. 21 wurde von der Landesversicherungsanstalt Berlin wegen eines seit längerer Zeit bestehenden Lungenleidens auf seinen Antrag in die Heilstätte Beelitz geschickt und begab sich sofort nach Empfang der Bewilligungsnachricht am 7. November dorthin, obwohl er für November noch nicht die Wohnungsmiete bezahlt hatte. Von Beelitz aus schrieb er seinem Hauswirt, er habe jetzt die Miete nicht drüber, aber nach der Rückkehr aus der Heilstätte werde er sie bezahlen. Als Antwort kam der folgende Brief:

Berlin O. 34, Cadiner Str. 21, 12. Nov. 12.

Herrn Emil Zimmermann, Beelitz.  
Im Beig Ihrer Postkarte vom 8. d. M. kündige ich Ihnen hiermit die unehabende Stube zum 1. Dezember 12, mittags 12 Uhr. Wenn wir Hausagrarien, nur um vegetieren zu können — auf russisches Fleisch langt es bei uns schon lange nicht mehr —, 18 Stunden täglich arbeiten müssen, dann kann niemand von uns verlangen, daß wir jedem Mieter eine beliebige Zahlungsweise einräumen; denn das würde ja das reine Bettelgeschäft abertreffen, und da sagen wir: Wenn es schließlich auch nicht mehr auf vegetarische Kost langan sollte, dann lieber hungern oder Sozialist werden, wo man nur die Hälfte Zeit zu arbeiten braucht und im übrigen nur Rechte zu beanspruchen hat. Wenn sich so ein Kindskopf noch finden würde, der mit mein Haus ablaufen, d. h. mit nur mein sauer erworbenes, nachweisbar hineingestecktes Geld herauszahlen würde — den Verdienst will ich gerne den Sozialisten überlassen —, dann würde ich Obersozialist, und um als solcher menschenwürdig leben zu können und nicht wie jetzt jedermann

den zurückgelassenen Schmutz nachwischen und die Buden von Grund aus reinigen zu müssen. Für den Fall, daß Sie nicht wissen, wo Sie die Zeit über, wo Sie beurlaubt sind, Ihre Einrichtungsstücke lassen, biete ich Ihnen hierzu eine verschließbare Bodenkammer für den Preis von 10 Pfennig täglich an, und würden wir auf Ihren Wunsch Ihre Sachen in eine solche bringen. Eine Haftung für Diebes- oder Feuergefahr lehne ich selbstverständlich ab. Gerne tue ich es überhaupt nicht, ich will Ihnen nur in diesem Spezialfall behilflich sein. Selbstverständlich können Sie auch, wenn Sie innerhalb drei Tagen, von heute ab gerechnet, erklären, die Miete pünktlich am 1. eines jeden Monats wie bisher weiterzahlen, wohnen bleiben oder, wenn Sie vom Urlaub zurückkehren und bei mir ein Zimmer frei wird, wieder ein solches mieten. Ich kann Ihnen jedoch auf keinen Fall eine Ihnen beliebige Zahlungsweise einräumen.

Hochachtend

J. E. Görg.

Eine Kündigung ausgerechnet in diesem Augenblick mußte den Mieter sehr schwer treffen. Er befürchtete, den Erfolg seiner eben erst begonnenen Kur zu schädigen, wenn er sie schon am 1. Dezember wieder unterbräche, um nach Berlin zu fahren und den Umzug auszuführen. Schleunigst brachte er daher die Miete für November zusammen und schickte sie dem Wirt mit dem Verprechen, fortan die Miete pünktlich zu zahlen, wie er es bisher getan hatte. Der Wirt willigte dann in eine Fortdauer des Mietverhältnisses.

Wir glauben dem Hausbesitzer Herrn Görg einen Gefallen zu tun, wenn wir den uns bekannt gewordenen Wortlaut des Briefes jetzt weiteren Kreisen zur Kenntnis bringen. Er wird gewiß wünschen, daß die Leser des „Vorwärts“, die ihm so beneidenswert scheinenden Sozialdemokraten, erfahren, wie schlecht es den vielgeschmähten Hausagrariern geht, wie sehr sie sich abrackern müssen, wie täglich sie dabei leben. Und auch damit wird er einverstanden sein, daß wir die Liebenswürdigkeiten, die er den Sozialdemokraten sagt, unseren Lesern nicht vorenthalten.

Diesem Dokument hausagrarischer Denkart noch irgendein Wort der Erläuterung hinzuzufügen, haben wir wohl nicht nötig. Wissen möchten wir nur, was für eine Sorte Arbeit das ist, die der beneidenswerteste Herr Görg täglich 18 Stunden hindurch treiben muß, „nur um vegetieren zu können“. Kann und einer diese Frage beantworten?

Selbstmord eines Arbeitlosen. In einem Schanklokal Bogahogener Straße 16 hat sich am Mittwochnachmittag der 30jährige Arbeiter Sch. erschossen. Der Lebensmüde hatte vorher im Lokal einige Gläser Bier getrunken, ohne jedoch etwas von seinem Entschluß laut werden zu lassen. Schließlich begab sich Sch. in ein nach dem Hofe zu gelegenes Zimmer, wo er sich zwei Kugeln in die rechte Schläfe jagte, die seinen sofortigen Tod verursachten. In einem hinterlassenen Schreiben gab Sch. als Grund zu dem Selbstmord dauernde Arbeitslosigkeit an. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Friedrichsfelder Leichenhalle geschafft.

Zwei der gefährlichsten Ringnepper, die nicht bloß in Berlin und Vororten, sondern auch in vielen anderen deutschen Städten, wie Magdeburg, Braunschweig, Hannover usw. unzählige Opfer gefunden und oft gerade unbemittelte Leute auch noch um ihre letzten Ersparnisse gebracht haben, hat jetzt endlich ihr Geschick erlitten. Es sind ein 27 Jahre alter Kellner Peter Kudwilt aus Bieglitz in Ruhland und ein 26 Jahre alter Handlungsgehilfe Oskar Grotlian aus Argenta im Kreise Hohenzollern. Kudwilt ist in mehr als einer Beziehung gemeingefährlich. Seinen Beruf schon lange entfreundet, erwarb er seinen Lebensunterhalt durch Zuhälterdienste. Schon wiederholt bestraft, wurde er vor zwei Jahren wegen Rupperei aus dem Deutschen Reich ausgewiesen, kehrte aber zurück und trieb im Verborgenen sein schändliches Gewerbe weiter, bis er wieder erwischt und zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Nachdem er diese Strafe in Wöllensee verbüßt hatte, verband er sich mit Grotlian und einem dritten, von dem man bisher erst den Spitznamen „Kerpermag“ kennt, zur gewerbmäßigen Ringnepperi. Die Bande trieb es ärger als irgend eine dieser Art vorher. Grotlian spielte dabei regelmäßig den „Schieber“. Viele Anzeigen beantragten die hiesige Kriminalpolizei zu besonderen Beobachtungen. Die Bande hatte aber wohl Wind bekommen und verhielt sich nach Berlin, um in der Provinz und im Reich ihr Treiben fortzusetzen, bis es jetzt der Leipziger Kriminalpolizei gelang, sie zu erwischen und jedenfalls auf längere Zeit unschädlich zu machen. Mit Hilfe des Tagesberichts und der Photographien der gewerbmäßigen Gauner wird jetzt deren „Arbeit“ in den verschiedensten Städten in allen Einzelheiten aufgedeckt. In Berlin sind ihnen bisher zehn Ringnepperien, bei denen sie zum Teil erhebliche Summen erbeuteten, nachgewiesen worden. Anderen Genossen müssen die Bilder noch vorgelegt werden. Das dritte Mitglied der Bande, der „Kerpermag“ ist noch nicht ermittelt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Donnerstagvormittag an der Ecke der Rathenower und Turmstraße. Dort wollte ein Herr Zoepke während der Fahrt den Motorwagen 2039 der Linie 23 bestiegen, kam jedoch zu Fall und blieb neben dem Gefährt liegen. Der Verunglückte, der eine schwere Gehirnerschütterung und Bruch der Schädelbasis davongetragen hatte, wurde nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt.

Einen tödlichen Unfall erlitt im Laufe des gestrigen Tages der Telegraphenarbeiter Franz Horn, der in Buchholz mit dem Wägen von Telegraphenstangen beschäftigt war. Infolge einer unglücklichen Wendung kam eine Stange ins Schwanken und schlug den Arbeiter so heftig ins Genick, daß derselbe leblos zusammenbrach.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung. Die wichtigste Vorlage, mit der sich die Versammlung am Mittwoch zu beschäftigen hatte, war die über die Beteiligung an der Errichtung einer Auto-mobil-Verkehrs- und Hebungstraße im Brunwald. Während die Vorlage in der ersten Lesung auf starken Widerspruch auch in den Reihen der Liberalen gestoßen war, war die Stimmung jetzt plötzlich umgeschlagen, obwohl die Veränderungen, die der Ausschuss daran vorgenommen hatte, keineswegs Verbesserungen sind. Hiernach übernimmt die Stadt Charlottenburg für die Dauer von 80 Jahren Garantie bis zur Höhe von 15 000 M. jährlich, unter der Bedingung, daß u. a. der Kreis Teltow entweder von den auszubehenden Schuldverrichtungen 250 000 M. übernimmt oder eine Fins- und Abzugsgarantie von gleicher Art und Höhe wie Charlottenburg leistet, da ferner auf der Automobilstraße ein Schnellomnibusverkehr zu Fahrpreisen eingerichtet wird, die den üblichen Sagen des Eisenbahnvorortverkehrs der dritten Klasse entsprechen, und endlich daß der Stadtgemeinde eine Anteilnahme an der Verwaltung des Unternehmens behufs Kontrolle derselben in irgend einer Form geleistet wird. Namens der Sozialdemokraten wandte sich Genosse Weber gegen das Projekt, dessen Anregung auf die höchste Stelle zurückzuführen sei, nachdem das Projekt einer Automobilstraße im Raum gelichtet sei. Für Verkehrsverbesserungen seien die Sozialdemokraten stets zu haben, nicht aber für diese Vorlage, die den Verkehr nicht fördern und die Stadt jedes Einkommens auf den Verkehr berauben werde. Die Straße werde lediglich ein Zummelplatz für den Automobilsport werden. Zu diesem Zweck städtische Mittel zur Verfügung zu stellen, liege kein Grund vor. — Das Resultat war die Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses mit einem weiteren Zusatz.

daß der Schnellomnibusverkehr in schneller Folge bis ins Innere der Stadt durchzuführen ist.

Weiter stimmt die Versammlung einer Magistratsvorlage zu, wonach die restlichen zwei Ämter der der Stadt zugefallenen Raubendorfs Erbschaft (1/2, Wilton Raab) zu einer Stiftung verwandelt werden sollen. Bei der Verteilung der Zinsen sollen zunächst berücksichtigt werden die Fürsorge für die Jugend aller Altersstufen einschließlich der schulentlassenen Jugend, die Pflege von zinslosen Darlehen an verarmte Arme und die Fürsorge für geneigte Personen. Doch soll das aus 4 Stadtverordneten und 3 Magistratsmitgliedern bestehende Kuratorium auch berechtigt sein, den Verteilungsweg abzuändern.

Die Vorlage betr. Anlegung eines Ringbahn-Personenbahnhofs Bieleben wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen. Der von der Stadt zu zahlende Zuschuß für dies Unternehmen ist auf 586 000 M. veranschlagt.

Bei den Mitteilungen des Vorstandes betr. Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung entwarf sich eine längere Debatte über die Frage der Anlegung eines Gemeindefriedhofs. Die der Magistrat mitteilt, haben die Jahre zurück liegenden Verhandlungen immer noch zu keinem Ergebnis geführt, sind aber soweit gefördert, daß der Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich im Laufe des Jahres 1913 weitere Mitteilungen gemacht werden können. Ebensovienig wie der liberale Stadt. Völlmann erklärte sich Genosse Piesch von der Ansicht des Magistrats für befriedigt. Er wies unter lebhafter Zustimmung darauf hin, daß der Widerstand bei gewissen kirchlichen Kreisen liege, für die ein Gemeindefriedhof ein Konkurrenzunternehmen bedeute. Auf seine weitere Anfrage, wie weit die Vermählungen von Erfolg gewesen seien, das Berliner Krematorium für Charlottenburg der Benutzung zugänglich zu machen und wie es mit der Errichtung einer Urnenhalle stehe, erwiderte Stadtrat Dr. Götze, daß das Krematorium Charlottenburger Bürgern unter denselben Bedingungen zur Benutzung frei stehe, wie den Berlinern, und daß die Frage der Errichtung eines Krematoriums und einer Urnenhalle den Magistrat im nächsten Monat beschäftigen werde. Ueber den Stand der Errichtung des Gemeindefriedhofs gab Bürgermeister Dr. Raier die Auskunft, am 9. August 1910 habe der Regierungspräsident in Potsdam mitgeteilt, daß er allen Anträgen auf Anlage eines Gemeindefriedhofs außerhalb des Stadtgebietes entgegen treten müsse. Es bleibe also nur übrig, ihn innerhalb des Stadtgebietes umzugraben, und diesem Gedanken stehe der Magistrat nach wie vor sympathisch gegenüber.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung nahm der Vorsteher Kaufmann, der mit Ende des Jahres seinen Posten wegen vorgerückten Alters niederlegt, von der Versammlung Abschied.

In geheimer Sitzung bewilligten die Stadtverordneten dann noch die Summe von 300 000 M. zu einer aus Anlaß des im nächsten Jahre stattfindenden 25-jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers zu errichtenden Stiftung, die der Erweiterung des Charlottenburger Erholungsgeländes „Waldhaus“ bei Veetly dienen soll. Außerdem wurden 1300 M. bewilligt als Beitrag zu einer künstlerisch ausgeführten Adresse, die dem Kaiser bei derselben Gelegenheit von den im Deutschen Städtetage vereinigten Städten überreicht werden soll. Die Adresse, deren Gesamtkosten sich auf circa 80 000 M. belaufen werden, wird in München unter Aufsicht des dortigen Oberbürgermeisters v. Borzigt hergestellt.

### Wilmerdorf-Palensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen war zu erledigen, bevor die Versammlung an den Hauptgegenstand ihrer Verhandlungen herantrat. Wir erwähnen den Beschluß, einen zu Anfang des Jahres 1911 von unseren Parteigenossen gestellten Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erziehung eines Arbeitsnachweises durch die Erklärung des Magistrats für erledigt zu erklären, wonach im Januar nächsten Jahres ein Arbeitsnachweis sowohl für gelehrte als auch für ungelehrte Arbeiter errichtet werden soll.

In früheren Jahren entwarf die Magistratsvorlage über die Auswahl der zu asphaltierenden Straßen unter den Vertretern der bürgerlichen Bezirksinteressen zumeist ausgebreitete Redekämpfe. Für das nächste Jahr ist zur Asphaltierung ausgewählt worden der Emser Platz, der Hohenzollernplatz zwischen Hohenzollernplatz und Kaiser-Allee, die Kaiser-Allee zwischen Hohenzollernplatz und Spichernstraße, der Ränberger Platz, die Ränberger Straße zwischen Ränberger Platz und Eislebener Straße, die Bieleberstraße zwischen Hohenzollernplatz und Wegenerstraße und schließlich die Württembergische Straße zwischen Pariser Straße und Dörfeldorfer Straße. Im ganzen sind für diese Straßen 290 000 M. an Asphaltierungskosten in Ansatz gebracht. Die Einigkeit der bürgerlichen Vertreter gab sich diesmal darin kund, daß vorab fast gar keine Einwendungen gegen die getroffene Auswahl erhoben wurden, trotzdem die in Betracht kommenden Straßen fast alle im Norden der Stadt gelegen sind.

Ohne weitere Erörterung wurden auch die letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung für gültig erklärt; der Berichterstatter Stadtverordneter Wächtermann hobt in sein Referat aber eine Betrachtung über die Gültigkeit des Nießbrauchsrechts ein, und zwar in Erinnerung an den Fall Lazarus. Die vor zwei Jahren erfolgte Wahl dieses demokratischen Stadtverordneten war von der Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt worden, weil das nach der Städteordnung zulässige Nießbrauchsrecht von diesem Herrn zu Unrecht in Anspruch genommen sein sollte. Das Mandat des Herrn Lazarus neigt sich seinem Ende zu, die Klage aber schwebt immer noch.

Ueber die Annahme der Magistratsvorlage, betreffend die Abstandsnahme von der Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse und die Zustimmung zur Errichtung einer Landfrankenkasse haben wir bereits gestern in Kürze berichtet. Der Berichterstatter Dr. Leidig vertrat die Ansicht, daß die von der Ortskrankenkasse in einer Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gegen die Landfrankenkasse geltend gemachten Gründe auf unrichtigen Voraussetzungen beruhten. Genosse Medel entgegnete an der Hand von Berechnungen, die in Nachbargemeinden wie auch außerhalb Groß-Berlins aufgestellt sind, daß es um die Prosperität einer solchen Kasse schlecht bestellt sein werde. Die Hauptfrage sei aber darauf zu legen, daß die Selbstverwaltung, auf die man doch sonst wenigstens in Worten große Stücke gebe, in der Landfrankenkasse ausgegattet sei, und daß der Magistrat mehr auf den Willen einer reaktionären Regierung gebe als auf das Recht, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen es ausüben wollten.

Beachtenswert ist, daß Dr. Leidig in seinen im übrigen sachlichen Darlegungen den Grundlag geltend machte, daß sich für die Nichtkosten, die zum wesentlichen die Mitgliedschaft der Landfrankenkasse bilden werden, die Selbstverwaltung nicht empfehle; in den Nachbargemeinden, so meinte Herr Leidig weiter, waren vielleicht politische Gründe für die Begünstigung der Ortskrankenkassen maßgebend gewesen!

Vom Magistratsrat aus trat Stadtrat Brohm für die Landfrankenkasse ein, ohne irgend etwas Erhebliches zu sagen. Erwähnt sei aus seinen Ausführungen nur die Mitteilung, daß die vom Kreise Teltow eingerichtete Dienstbotenversicherung nach Errichtung der Landfrankenkasse im Kreise ihrer Tätigkeit einfließen wird und daß auch die Fortexistenz des bekannten Berliner Abonnementsvereins fraglich sei.

Wie wir schon erwähnten, fand schließlich die gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiterkassen gerichtete Vorlage mit allen gegen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler Annahme, nachdem ein Antrag, die Sache vorab in einem Ausschuss zu beraten, abgelehnt worden war.

Wenigerwertig ist, daß mit einer Ausnahme auch die der Stadtverordnetenversammlung angehörenden Ärzte für die Landfrankenkasse stimmten, obgleich eine Versammlung der Ärzte die Errichtung einer solchen Kasse weder für notwendig noch auch nur für wünschenswert erklärt hatte.

### Neußölln.

Ein verhängnisvoller Verkehr. Der Droschkentreiber Herrmann Hehle, Berliner Straße 65 wohnhaft gewesen, begab sich gestern Vormittag nach einem Schanklokal in der Rainzer Straße und forderte sich hier einen Nordhäuser und ein Glas Weißbier. Nachdem er das Schnapsglas geleert hatte, klagte er über furchtbare Schmerzen und brach auch gleich darauf zusammen. Der Wirt entdeckte nun zu seinem Entsetzen, daß er dem Hehle statt Nordhäuser Salmiak gegeben hatte und brachte ihn schleunigst nach dem Urban-Krankenhaus. Hier konnte aber nur noch der Tod festgestellt werden. Die Leiche wurde dem Scharnhause überwiesen.

### Sichtenberg.

Die Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung, die sich im Lokal von Wilhelm Schulz, Kronprinzstr. 47 (Ecke Scharnhausenstraße), befindet, wurde gestern abend eröffnet. In verschiedenen Orten des Kreises, wo die Ausstellung bereits arrangiert war, hat dieselbe überall guten Anklang gefunden.

Da der Eintritt kostenlos ist, wird der Arbeiterkassen-Verein der Besuch empfohlen. Die Ausstellung dauert bis zum 23. Dezember und ist an den Wochentagen abends von 7 1/2 bis 10 1/2 Uhr und am Sonntag von 4 bis 10 1/2 Uhr geöffnet.

### Weißensee.

Ein drohlicher Hauswirt, so wird uns berichtet, scheint der Besitzer des Hauses Wilhelmstr. 28 zu sein. Derselbe hat an der Tür seines Hauses eine Kette anbringen lassen, die es den Bewohnern nur gestattet, die Tür in einer Breite bis zu 75 Zentimeter zu öffnen. Das Haus hat drei Etagen, die von je vier Mietern bewohnt sind. Die Mieter richteten an die Polizei eine Beschwerde mit dem Erfolge, daß dieselbe den Hauswirt ersuchte, die Kette zu entfernen. Der Hauswirt hatte einige Mieter, die mit ihrer Mietsache im Mißstande waren, verklagt und auch ein obliegendes Urteil erstritten. Da trotzdem die Mieter nicht zahlten, kam er auf die Idee, den Hauseingang zu sperren, damit die zahlungsunlustigen Mieter nicht etwa mit ihren Sachen unerlaubt ziehen. Er verlangt sogar von der Polizei Schadenersatz, wenn man ihn durch Entfernung der Kette in seinem Vorhaben stört. Daß dieser drohliche Einfall aber für das Gut und Leben der Bewohner des Hauses die größten Gefahren bringen kann, man denke bloß an den Ausbruch eines Feuers, hat sich anscheinend wohl der erfahrungreiche Hauswirt nicht überlegt. Seine Maßnahmen können daher von der Vaupolizei nicht geduldet werden.

### Trebtow-Baumschulweg.

Ein verkannter Wohlthäter. Einer jener beliebten blauen Scheine, auf hundert bare Reichsmark lautend, ist einem der hiesigen Gemeindebeamten jüngst durch die Post in verschlossenem Kuvert überreicht worden. Da aber der edle Spender in seiner Bescheidenheit nicht genannt sein wollte, er wohl auch glaubte, daß der also Beschenkte die Herkunft des Geldes ohnedies „ahnen“ würde, unterließ er es, den Absender zu vermerken. Nun hat der glückliche Empfänger zwei Wochen lang nach dem Geldgeber und der Zahlungsbefehle geforscht, aber keiner wollte es gewesen sein. So wandte er sich in seiner Verzweiflung an den Gemeindevorstand, der darauf den „Blauen“ fürsorglich in Verwahrung nahm und nun in einer öffentlichen Bekanntmachung droht, ihn gar der Kassenkasse zu überweisen, falls nicht innerhalb sechs Monaten Ansprüche darauf erhoben werden. Das wird nun freilich nicht geschehen, denn der allein Berechtigte wird sich hüten, außer der selbstverständlichen Abweisung seiner Schmiergelder sich auch noch eine Bloßstellung nebst ihren sonstigen unangenehmen Folgen zuzuziehen.

### Wrig-Budow.

Die vom hiesigen Bildungsausschuss am 8. Dezember veranstalteten Märchenspiele hatten wider Erwarten einen so starken Zuspruch, daß der Bildungsausschuss sich veranlaßt sieht, einen zweiten Kinderabend zu veranstalten. Derselbe findet am 21. Dezember, abends 8 Uhr bei Weder, Gesellschaftshaus Wrig, Chausseestr. 97 statt. Verbunden damit ist die Jugendbibliotheksausstellung, in der nur gute Bücher für die proletarische Jugend jeden Alters vorhanden sind, ebenso gute Gesellschaftsspiele.

### Adlershof und Umgegend.

Heute nachmittags von 4 bis 5 1/2 Uhr findet die Vertreterwahl zur Ortskonferenz für die Arbeitgeber im Restaurant Vehmgraben, Wismarstraße 60, statt. Als Legitimation ist die letzte Vertragsquittung zu benutzen. Durch einen Irrtum ist obige Notiz bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ erschienen. Die der Klasse angehörenden Arbeitgeber wollen daher beachten, daß die Wahl erst heute stattfindet.

### Birkenwerder.

Gemeindevorsteherwahl. In der letzten Gemeindevorsteherwahl machte der Gemeindevorsteher bekannt, daß die Veranlagung zur Umsatzsteuer von jetzt ab von ihm selbst erledigt und nicht wie früher von einem Steuerauswärtigen, wie es der Regierungspräsident bestimmte. Das Gesetz schreibt dem Gemeindevorsteher die Befugnis zur Veranlagung vor. Die Hundesteuer wurde dann von 8 M. auf 10 M. erhöht. Genosse Pieper sprach dagegen, die Bürgerlichen stimmten aber alle dafür. Die Mehreinnahme wird auf ungefähr 200 M. geschätzt. In der Klage pruzert gegen die Gültigkeit der Wahl des Herrn Schäfer hat der Kreiswärtigenrat die Wahl für ungültig erklärt. Die Gemeindevorsteherwahl hat keine Berufung gegen dieses Urteil eingelegt. Es wird also in aller kürzester Zeit eine Neuwahl stattfinden, wenn nach der alten Liste noch gewählt werden soll, was es doch den Grundbesitzern vor allen Dingen liegt, damit ihre Interessen noch alle mitstimmen können. Der Vertrag mit der Provinzialverwaltung behufs Regelung von Röhren und Leitungen sowie baulichen Veränderungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen brachte die Grundbesitzer, welche sonst zu den Vorschlägen des Gemeindevorstehers nur immer ein Kopfnicken haben, plötzlich in Erregung. Der Grundbesitzer Schulz beantragte Überweisung an eine Kommission. Der Gemeindevorsteher fühlte sich durch diesen Antrag in dem ihm sonst entgegengebrachten Vertrauen verletzt und wurde gegen den Antragsteller etwas ausfallend, worauf letzterer sich gegen die Verdächtigung des Gemeindevorstehers verwehrte. Der Schöffe Hildmann stellte dann den Antrag zur Verlesung des Vertrages. Genosse Pieper sprach dagegen, daß doch der Vertrag der alte sei und nur ganz kleine Abänderungen hätte. Der Antrag auf Verlesung wurde jedoch angenommen und der Gemeindevorsteher begann zu lesen. Nachdem er 15 Paragraphen vorgelesen hatte, schien es doch den Grundbesitzern um ihre Zeit leid zu tun und es wurde nun von einer weiteren Verlesung Abstand genommen. Die Vertrag wurde dann gegen die Enthaltung des Grundbesitzers A. Schulz angenommen. Zum Schluß gelangte noch der Bebauungsplan jenseits der Bahn zur Annahme.

### Potsdam.

Der hiesige Fleischverkauf hat nunmehr eine Form angenommen, die voraussichtlich als endgültiger Abschluß angesehen werden darf. Während in letzter Zeit der Verkauf von etwa 40 verschiedenen Schlächtern vorgenommen worden ist, findet er jetzt nur noch bei neun in den verschiedensten Stadtteilen der Stadt wohnenden Schlächtern statt, die sich vertragsmäßig zum Verkauf einer gewissen Menge von russischem Rind- und Schweinefleisch verpflichtet haben. Die Preise sind für die billigeren Sorten etwas vermindert worden. Wöchentlich sollen von den neun Schlächtern 25 Zentner Schweine- und 15 Zentner Rindfleisch abgenommen und zum Verkauf gebracht werden. Das Fleisch wird durch Berlin bezogen. Diese Abmachungen sind auf Drängen der Stadt erfolgt, denn die Schlächter, die sich anfangs zum Verkauf bereit erklärt hatten, hielten nicht Wort und nahmen teilweise überhaupt kein Fleisch ab. Das Publikum fragte dann vergebens nach dem hiesigen Fleisch an und mußte schließlich, wenn es nicht wieder

aus dem Laden gehen wollte, das teure Fleisch kaufen. Dieser Umstand hatte auch den Magistrat kürzlich zu einer Bekanntmachung an das Publikum veranlaßt, ihm die Schlächter zu melden, bei denen sie, trotzdem sie sich verpflichtet hatten, kein Fleisch erhalten konnten.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 12. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir herab: Die Städteordnung von 1808. Von Dr. Reising. — Wie es im Jahre 1885 stand. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialdemokratie. Von Dr. Bernheim. — Der jüngste Radikalkommissar. Von Dr. Reising. — Landwirtschafliche Streitfragen. Von Ernst Schardt (Königsberg bei Neisse). — Wie gewinnen wir die Jugend zwischen dem achtzehnten und einundzwanzigsten Lebensjahre? Von Richard Weimann. — Schriften zur Reichsvorbereitung. Von Gustav Hoch. — Literarische Rundschau: Prof. Dr. Albrecht, Professor an der Universität Berlin u. a. Die Lage der deutschen Großstädte. Von ad. br. Lothar Engelbert Schäfer. Das Vord der preussischen Verwaltung. Von Ernst Reihlich. — Zeitgeschichten. Von J. Kästgen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet bei Timm, Lützner Str. 79, eine Versammlung statt. Da in derselben Bericht über die Verhältnisse im Kreise gegeben werden soll, ist das Erscheinen eines jeden Genossen dringend geboten.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 63, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen des Ursprungs beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Annoncenbeurteilung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. Z. 100. Es besteht keine Gefahr. — W. Z. 16. Nach Ihrer Darstellung halten wir die Internierung nicht für zulässig. Wegen der einschlägigen Literatur wenden Sie sich an die Buchhandlung Vorwärts. — E. S. 1. Nach Ihrer Darstellung erscheinen die Ansprüche unbegründet. — E. S. 100. 1. Ja. 2. Sofern es sich um eine erzwungene Rechtsabhandlung handelt, innerhalb Jahresfrist; handelt es sich um eine ungewollte Rechtsabhandlung, innerhalb zwei Jahren. Negt etwa ein Scheingehäl vor, so ist es überhaupt nichtig. — G. S. Auszahlung erfolgt entsprechend dem Statut. 2. Nein. 3. Eine Grenze ist nicht gegeben; jedoch kann der Richter, wenn er Bedenken hegt, die Auszahlung an die Vertrau abzulehnen. 4. Ja, die Ermächtigung ist zulässig. — Dornowalde 8. Wir halten Sie für berechtigt, Vorschlag für vierzehn Tage zu fordern. Klagen Sie Ihren Anspruch, der Ihnen jedoch nicht gegen den Vorkler, sondern gegen den Baumunternehmer zuzuteil, beim Gewerbegericht ein. — G. S. 25. Ja. — Schuelder 1881. 1. u. 2. Nein. Der schullose Teil ist zur Rückgabe der Scheine nicht verpflichtet. 3. Innerhalb Jahresfrist nach Aufhebung des Verhältnisses. 4. Der Anspruch erscheint nicht durchführbar, da die Aufhebungen von Eingeben des Verhältnisses gemacht sind. — W. S. 25. Auf- oder Konfirmationschein. — Willi W. 2000. Sofern Sie Stellung als Richter annehmen, sollen Sie unter das Verordnungsgebot. Der Abschluß eines Lebensversicherungsvertrages berechtigt Sie jetzt nicht mehr von der Verpflichtungspflicht. — E. Z. G. 1. Das kommt auf die Art der Tätigkeit an. Da Ihr Schreiben dafür nicht ergibt, läßt sich die Frage nicht beantworten. 2. Ja. — Fomlitz. Sie können gegen den Pfandungs- und Uebereignungsbescheid Beschwerde einlegen. Es wählen Ihnen mindestens 25 M. pro Woche belassen werden. — W. S. 1912. Es müssen 1200 Reichsmark geleistet sein, falls nicht eine Abkürzung der Wartzeit deswegen eintritt, weil der Versicherte zur Zeit des Untertretens des Gesetzes das vierzigste Lebensjahr bereits vollendet hatte und in den ersten fünf Jahren Beiträge geleistet hatte.

Marktbericht des Berlin am 18. Dezember 1912, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,60 bis 19,70, mittel 19,40—19,50, geringe 19,20—19,30. Roggen, gute Sorte 17,10—17,20, mittel 16,90—17,00, geringe 16,70—16,80 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 18,10—18,20, mittel 17,40—18,00, geringe 16,80—17,30. Hafer, gute Sorte 19,00—20,40, mittel 17,20—18,90 (frei Wagen und ab Bahn). Kartoffellendpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Spelzbohnen, weiße, 35,00—30,00. Linien 35,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der feulen 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,80—2,20. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kalle 1,80—3,20. Jander 1,40—3,80. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,40. Schlets 1,60—3,20. Flets 0,80—1,40. 60 Stück Röhre 3,00—3,40.

### Witterungsbericht vom 19. Dezember 1912.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Stettin	752	SW	6	wollig	3	Kaparanda	751	W	2	bedeckt	-6
Dambrun	757	SW	5	bedeckt	2	Petersburg	754	SE	3	bedeckt	0
Berlin	757	SW	5	wollig	3	Schiff	756	SE	3	wollig	11
Kranke a. W.	764	SE	4	bedeckt	2	Aberdeen	747	SE	3	Regen	8
München	768	SE	4	wollig	1	Paris	765	SE	2	bedeckt	1
Wien	768	SE	6	wollig	4						

Wetterprognose für Freitag, den 20. Dezember 1912. Veränderlich, vielfach wollig, am Tage etwas wärmer mit Niederlagen und ziemlich starken südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 18.12.		am 17.12.		
	am	seit	am	seit	
Remel, Mühl	359	+10	359	+10	
Regel, Ankersburg	183	+10	183	+10	
Wegfel, Thorn	158	+26	158	+26	
Dber, Raitbor	867	+13	867	+13	
• Krossen	161	+14	161	+14	
• Frankfurt	166	+14	166	+14	
Wartze, Schirrm	106	+14	106	+14	
• Landsberg	67	+9	67	+9	
Reh, Borsdamm	54	+2	54	+2	
Eise, Reimlich	146	+75	146	+75	
• Dresden	30	+67	30	+67	
• Warze	290	+70	290	+70	
• Magdeburg	157	+25	157	+25	
Wasserstand	am 18.12.	seit	Wasserstand	am 18.12.	seit
Saale, Großhüt	294	+74	Saale, Spandau	80	+2
• Ratzenow	60	+3	Spree, Spremberg	156	+34
• Beetzow	94	0	• Biesdorf	470	+5
• Biesdorf	470	+5	• Rindens	648	+100
• Rindens	648	+100	• Magdankau	406	+32
• Magdankau	406	+32	• Raub	213	+29
• Raub	213	+29	• Rölln	318	+33
• Rölln	318	+33	• Reckar, Hellborn	165	+50
• Reckar, Hellborn	165	+50	• Rain, Danau	238	+29
• Rain, Danau	238	+29	• Rofel, Trier	275	+39
• Rofel, Trier	275	+39			

\*) + bedeutet Wasser, — Fall. \*) Unterregel. \*) weiter fallend. — \*) Am 17. um 8 Uhr höchster Wasserstand 484 cm.

<p>Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreis. Am Mittwoch verliert unser Genosse, der Stellvertreter</p> <p><b>Hermann Krüger</b> Trestowstr. 34. Bezirk 512 Ehre seinem Andenken!</p> <p>Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.</p> <p>Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.</p>	<p>Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 60 (Laden)</p> <p>Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?</p> <p>Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit.</p> <p>Von H. Beima.</p> <p>Preis 25 Pf.</p> <p>247/19</p>
--	--